

Sächsischer Landtag

89 **AUFBRUCH**

**Die Friedliche
Revolution in Sachsen**

Dokumentation

Zum Geleit

»Alle Erinnerung ist Gegenwart.« Im Geist dieses Zitates von Novalis hat der erste Präsident des neuen Sächsischen Landtags, mein Amtsvorgänger Erich Iltgen, anlässlich des 10. Jahrestages der Friedlichen Revolution eine Ausstellung eröffnet.

Inzwischen sind 20 Jahre seit der letzten großen Zäsur unserer Geschichte vergangen und ich freue mich, dass ich in meinem Amt als Landtagspräsident die Möglichkeit besitze, die parlamentarischen Traditionen aufzunehmen und weiterzutragen.

Mit der vorliegenden Dokumentation, die 1999 als Begleitband zur Ausstellung erstmals erschienen ist, lade ich Sie ein zu einem Weg der Erinnerung, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander verbinden soll. Dieser Weg führt von der bereits in der ersten Hälfte der achtziger Jahre beginnenden Vorgeschichte der Friedlichen Revolution über die spannungsgeladenen Wochen des Herbstes 1989 bis hin zur konstituierenden Sitzung des Sächsischen Landtags, die am 27. Oktober 1990 in der Dreikönigskirche in Dresden stattgefunden hat.

Auf den folgenden Seiten werden die Veränderungen des Jahres 1989 auf einzigartige und nachvollziehbare Weise erlebbar gemacht. Mit jedem der Texte und Bilder verbinden sich für mich persönliche Erinnerungen an eine revolutionäre Situation, die in Worten allein nicht zu beschreiben ist. Daher spricht in diesem Band neben dem konzentrierten Kommentar der Journalistin und Kritikerin Uta Dittmann und dem eingeschalteten Originalzitat vor allem die gekonnt inszenierte fotografische Dokumentation. Der Leser gewinnt einen Eindruck davon, wie der alltägliche Druck in den Köpfen der Menschen immer stärker wird und immer mehr Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung die Angst überwinden.

Nach den Ereignissen am Dresdner Hauptbahnhof am 4. Oktober 1989 und der Eskalation der Gewalt zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften erhob sich für alle die bange Frage: Würde diese Revolution friedlich bleiben? Würden die Sicherheitskräfte schießen? Würden die russischen Panzer eingreifen wie 1953?

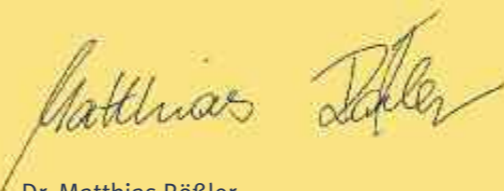
Im Kessel von Dresden kam es am 8. Oktober 1989 zum Dialog zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Die Gruppe der 20 wurde geboren. Am Vortag hatten in Plauen erstmals 10.000 Menschen für Reisefreiheit und demokratische Veränderungen in der DDR demonstriert.

In der größten sächsischen Stadt, in Leipzig, steuerten die Ereignisse am 9. Oktober 1989 auf ihren Höhepunkt zu. Würden die SED und ihre Sicherheitskräfte das revolutionäre Aufbegehren des eigenen Volkes mit Gewalt niederschlagen?

In Leipzig entschied sich, dass die erste gelungene demokratische Revolution in der deutschen Geschichte eine friedliche wurde. Diesmal blieben die russischen Panzer in den Kasernen. Michail Gorbatschows Sowjetunion lehnte eine Unterstützung des SED-Regimes bei der Unterdrückung des eigenen Volkes ab.

Sachsen war das Mutterland der Friedlichen Revolution. Es waren die Menschen in Chemnitz und Dresden, in Leipzig und Plauen und vielen anderen Städten und Gemeinden des Landes, die in Kirchen, auf Straßen und Plätzen den ersten Stein aus der Mauer gebrochen haben. In Sachsen ist der erste Schritt zur Überwindung der Teilung unseres deutschen Vaterlandes und zur Verwirklichung der Deutschen Einheit getan worden. Hier wurde zuerst, wenn auch nicht von allen Akteuren gewollt, ein Prozess in Gang gesetzt, der uns Deutschen vor zwei Jahrzehnten die historische Chance gegeben hat, politische, soziale, ethische, ökologische, kulturelle und geistige Wertvorstellungen gemeinsam zu formulieren, zu verwirklichen und vor dem europäischen und globalen Hintergrund weiterzuentwickeln. Im Freistaat Sachsen haben wir auf diesem Weg sehr viel erreicht. Wir sind immer noch unterwegs und werden dabei immer gut beraten sein, wenn wir nicht vergessen, woher wir kommen und es nicht versäumen, von Zeit zu Zeit innezuhalten und zurückzublicken. Diesen Zweck erfüllt der vorliegende Band.

Ich würde mich ganz besonders darüber freuen, wenn recht viele junge Menschen über dieses Medium einen Weg finden würden, um sich mit unserer jüngsten Vergangenheit auf der Suche nach eigenen ideellen Zielsetzungen und praktischen Lebensinhalten auseinanderzusetzen. Die Jahrzehnte eines Lebens in Unfreiheit und verordneter Unmündigkeit dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Dasselbe gilt für den Mut und die Kraft, mit denen unser Volk die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse verändert hat. Dieser Wille zur Veränderung und diese Kraft zur Freiheit sind der beste Teil des Erbes unserer Geschichte und der Anspruch an jede neue Generation.



Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

ALLE
ERINNERUNG
IST
GEGENWART.

Novalis

AUFBRUCH
89
DIE FRIEDLICHE
REVOLUTION IN SACHSEN



Foto: Giersch

Die Friedliche Revolution



**20 Jahre sind
seit der
Friedlichen
Revolution
vergangen.**

Historiker und Politikwissenschaftler, Soziologen und Psychologen erforschen dieses Phänomen, das für uns Deutsche am Ausgang eines Jahrhunderts voller Gewalt stand. Künstler spüren ihm nach. Für die Schulkinder ist es Geschichtslehrstoff - emotionslos, ohne eigene Erfahrung. Aber für die Älteren wird der Gang durch diese Ausstellung, zu der dieser Begleitband entstand, ein Weg der Erinnerung sein, gleich auf welcher Seite der »Barrikade« sie gestanden haben, ob sie sich für oder gegen die Veränderung einsetzten, Beteiligte oder Zuschauer waren.

Gewonnen haben am Ende alle: ein demokratisch verfasstes, wiedervereintes Deutschland, bürgerliche Freiheitsrechte, Frieden statt der latenten Kriegsgefahr an der Nahtstelle feindlicher Lager, die Überwindung von Abgrenzung und Abschreckung des Ost-West-Konfliktes und die Öffnung des Weges zu einem geeinten Europa.



Demonstration auf dem Theaterplatz,
Dresden, in der zweiten Oktoberwoche 1989
Foto: Günther

Heute kursieren einige, zum Teil abenteuerliche Deutungsversuche für etwas, das im Letzten nicht zu erklären ist. Nicht zu erklären, weil es gelebt, nicht erdacht wurde. Die internationale Lage wird als Ursache der Herbstrevolution genannt, der wirtschaftliche Zusammenbruch der DDR und die Ausreisewelle. Reformkräfte in der SED, ja das Ministerium für Staatssicherheit gar hätten sie angezettelt. Bei manchen westdeutschen »Erklärern« fällt ein bedenklicher Eifer auf, die historische Leistung der Ostdeutschen klein zu reden. Auch deshalb ist diese Ausstellung besonders darum bemüht, an die Vorgeschichte zu erinnern, die Wurzeln der emanzipatorischen Entwicklung freizulegen, die im Herbst 1989 gipfelte.

Die friedliche Revolution begann nicht als Umbruch, sondern als Aufbruch - spontan, unorganisiert, nicht vorgeplant. Sie war kein Schachzug revolutionärer Führer, sondern wie eine Eruption brach sie aus der Mitte des Volkes hervor. Zu vieles, nicht länger



Fotos: Giersch



Ertragbares hatte sich aufgestaut in der Alltagserfahrung der Menschen, während die Medien des Landes in öder Funktionärssprache eine Scheinwelt vorspiegelten, an die längst keiner mehr glaubte. Aber mit ihrer stupiden Schönfärberei hatten die Medienpolitik und die offizielle Propaganda der SED ihren eigenen Anteil an dem Vertrauensverlust der Bevölkerung und der zunehmenden Entfremdung zwischen Führung und Volk. Lüge, Heuchelei und Anpassungszwänge erstickten Kreativität und Lebensfreude, legten sich wie ein grauer Schleier auf alle Hoffnungen.

Die im Oktober vor zehn Jahren zuerst auf die Straße gingen, nannten es nicht Revolution und wussten nicht, wie weit ihre Schritte tragen, wie sie nicht nur ihr Leben, sondern das ganze Land, ja die Welt verändern würden. Sie gingen einfach los, - und siehe, sie blieben nicht allein. In diesem Wagnis fanden sie ihre Selbstachtung wieder, die der vor-mundschaftliche Staat ihnen genommen hatte.

**Ausbruch
aus der Lüge**



7. Oktober 1989 in Karl-Marx-Stadt
Foto: Farkas



Foto: Kühne

Allgegenwärtig und hautnah war die Gewalt, der sie begegneten, und die Versuchung zur Gegengewalt, waren die Angst und die Überwindung der Angst, war die befreiende Erfahrung des aufrechten Ganges und die zu Sprechchören verdichtete Erkenntnis: »Wir sind das Volk« - nicht ihr da oben. Die aus der Lethargie und der Lähmung der Gesellschaft ausbrachen, lebten ganz im Jetzt und Hier, konfrontiert mit Polizeiknüppeln, das Wissen um die drohende »chinesische Lösung« und die vorbereiteten Internierungslager im Kopf. Ungewiss war der nächste Tag.

Fotos: Giersch



Die Wurzeln

Spontan und unvorbereitet brach die Herbstrevolution aus, aber sie ist dennoch nicht »vom Himmel gefallen«. Ihre heute fast vergessene Vorgeschichte schrieben viele Einzelne - Künstler, Pfarrer, Jugendliche, Menschen aller Gesellschaftsschichten -, die eine über Jahre hin anwachsende oppositionelle Bewegung schufen. Sie schrieben diese Geschichte mit Worten und Taten, mit Gebeten und Akten zivilen Ungehorsams, in Kirchen und Gefängnissen, am Arbeitsplatz, in Ateliers und auf Bühnen. Viele von ihnen haben bitter dafür bezahlen müssen, und ihre Lebensbrüche konnte die siegreiche Revolution nicht heilen.

Die meisten Oppositionsgruppen trafen sich unter dem Schutz der evangelischen Kirche, wo offenes Reden möglich war und eigenständiges Denken geübt wurde. Das hat der Revolution der Kerzen später den Beinamen »Protestantische Revolution« verschafft. Aber in diesen Gruppen fanden sich von Anfang an Christen aller Konfessionen ebenso wie Nichtgläubige. Auch »die Kirche« hat die Revolution nicht »gemacht«. Auf die Gewaltlosigkeit der Revolution, die Auseinandersetzung mit Worten statt mit Waffen, hat diese von der Bergpredigt beeinflusste Vorgeschichte dennoch einen entscheidenden Einfluß gehabt.

Auch daran will diese Ausstellung erinnern: an die Beharrlichkeit und den Mut, die Zivilcourage und die Hoffnung der vielen Einzelnen.



Foto: Giersch



Foto: Beletes



Ausschnitt Mail Art-Karte, Sammlung Giersch

Eine Revolution reift heran

Kunst als Ersatz-öffentlichkeit und Überlebenshilfe

Öffentlichkeit, in der durch Information und Diskussion demokratische Tugenden geübt und gesellschaftliche Entwicklungen bestimmt oder korrigiert werden konnten, gab es in der DDR nicht. Jede Abweichung von der offiziellen Lesart galt als feindlich und wurde bestraft. Die Deutungsmacht aller Ereignisse hatte allein »die Partei«.

Aber es gab eine Ersatzöffentlichkeit, eine zweite Ebene gesellschaftlicher Kommunikation und Selbstverständigung. Künstler haben sie geschaffen mit Bildern, Liedern und Büchern, auf Theaterbühnen und in Kulturbundgruppen.

Es gab die Bücher von Christa Wolf, Stefan Heym, Christoph Hein und vielen anderen. Oft wurden sie lange nicht oder nur unter großen Mühen veröffentlicht, aber jedes war ein Ereignis mit heute unvorstellbar großer Wirkung. Manche Bücher kamen aus dem Westen Deutschlands, aus der Sowjetunion, aus Polen oder der Tschechoslowakei, wie Vaclav Havel's »Versuch, in der Wahrheit zu leben«, und wurden als Geheimtip unter der Hand weitergegeben und in geschlossenen Zirkeln diskutiert.

Es gab Filme, die nicht gezeigt werden durften und trotzdem in aller Munde waren. Bilder gab es, die nicht in die staatstragende Linie des Sozialistischen Realismus passten, gerade weil sie realistisch, d.h. wahrhaftig waren. Bei jeder Kunstausstellung der DDR gingen heiße



»Der Aussteiger«, 1981
Wolfgang Mattheuer

»Ein Volksfeind« von Ibsen, 1987
Theater Karl-Marx-Stadt
Foto: Farkas



Foto: Giersch

»Rufer«, 1988
Pfeifer

Diskussionen nicht nur über die ausgestellten Werke, sondern auch über die nicht gezeigten weit über Künstlerkreise hinaus. Da waren Rockgruppen und Liedermacher, die Auftrittsverbot erhielten und nur noch in Kirchen singen konnten, weil sie das Lebensgefühl der Menschen zu genau trafen. Jedes dieser »verbotenen« Konzerte ist in den Stasiarchiven vermerkt.

Von den Schriftstellern und Künstlern erwartete man, dass sie die Wahrheit sagen und zeigen, daß sie aussprechen, was man selber fühlt und doch nicht zu sagen wagt. Von ihnen verlangte man, dass sie weiter und tiefer blicken als andere, dass sie Mut machen und Wege weisen. Ihnen vertraute man. Die meisten Künstler waren von solchen hochgespannten Erwartungen hoffnungslos überfordert. Aber zum Glück gab es in all' den dunklen Jahren immer wieder einige, die nicht enttäuschten, die sich nicht korrumpieren ließen, an denen man sich auf- und ausrichten konnte. Nie ist Kunst so wichtig, so gefürchtet und so gebraucht wie in Zeiten der Diktatur.

Plattencover
der später verbotenen
Rockband »Renft«



Stefan Krawczyk
in der Lukaskirche
Leipzig, 1987
Foto: Beleites



Erschreckende Gleichnisse



... oder Dresden, 1. Auflage 1987, herausgegeben von der Ev.-Luth. Superintendentur Dresden-Mitte, (unten: div. Seiten aus der Publikation)

Die Kunststadt Dresden wurde in den 80er Jahren immer mehr zu einem Konzentrationspunkt dieser Widerstandsfront. Erinnert sei stellvertretend an die Ausstellung »...oder Dresden«, gestaltet von der Arbeitsgemeinschaft Frieden der Dresdner Kirchenbezirke, die 1985 in der Dresdner Kreuzkirche gezeigt wurde. Später wurde ein bewegendes Buch daraus, damals war sie ein aufrüttelndes Fanal gegen die Aufrüstung und die Verherrlichung alles Militärischen in der DDR.

Oder die Veröffentlichung aus Victor Klemperers Tagebüchern in der Tageszeitung DIE UNION, die mit Angst und Zivilcourage erkaufte, vielfach zensiert und täglich vom Verbot gefährdet war. Ihre Initiatoren hatten ihr den Titel »Aus dem Alltag einer Diktatur« gegeben. Für die Leser wurde sie zum erschreckenden Gleichnis ihrer eigenen Lebenswelt. Zum ersten Mal war eine Tageszeitung der DDR Sammelobjekt - unvorstellbar.

»Darauf kommt alles an: daß wir den Frieden zu einer Sache unseres Gewissens machen und daß wir nicht aufhören, uns zu fragen vor unserem Gewissen, ob es erlaubt ist, irgendeine Hoffnung auf den Krieg oder die Fortdauer dem Krieg ähnlicher Zustände zu setzen.

Um es ganz klar zu sagen: Es ist eine Angelegenheit des Gewissens, ob wir eine Verpflichtung eingehen dürfen, die es von uns verlangen kann, daß wir töten. Und zwar handelt es sich um das Töten in jedem Sinne:

Nicht der allein tötet, der seinen Bruder erschlägt; es tötet auch, wer die Waffe ersinnt oder auf irgendeine Weise dazu hilft, daß sie hergestellt wird, und als Urheber der Waffe anderen deren Gebrauch überläßt oder zumutet.«

Reinhold Schneider

Voigt, zu Goldoni »Der Krieg«



Plakat Grafikauktion, Versöhnungskirche Dresden

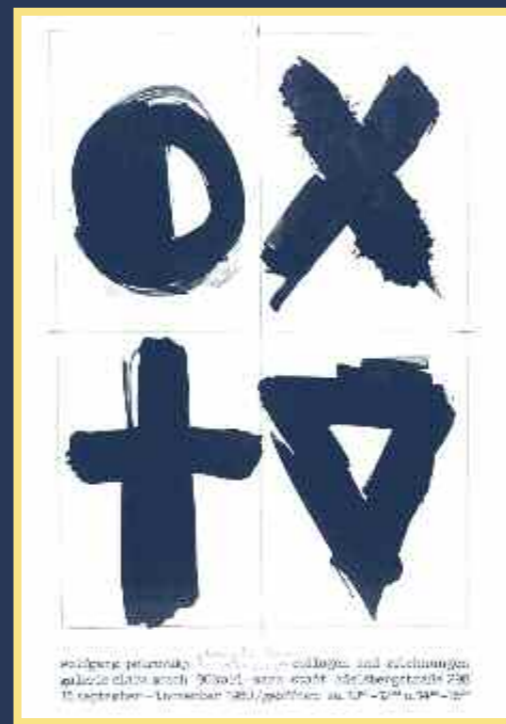


Kirssten, Plakat Verkaufsausstellung Weinberg-Kirche Dresden, 1982



Nachrichten von der lebendigen alternativen Kulturszene in Leipzig, von Repressionen - zum Beispiel in Dresden - gegen Rockbands, die den Untergrund verließen und die Auflagen der Zensoren missachteten, von öffentlichen Protesten der Künstler gegen die Zensurpraxis, von mutigen Kabarettprogrammen verbreiteten sich wie ein Lauffeuer im Land.

Petrovsky, Ausstellungsplakat



Jesch, »Das Einmaleins des Nationalismus«, 1979

Aus einem Leserbrief von Dietrich Buschbeck an DIE ZEIT zur Veröffentlichung der Tagebücher Victor Klemperers 1987/88 in der Tageszeitung DIE UNION

Die damaligen Leser erkannten sowohl die Treffsicherheit der Wahrnehmungen Klemperers als auch die Parallelen zwischen dem Dritten Reich und »realsozialistischer« DDR-Ausprägung. Den seinerzeitigen UNION-Redakteuren (vielleicht auch den Zensoren?) sollte unser Respekt nicht gänzlich versagt werden. Vielmehr ist die damalige Veröffentlichung in eine Reihe mit anderen Geschehnissen zu stellen, die den Boden für die Wende bereiteten und jenseits der DDR-Grenzen kaum oder gar nicht registriert wurden.



Eingreifendes Theater

»Dantons Tod« von Georg Büchner:

»Revolution in tödlicher Krise. Der Konflikt Danton - Robespierre: Der eine zu kurz gesprungen, nicht weiter als in die bröckelnden Paläste der ausgetriebenen Vorgänger, sein revolutionärer Antrieb - »Wohlstand, Schönheit, Lebensgenuß für alle« - müde geworden, verkommen zur tönenden Phrase ... Der andere für die Weiterführung der Revolution, die Sicherung der Macht durch ein Blutbad von Gewalt und Terror watend, bis nur die tödlichen Rituale des Machtmißbrauchs bleiben... Und daneben die tiefe Kluft zwischen Führern und Volk. Deutlich wird: Es ist nicht des Volkes Macht, die da verteidigt wird.«

aus: DIE UNION, 15. Juli 1982

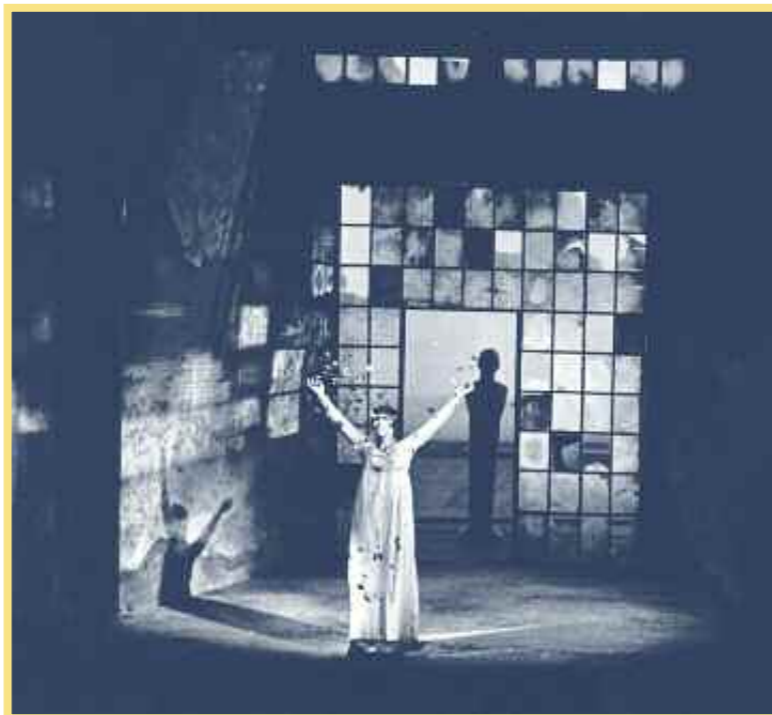


»Die Ritter der Tafelrunde« von Christoph Hein:

»Wenn ein scheinbar in alle Zukunft sicher gebahnter Weg vor Abgründen endet und dieses Ende den zurückgelegten Weg in Frage stellt, wo ist da der Wert, an den man sich noch halten kann? Was taugen die Ideale, mit denen man einst aufbrach? War denn die Utopie, der man entgegenhing, nichts als ein Irrlicht? An welchem Punkt des Fortschreitens pervertiert der Fortschritt? Wann und wodurch wird opferreiches Ringen um ein Ziel zum irrationalen Kämpfen um des Kampfes willen, zum psychologischen Amoklauf schließlich gegen den unaufhaltbaren und so bitteren Einbruch lebendiger Wirklichkeit in ein erstarrtes System der Dogmen und Strukturen?«

aus: DIE UNION, 28. April 1989

Ein besonderes Kapitel in der Geschichte der geistigen Selbstbefreiung hat das Dresdner Staatsschauspiel mit seinen Inszenierungen geschrieben, die im Laufe der 80er Jahre immer brisanter wurden - »eingreifendes Theater« im besten Sinne. Ihre Wirkung ging weit über Dresden hinaus und wurde, z.B. in der Tageszeitung Die UNION, durch die Theaterkritik verstärkt. Da gab es, sensationell für ein DDR-Theater, Becketts »Warten auf Godot«, das das Prinzip Hoffnung thematisierte. Hebbels gewaltige »Nibelungen«-Trilogie beschwor den besonderen historischen Augenblick, der verspielt wird. Mit Büchners »Dantons Tod« dachte das Theaterpublium nach über eine Revolution in tödlicher Krise. Christoph Heins Kammerstück »Passage« wurde durchsichtig für die belastende Ausreise-Thematik, und sein Stück »Die Ritter der Tafelrunde« sah man als Gleichnis für die lähmende Stagnation der



Fotos: Böhme

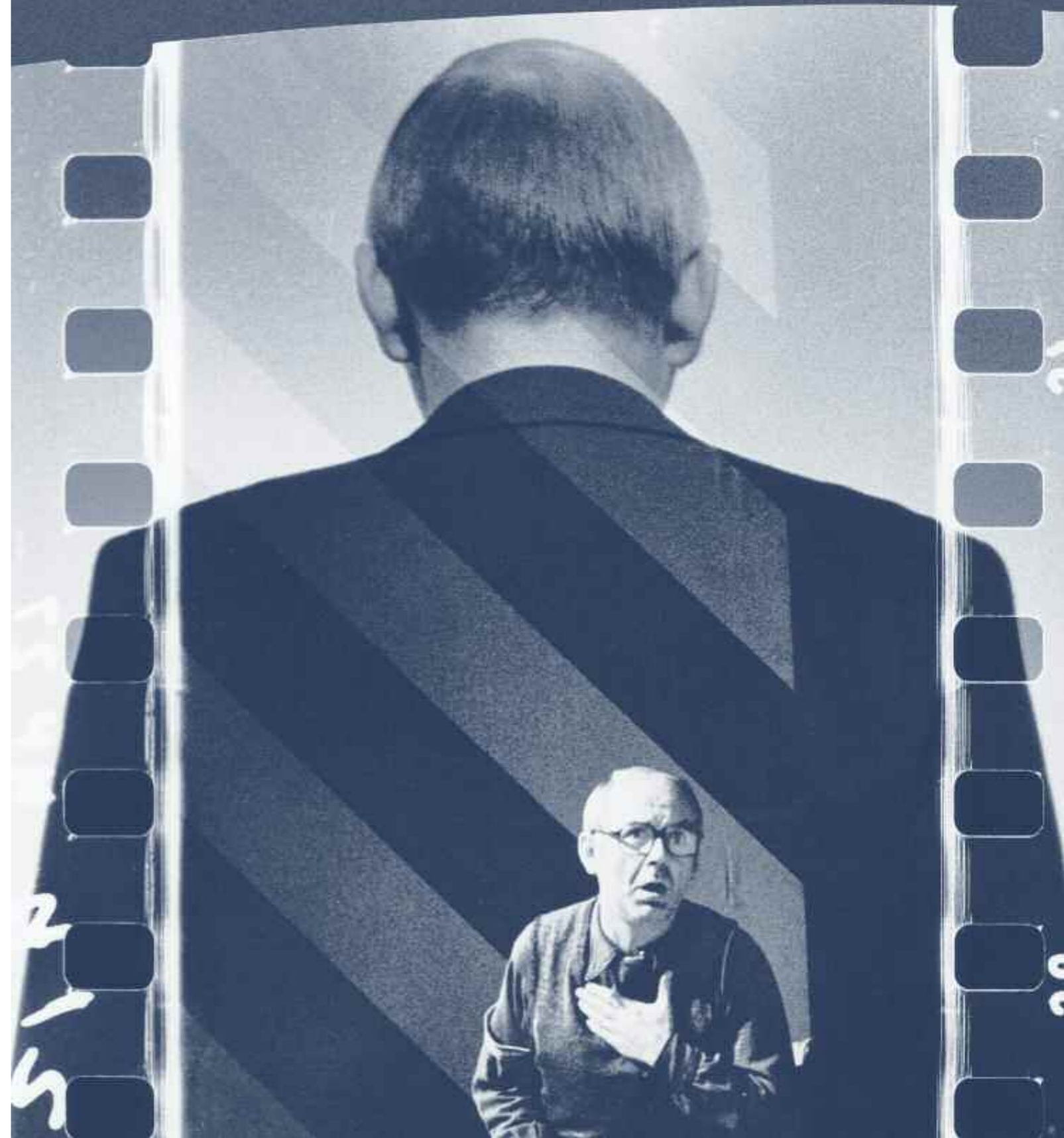
DDR-Gesellschaft. Sein Schlüsselsatz »Denn alles Bestehende hat Wert, wenn es änderbar ist« entfaltete die Kraft eines historischen Urteils.

Auch an anderen Theatern, beispielsweise in Karl-Marx-Stadt, gab es unbequeme und kritische Inszenierungen, aber nirgends sah man sie in solcher Dichte und Schärfe wie im Dresdner Schauspielhaus unter der Intendanz Gerhard Wolframs.

Die Dresdner, von diesem Theater über Jahre hin geprägt, wunderten sich nicht, dass im Herbst 1989 die Schauspieler »aus ihren Rollen heraustreten« und an der Spitze der revolutionären Bewegung standen. Die Schauspieler und Regisseure und alle, die mit ihnen arbeiteten, bis hin zur Parteisekretärin des Theaters.

»Bruder Eichmann« von Heinar Kipphardt:

Adolf Eichmann:
»Meine Schuld war einzig, daß ich gehorcht habe. Nie wäre es mir eingefallen, mich in die Nesseln einer eigenen Entscheidung zu setzen. Ich gehörte zu den Menschen, die sich zufriedengeben, wenn etwas angeordnet ist.«



Mail Art - Die Post transportiert Widerstand

»In dieser für mich sehr intensiven und aufregenden Zeit kam aber auch mit den Freunden Martina und Steffen Giersch, Joachim Stange und Birger Jesch begonnene Weg, sich mit künstlerisch interessierten Menschen auszutauschen, nicht zu kurz: kleine Auflagen von verschiedenen Postkarten, die meist aus einem spontanen Anlaß heraus entstanden, und die Beteiligung oder das

Realisieren eigener Projekte im internationalen Netz der Mail Art. Für die staatlichen Organe war dies alles sehr suspekt: Da gibt es eine Gruppe junger Menschen, die - ohne sich um Auflagen oder Gesetze zu kümmern - ihre Sicht auf die offensichtlichen Schwierigkeiten artikulieren und (wie schrecklich) auch noch unter »Mißbrauch« des Postweges international in Umlauf bringen.

Erinnert sei auch an die Mail Art - Aktion, die von Dresden ausging und schlimme Konsequenzen für ihren Initiator hatte.

Diese Kunstrichtung hatte nie feste Regeln und Strukturen, war offen für alle. Im Osten hatte die Postkunst einen besonderen Aspekt. Oft einziges Fenster zur Welt, ermöglichte sie zu überschaubaren Preisen einen kreativen Gedankenaustausch und globale Kommunikation. Ein Zentrum dieser »sozialismusfeindlichen« Aktivitäten bildete sich in Dresden um den Grafikdrucker Jürgen Gottschalk.

Es ging dabei um die Themen unseres Daseins in der DDR: die stinkenden Flüsse, den sterbenden Wald, den Mangel im Täglichen, die Militarisierung der Gesellschaft, den Wahnsinn des Wettrennens, die unerträgliche Einschränkung der Reise-möglichkeiten, die dumme Überheblichkeit des Systems gegenüber der eigenen Bevölkerung.

Hinter solch einem Vorgang konnten nur konterrevolutionäre Kräfte des untergehenden Imperialismus stecken, die sich natürlich gern solcher »Subjekte mit politisch-negativer Einstellung zum Sozialismus« bedienen.

Mit der Eröffnung meiner Werkstatt im September 1981 war das im letzten Raum aufgehängte Plakat »Solidarnosc Polska 1981« Anlaß zur Eröffnung des Operativ-Vorganges »Feind« des MfS



Jürgen Gottschalk
Fotos: Giersch

mit der Zielstellung, »die erfaßten Personen gegeneinander auszuspüren, zu verunsichern, zu zersetzen, zu liquidieren und strafrechtliche Beweise für eine Inhaftierung zu schaffen«. Die »Dresdner Viererbande« wurde nach allen Regeln des tschekistischen Kampfauftrages »bearbeitet«, und eine dunkle Wolke der Bespitzelung und Verunsicherung, der Reglementierung und Bedrohung begann unser Leben zu überschatten.

Die Fülle infamer Einfälle und geheimer Intrigen ist erschreckend.

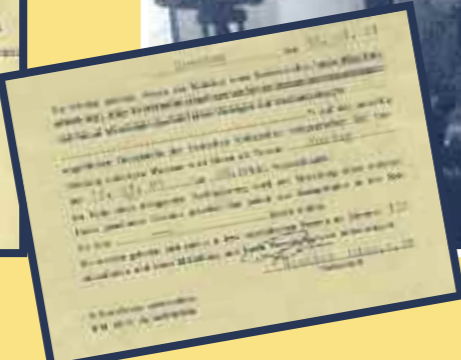
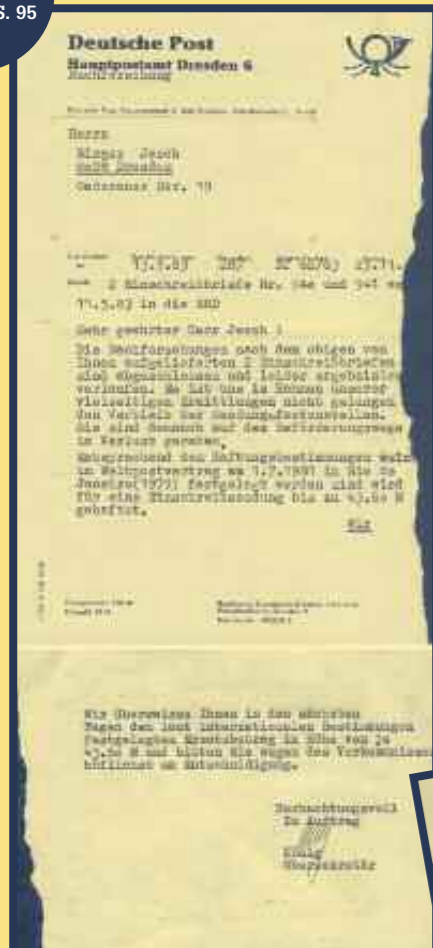
Manchmal will man seinen Augen nicht trauen, mit welcher perfider deutscher Gründlichkeit sich der angeblich beste Geheimdienst der Welt um die Zerstörung der Lebenswege einer Handvoll Menschen bemühte, deren Verbrechen darin bestand, sich mit Zivilcourage und Humor nicht dem allgemeinen Hang zur Bequemlichkeit und Anpassung zu fügen.

...Daß es für solch eine Arbeit genügend Menschen gab und dies bis heute keine Sühne erfuhr, erfüllt mich mit Scham und stimmt mich immer wieder traurig.«

Jürgen Gottschalk (aus »Der Prozeß«, Dokumentation beim Sächsischen Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR)



ergänzende
Dokumente
S. 92 bis S. 95



Aktionen der Mail Art-Gruppe und Reaktionen darauf:

1981

- Erstes in der DDR ausgestelltes Mail Art-Projekt in der Weinbergskirche Dresden (Februar)

1982

- Rundschreiben zur Aktion »Postkarten für den Frieden« (unterzeichnet von Giersch, Stange und Jesch), das zu einem Sterntreffen zu Ostern, einer FRIEDENSDIENSTFAHRT des Arbeitskreises SOFD der Weinbergskirche auffordert. Das Treffen wird von der Kirchenleitung nicht genehmigt (Februar).
- Zum Weltumwelttag von Giersch und Jesch vorbereitete Fahrradaktion zur Pirnaer Marienkirche, die die Polizei aufzulösen versucht (Juni). Zollverfahren wegen Versand von Mail Art gegen Giersch und Jesch (Juli) Ausstellung MAKE LOVE - NOT WAR zum Weltfriedenstag in der Dresdner Annenkirche (September).

1983

- Gottschalk wird die Zulassung als Grafikdrucker entzogen (Oktober)
- Beteiligung an Friedensdekade in der Weinbergskirche (November)

1984

- Gottschalk stellt den Ausreiseantrag (Februar)
- Verhaftung Gottschalks durch das MfS (März)
- Verurteilung Gottschalks wegen Paragr. 219 u. 220 (öffentliche Herabwürdigung und Verbindungsaufnahme) (Juni)

Mai 1985

Entlassung aus dem Strafvollzug in die Bundesrepublik



Mail Art-Karten,
Sammlung Giersch
Foto mitte: Giersch



Mail Art-Karte
von Jürgen Gottschalk
zu seinem
Berufsverbot



Foto: Giersch

Die andere Friedensbewegung

Frieden schaffen ohne Waffen



Kongress- und Kirchentag,
1987 in Leipzig, Foto: Beleites

Anfang der 80er Jahre entstanden - zunächst in einzelnen christlichen Gemeinden - die ersten Friedensgruppen. Hervorgegangen sind sie fast immer aus den Treffen ehemaliger Bausoldaten, organisiert von den Jugendpfarrämtern, die ihre Erfahrungen in Seminaren an Jüngere weitergaben. Männer wie Jörg Weigel in Königswalde und Pfarrer Rudolf



Pfingsttreffen der FDJ 1983 in Zittau,
bei dem der Friedenskreis Großhennersdorf
mit eigenen Transparenten demonstrierte
Foto: Umweltbibl. Großhennersdorf e.V.



Fotos: Giersch



Friedensseminar in Meißen mit Pfarrer Albrecht
zu Beginn der 80er Jahre

Albrecht für das Friedensseminar Meißen haben sich darum verdient gemacht. Die Friedensgruppen suchten Alternativen zu der sozialistischen »Friedenskampf«-Ideologie. Der zunehmenden Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche und der Milliarden verschlingenden Hochrüstung setzten sie ihre Vorschläge und Forderungen entgegen: Friedenserziehung, Abrüstung und vertrauensbildende Maßnahmen. Entfeindung statt Konfrontation war ihr Anliegen, Abschaffung des Wehrunterrichts und der vormilitärischen Ausbildung in den Schulen, Sozialer Friedensdienst statt Wehrdienst.

Aus diesen Gruppen, die Kontakt zueinander suchten und sich zu gemeinsamen Aktionen vernetzten, wuchs - besonders in Sachsen, wo nicht nur in Leipzig und Dresden, sondern auch in kleineren Städten Friedensgruppen wirkten und Friedensgebete gehalten wurden - schnell eine immer breiter und selbstbewusster werdende alternative Friedensbewegung. Ihr Symbol war die alttestamentliche Verheißung »Schwerter zu Pflugscharen«, die angesichts der Aufrüstung mit Atomraketen in Ost und West bald auch außerhalb der Kirchenmauern beachtet und von der Staatsmacht erbittert bekämpft wurde.

»Wir müssen Euch aber sagen, daß wir nicht mehr in der Lage sind, Euch vor den Konsequenzen, die das Tragen des Aufnehmers jetzt mit sich bringen kann, zu schützen.«

Synode der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens
in einem Brief an die Jugendlichen, April 1982

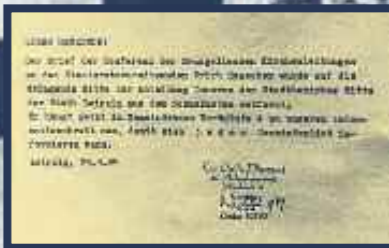
Die Sehnsucht nach Frieden wäre eine Brücke gewesen, auf der sich SED und Staatsorgane mit der beunruhigten Jugend hätten treffen können, um im Meinungsstreit die unterschiedlichen Ansichten auszutragen und Gemeinsamkeiten zu suchen. Aber gerade in der fast panischen Reaktion auf die eigenständige, nicht von ihr selbst organisierte Friedensbewegung offenbarte sich die erschreckende Gesprächsunfähigkeit und -unwilligkeit der Politbürokratie.

Wer das Symbol der christlichen Friedensbewegung, das dem von der Sowjetunion gestifteten Denkmal vor dem UNO-Gebäude nachgebildet war, als Aufnäher trug, wird vielleicht noch heute eine zerfetzte Jacke aufbewahren, von der er unter Polizeigewalt das »feindliche« Abzeichen entfernen musste. In Dresden kam es zu Festnahmen Jugendlicher. Entlassung aus Schulen und Universitäten, Aussperrung aus Betrieben wurde ihnen angedroht.

Friedensseminar in Meißen



Friedensgottesdienste
in der Kreuzkirche Dresden
Fotos: Giersch



Unruheherd Weinbergskirche



Mail Art-Karte,
Sammlung Giersch



Vormilitärische
Ausbildung in der DDR,
Mitte der 80er Jahre

In Dresden war die Weinbergskirche ein Brennpunkt dieser von der Staatsmacht als »feindlich-subversiv« eingeschätzten Friedensbewegung. Um Pfarrer Frieder Burkhardt und seinen Nachfolger Christoph Wonneberger scharten sich immer mehr Menschen, die nicht länger schweigen wollten. Wonneberger konzentrierte die in der evangelischen Kirche praktizierte Offene Arbeit mit unangepassten Jugendlichen (»Asozialen« in den Augen der sozialistischen Obrigkeit) auf die Beratung von Wehrdienstverweigerern, den Widerstand gegen den Wehrerziehungsunterricht und das Einfordern eines Sozialen Friedensdienstes (SoFD). Für Frühjahr 1982 hatte er, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, Friedensgruppen aus der ganzen DDR zu einer Protestaktion nach Dresden eingeladen.

Nachtgebete und Grafikauktion zugunsten Nikaraguas
in der Weinbergskirche Dresden, 1982 (auch links)
Fotos: Giersch



Foto: Stuth

»Als ich angefangen habe, in Dresden Offene Jugendarbeit zu machen, flossen die Erfahrungen mit ein, die ich 1968 in Prag und später in Polen gewonnen hatte. Besonders wichtig war für mich das Erlebnis, daß Leute plötzlich aufrecht gingen und dadurch ganz andere Menschen wurden. Mir ging es bei meinem Engagement immer darum, Mündigkeit zu vermitteln. Die Kluft zwischen der Militarisierung der Gesellschaft und der Vereinsamung vieler wurde mir unerträglich - ich wollte etwas dagegen tun. In der Idee des »Sozialen Friedensdienstes« habe ich beide Komponenten zusammengeführt:

Frieden bewahren und menschlich miteinander umgehen.«
Christoph Wonneberger

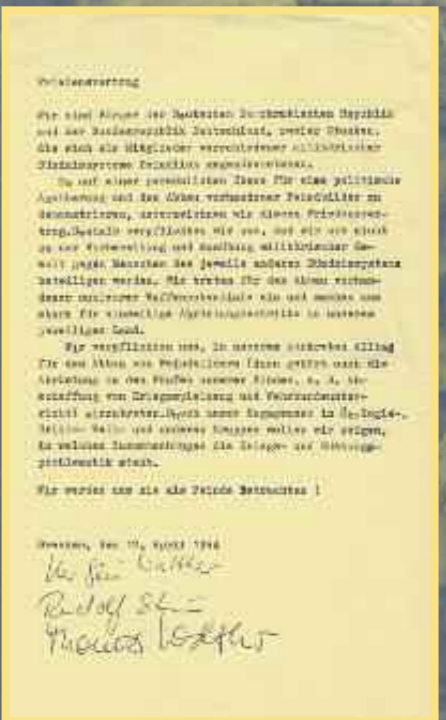
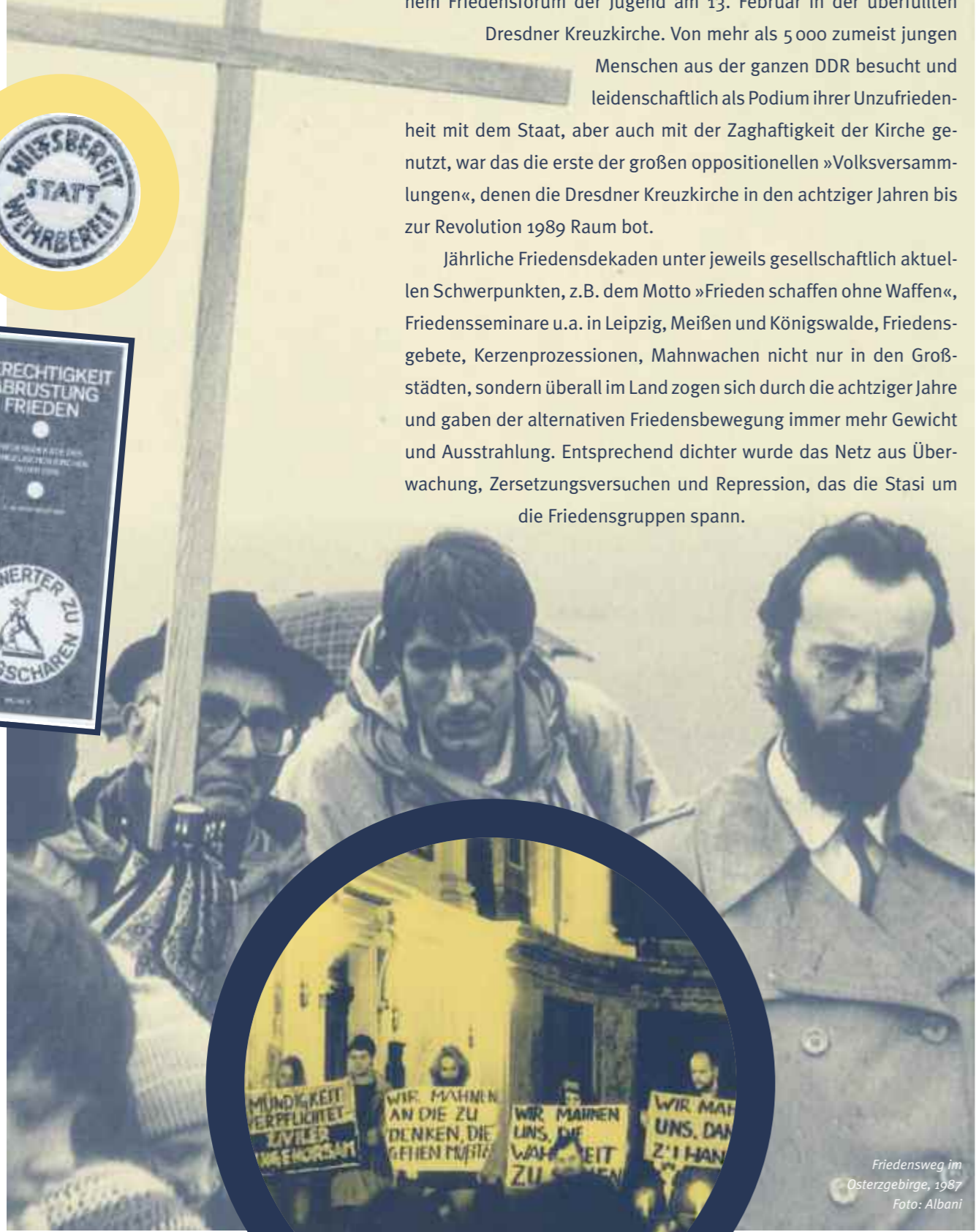


Foto: Giersch

Friedensforum der Jugend

Auch andere Jugendliche, besonders die Gruppe »Wolfspelz« in Dresden, planten zu diesem Zeitpunkt eine öffentliche Aktion. Um sie vor Gewalt auf der Straße und vor Repressionen zu schützen, reagierte die Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens mit der Einladung zu einem Friedensforum der Jugend am 13. Februar in der überfüllten Dresdner Kreuzkirche. Von mehr als 5 000 zumeist jungen Menschen aus der ganzen DDR besucht und leidenschaftlich als Podium ihrer Unzufriedenheit mit dem Staat, aber auch mit der Zaghaftigkeit der Kirche genutzt, war das die erste der großen oppositionellen »Volksversammlungen«, denen die Dresdner Kreuzkirche in den achtziger Jahren bis zur Revolution 1989 Raum bot.

Jährliche Friedensdekaden unter jeweils gesellschaftlich aktuellen Schwerpunkten, z.B. dem Motto »Frieden schaffen ohne Waffen«, Friedensseminare u.a. in Leipzig, Meißen und Königswalde, Friedensgebete, Kerzenprozessionen, Mahnwachen nicht nur in den Großstädten, sondern überall im Land zogen sich durch die achtziger Jahre und gaben der alternativen Friedensbewegung immer mehr Gewicht und Ausstrahlung. Entsprechend dichter wurde das Netz aus Überwachung, Zersetzungsversuchen und Repression, das die Stasi um die Friedensgruppen spann.



Friedensweg im Osterzgebirge, 1987
Foto: Albani

Mahnwache in der Leipziger Nikolaikirche am 24. Oktober 1988
Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.



»Im März 1980 habe ich mich an den Bischofskonvent gewandt mit der Bitte, den Bußtag als Abrüstungstag zu gestalten. Unter dem Thema »Frieden schaffen ohne Waffen - Schwerter zu Pflugscharen« wurde daraus die erste Friedensdekade. Um dieses Thema Jugendlichen einprägsam zu gestalten, habe ich nach einem Symbol gesucht, das einerseits kein staatlich anfechtbarer westlicher Import war, damit die jungen Leute keine Schwierigkeiten damit bekamen, und andererseits klar auf dem biblischen Fundament stand. Dabei erinnerte ich mich an das Denkmal des sowjetischen Bildhauers Jewgeni Wutschetitsch »Schwerter zu Pflugscharen«, das in der Nähe des UNO-Hauptquartiers in New York und im Gelände der Tretjakow-Galerie in Moskau steht. Ich habe dann ein Lesezeichen entworfen, auf dem zwischen den Aufschriften »Frieden schaffen ohne Waffen« und »Schwerter zu Pflugscharen« dieses Denkmal abgebildet war. Dank der mutigen Entscheidung des ehemaligen Leiters des Sekretariats des Bundes, Manfred Stolpe, wurde die kirchliche Genehmigung erteilt, dieses Material zu vervielfältigen. Da die

Jugendlichen dieses Lesezeichen auf ihre Jacken nähten, um sich zu erkennen und zu bezeugen, habe ich für die Friedensdekade 1981 in Herrnhut 200.000 Aufnäher und Lesezeichen herstellen lassen. Immer mehr Jugendliche trugen dieses Symbol an ihrer Kleidung. Im Dezember 1981 kam es zu ersten harten Auseinandersetzungen in Schulen und Betrieben. Ab Februar 1982 verstärkten sich die staatlichen Aktivitäten gegen Jugendliche, die diesen Aufnäher als Signal für die eigene Bereitschaft, sich für den Frieden einzusetzen, trugen. Viele haben mit ihrer Entscheidung für die Bausoldaten oder mit ihrer Bereitschaft, sich als Kriegsdienstverweigerer einsperren zu lassen, deutlich gemacht, dass sie den Aufnäher nicht nur als Modezeichen trugen, sondern seine Aussage mit ihrer

Foto: Giersch



Existenz decken. Die Konferenz der Kirchenleitungen hat trotz des staatlichen Drucks dieses Zeichen als Symbol der Friedensdekaden immer wieder vertreten. 1980 hatten wir erstmals den Zeitraum vom drittletzten Sonntag des Kirchenjahres bis zum Bußtag für besondere Friedensaktivitäten in den Gemeinden angeboten. Da es sich um zehn Tage handelte, haben wir diesen Zeitraum Friedensdekade genannt und eine Arbeitshilfe dafür erarbeitet. Den Abschluss sollte eine Friedensminute bilden, in der am Bußtag, einem Mittwoch, um 13 Uhr zu den staatlich verordneten Sirenen auch die Glocken läuten, damit die Öffentlichkeit auch außerhalb der Kirche darauf aufmerksam werden sollte. Die Friedensdekade, die die Sehnsucht vieler Jugendlicher und die Situation in den Gemeinden traf, wurde so gut angenommen, dass sie in den nächsten Jahren weitergeführt und zu einem Brennpunkt christlichen Friedensengagements wurde.«

Erinnerung von Oberlandeskirchenrat Harald Bretschneider, dem damaligen Landesjugendpfarrer der Ev.-Luth. Landeskirche Sachsens

Bild oben: Friedensseminar Meißen, 1986
Foto: Giersch

Bild mitte: Zittau, 1983, Demonstration des Großhennersdorfer Friedenskreises
Foto: Umweltbibl. Großhennersdorf e.V.



Bild unten: Gottesdienst in der Zionskirche für die Festgenommenen in Zusammenhang mit der Beschlagnahmung der Umweltbibliothek, Berlin 1987
Foto: Bohm

Der Olof-Palme-Marsch



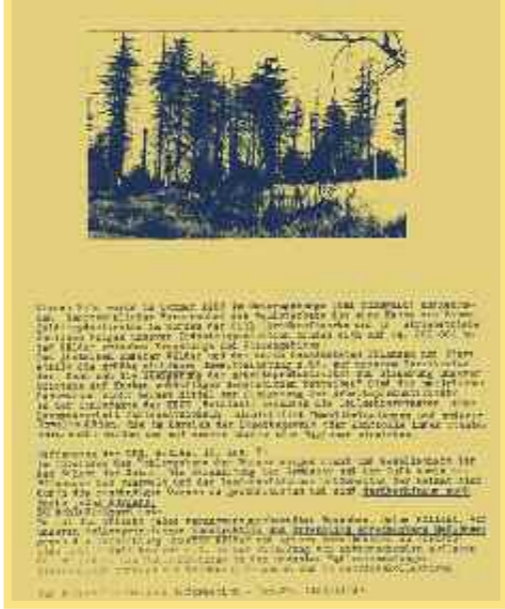
Zum ersten Mal waren eigene Losungen und Transparente mit politischen Forderungen möglich, ohne dass die spalterstehenden »Ordner« eingriffen. Hoffnung breitete sich aus: War das der Anfang eines Wandels in der DDR auf den Spuren Gorbatschows und seiner Perestrojka? Nein: Honecker absolvierte zur gleichen Zeit seinen Staatsbesuch in der Bundesrepublik und fürchtete eine »schlechte Presse«. Alle, die auf Liberalisierung und Demokratisierung gehofft hatten, traf die extreme Verhärtung, das Anwachsen von Bespitzelung und Repression in den folgenden Monaten und Jahren besonders hart, mit denen die DDR-Führung den frischen Wind aus Moskau abzuwehren suchte.

Ein Höhepunkt und eine erste Erfahrung größerer Freiheit war für die alternative Friedensbewegung in der DDR im September 1987 der Olof-Palme-Friedensmarsch.

Fotos: Giersch und Archiv Giersch



Die »Grünen« sammeln sich



Neben der Friedensbewegung entstanden überall im Land Menschenrechts-Gruppen und eine in Sachsen, besonders in Dresden, starke Ökologie-Bewegung, die immer wieder zu massiven Zusammenstößen mit den Hütern der sozialistischen Ordnung führte. Zum Weltumwelttag 1980 hatten sich die Gruppen, die sich in und um Dresden mit der zunehmenden Umweltzerstörung auseinandersetzten, zum Ökologischen Arbeitskreis der Dresdner Kirchenbezirke zusammengeschlossen, der im Mai 1981 unter dem Motto »Mobil ohne Auto« seine erste große Aktion startete. Vielleicht erinnern sich manche noch an den großen Umweltgottesdienst, der 1983 unter dem Motto »Unsere Enkel wollen auch leben« in der Kreuzkirche stattfand. Über dem Altarraum hing ein großes, grünes Kreuz, das künftig zum Symbol der christlichen Ökologiebewegung wurde. Spruchbänder an den Emporen - »Ökologie vor Ökonomie!«, »Konsum kostet Leben!«, »Erstes Gebot des Umweltschutzes: Abrüstung!« - zeugten von der politischen Dimension und Sprengkraft des »grünen« Engagements. In den Offenen Abenden des Arbeitskreises wurden zunehmend brisante, aktuell auf



Dresden bezogene Informationen und Analysen der einzelnen Arbeitsgruppen verbreitet, ein »Ökologischer Katechismus« entstand.

Information, Aktion und Kontemplation waren die Pfeiler der Umweltarbeit. Öffentlicher Einsatz für Radwege, gegen Elbe-Verschmutzung und Trinkwasser-Verschwendung, brisante Themen wie das verrottete Dresdner Klärwerk oder der geplante Bau eines Tanklagers in der Dresdner Heide, die Unterschriften- und Spendenaktion



Mail Art-Karte zur Ausstellung, Sammlung Giersch



Fahrradaktion »Mobil ohne Auto« zum Weltumwelttag, 1982
Foto: Giersch

»Eine Mark für Espenhain« (deren Methodik später, im Herbst 1989, die »Gruppe der 20« zu ihrer Legitimation benutzte), jährliche Umweltwochen und kontinuierliche Sacharbeit machten diese Bewegung bekannt und für die Herrschenden unbequem. 1989 wurde der Widerstand gegen den geplanten Bau eines Reinstsiliziumwerkes in Gittersee, an dem sich auch viele Nichtchristen beteiligten, mit massiven staatlichen Übergriffen, brutalen Polizeieinsätzen, Ordnungsstrafen und »Zuführungen« beantwortet. Die Aktion mündete in die Herbstrevolution ein und endete siegreich mit der Entscheidung gegen das Werk. Der für Anfang November geplante Bittgottesdienst wurde zum Dankgottesdienst und ging über in die erste genehmigte Demonstration in Dresden, einen überwältigenden Zug der Freude mit Blumen und Kerzen.



Umweltgottesdienst unter dem Motto »Unsere Enkel wollen auch leben« Kreuzkirche Dresden, 1983
Fotos: Giersch



Kraftwerk Espenhain
Foto: Archiv Giersch



Erste genehmigte Demonstration am 5. November 1989 nach dem Dankgottesdienst in der Dresdner Kreuzkirche zum Baustopp des Reinstsiliziumwerkes.



Umweltwoche in Dresden, 1982



»Wir brauchen eine Atmosphäre, die den Mut zur Teilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten fördert. Diese wird beeinträchtigt durch geheime Überwachung und noch immer ungenügenden Datenschutz. Sie würde aber gefördert durch Rechtssicherheit. Wahlen, in denen die Urteilsfähigkeit der Bürger wirklich gefordert wird, geben den Gewählten ein tragfähiges Mandat. Das Wahlrecht sollte so reformiert werden, daß die Kandidaten wirksam auf die Aufstellung der Kandidaten wirksam unter mehreren und geheim einfluß nehmen und geheim können.«

Aus dem Papier »Mehr Gerechtigkeit in der DDR« der Ökumenischen Versammlung im April 1989

Abschlussgottesdienst der Ökumenischen Versammlung in der Kreuzkirche Dresden, April 1989
Fotos: Bohm

Ökumenische Versammlung - die erste große Volksaussprache

Alle diese einzelnen Engagements und oppositionellen Gruppen formierten sich in den Jahren 1984 bis 1986 zu einer Demokratiebewegung, die sich nicht mehr totschweigen und nicht mehr ausrotten ließ. Struktur, geistige Macht und Aktionsbreite gewann sie auf dem konziernen Lernweg der Ökumenischen Versammlung in der DDR. Aus Dresden, wo Superintendent Christof Ziemer, Pfarrer an der Kreuzkirche, die politische Konsequenz des Glaubens exemplarisch vorlebte und das Engagement der Vielen inspirierte und koordinierte, war der Aufruf dazu an alle ergangen, die sich für die Überlebensfragen der Menschheit engagierten und unter der gesellschaftlichen Situation in der DDR litten. Mit über zehntausend Vorschlägen und Eingaben beteiligten sich Einzelne und Gruppen an der Vorbereitung - eine erste große Volksaussprache, eine Willensbildung von unten. Ein Meilenstein auf diesem



Foto: Giersch

Weg war auch das Katholikentreffen 1987 in Dresden. Von dem geistigen Klima der Ökumenischen Versammlung in der DDR und ihrer Vorbereitung sind viele geprägt, die 1989 während der Revolution und danach politische Verantwortung übernahmen.

Unter dem Motto »Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung« entstanden als Frucht der Ökumenischen Versammlung zwölf Arbeitstexte, die Schritte zu verantwortlichem Handeln in Gesellschaft und Kirche vorschlugen. Das Programm der Bürgerbewegung war geboren. Vor allem der Text »Mehr Gerechtigkeit in der DDR« wurde später die Magna Charta der Revolution in der DDR genannt. Neben den bisherigen Arbeitsfeldern Frieden und Ökologie fanden neue Themen Eingang: Demokratisierung als Voraussetzung von Entspannung, Gerechtigkeit und Menschenrechte, freie Wahlen und die zunehmende Ausreisewelle.



Der 13. Februar in Dresden

Der Punkt, an dem in Dresden durch die achtziger Jahre hin das politische Wirken von Christen die Stadt und ihre Bürger am deutlichsten berührte, ist ein Schmerzpunkt: der 13. Februar als Gedenktag an die Zerstörung Dresdens, mit dem sich bis heute die Identität der Stadt am nachhaltigsten verbunden hat. Die großen ökumenischen Gottesdienste dieses Tages in der Kreuzkirche nahmen Erinnerung und Gedenken Jahr für Jahr zum Anlass, danach zu fragen, was heute »zum Frieden dient«, was nötig ist für die Entwicklung im »eigenen Haus«, in der DDR-Gesellschaft, und im Horizont der globalen Überlebensfragen, die unter den Stichworten »Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung« zusammengefasst waren. Mit den großen öffentlichen Ereignissen dieses Tages gewann Dresden Ausstrahlung und Bedeutung im ganzen Land.

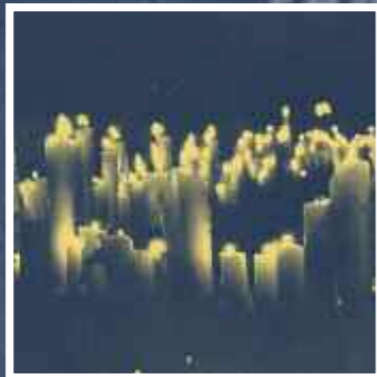
Dieser Tag bildete neue Gestaltungsformen und Rituale aus: vom großen Frage-und-Antwort-Forum bis zum kontemplativen Gebet, von gemeinsamen Wegen durch die Stadt von einer Kirche zur anderen (erste Demonstrationen lange vor dem Herbst 1989) bis zum spontanen Kerzenanzünden an der Ruine der Frauenkirche. Charakteristisch für den 13. Februar in Dresden war die Verbindung von politischem Engagement und Gebet, vom Zusammenspiel oppositioneller Gruppen (auch aus dem nichtkirchlichen Raum wie der »Initiative 13. Februar« und der Gruppe »Wolfspelz«) mit Kirchgemeinden und der Dresdner Öffentlichkeit. Die Einübung von Gewaltlosigkeit in der konflikträchtigen Spannung dieses Tages hat Dresden sicherlich auf die besondere Vorbildrolle vorbereitet, die den Bewohnern dieser Stadt in den Wirren des Herbstes 1989 zufiel.

»Der 13. Februar war als Konfliktpunkt zwischen Staat und Kirche immer auch ein Angsttag für beide Seiten. Dabei war nicht nur im Bewußtsein der Christen, sondern auch für die breite Öffentlichkeit das, was in den Kirchen geschah, das »Eigentliche«. Dort war jedenfalls ein Ort, wo die Probleme der Menschen zur Sprache kommen konnten. Dies ging auch für die Kirchen nahe an die Schmerzgrenze, als z.B. 1988 die ganze Kreuzkirche mit Plakaten »geschmückt« war, die eigentlich für die Straße bestimmt waren, aber deren öffentliches Zeigen nur um den Preis sofortiger Inhaftierung möglich gewesen wäre. Die Kirche war - wohl oder übel - zum Marktplatz geworden.«

Christof Ziemer



Christof Ziemer, Foto: Giersch





Roman Kalex, Gruppe »Wolfspelz«, erinnert sich:

»Hervorgegangen ist die Gruppe »Wolfspelz« aus der christlichen Friedensbewegung. Schon 1982 hat meine ehemalige Frau Johanna am 13. Februar Flugblätter verteilt. Bis 1984 haben wir in einer Gruppe bei Pfarrer Bretschneider Friedensdekaden vorbereitet. Unsere eigene Gruppe entstand 1985 bei einer Friedenswerkstatt in der Dresdner Weinbergskirche. Dort bekamen wir Kontakt mit dem Friedenskreis Weißensee und arbeiteten dann auch an der Samisdat-Zeitung »Grenzfall« mit, deren Dresdner Vertriebsnetz wir aufbauten. 1985/86 hatten wir das Gefühl, dass wir aus dem Schatten der Kirche, mit deren Oberen es auch



Roman Kalex, Fotos: Giersch

immer wieder mal Stress gab, heraustreten mussten. Wir wollten nicht mehr »beschützt« und nicht mehr »vertreten« werden. So erklärten wir uns zur autonomen Gruppe. Ab 1986 bemühten wir uns mit vielen Aktionen - mit Lesungen, Gesprächen, eigenen Medien, Ausstellungen, Werkstätten, Sprüh- und Flugblattaktionen z.B. zur Kommunalwahl - um eine

Gegenöffentlichkeit. Wir waren, meistens in unserer Wohnung, Anlaufpunkt für junge Leute, die mit dem System und mit der Elterngeneration nicht klarkamen. 1987 begannen wir mit antifaschistischer Bildungsarbeit und bauten eine Antifa-Gruppe auf. 1989, nach vielen Diskussionen über unser Selbstverständnis, bildete sich innerhalb unserer Gruppe ein anarchistischer Arbeitskreis. Auch eine große Ausreise-Gruppe kam hinzu. Von einer Hippie- und Szene-Gruppe, die auf dem jährlichen Dixieland-Festival neue Mitglieder rekrutierte, wandelten wir uns zur politischen Opposition und zu einem Aktionsbündnis, das den gesamten politischen Raum als Teil des eigenen Lebens be-

anspruchte und sich als legitimer Teil der Öffentlichkeit verstand. Verwoben in die Welt, wollten wir die Bergpredigt im Diesseits leben. Wir verstanden uns nicht mehr ausschließlich als christliche Gruppe, sondern als linke Alternative zur DDR, hatten die Menschenrechte und die positiven Freiheitsrechte im Sinn, z.B. das Recht auf Revolution. Zu den kirchlichen Gruppen hielten wir dennoch Kontakt und fragten nicht nach dem, was uns trennt, sondern nach dem, was uns verbindet. Unsere Taktik war die kontinuierliche Übertretung. Und wir haben immer die Öffentlichkeit gesucht. Natürlich wurden wir ständig beobachtet und ausspioniert; natürlich hat man versucht, die Gruppe zu lähmen und zu spalten.

Aber für Verhaftungen waren wir wohl schon zu bekannt, auch im Westen, und zu populär. Wie grotesk das Interesse der Stasi an uns war, zeigt ein Beispiel aus unserer Akte. Der »Klub der Mittellosen«, um den es hier geht, war eine typische, höchst alberne Eintagsfliege. Jan und ich saßen in der Mocca-stube und hatten nicht einmal mehr das Geld für einen Tee ohne Zitrone (0,40 M). Da fanden wir, wir könnten einen Klub der Mittellosen gründen. In der Spätschicht desselben Tages habe ich dann die »Ausweise« gedruckt, einfach aus Geikel. Die Stasi spähte diese »Organisation« bis ins Jahr 1983 aus. Wir hatten sie nach wenigen Tagen vergessen. Außer Nils, der sah wohl eine Möglichkeit, sich mit solchen Informationen bei der »Firma« zu profilieren.«



Die Macht zerbröckelt

Die Nibelungentreue wankt



Fotos: Giersch



Die Abkoppelung vom Reformkurs in der Sowjetunion verschärfte die Krise in der DDR. Seit 1988 gab es kein innenpolitisches Thema mehr, auf das die Opposition nicht reagiert hätte. Reformbewegungen regten sich in den Blockparteien, vor allem in der CDU (Brief aus Weimar), und selbst in der SED geriet die Nibelungentreue ins Wanken. Man unterschied die SED-Funktionäre in Reformer und Betonköpfe. Dresden hatte mit seinem Sekretär der Bezirksparteileitung, dem klugen und menschlich integren Hans Modrow, Glück. Viele der besonderen »Freiräume« und vernünftigen Entscheidungen gingen auf sein Konto. Leipzig und Karl-Marx-Stadt waren wesentlich schlechter dran.

Sowjetische Filme und Zeitschriften wurden verboten. Eine Welle von Eingaben und öffentlichen Protesten (z.B. im November 1988 in Leipzig) und Massenaustritte aus der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft folgten dem »SPUTNIK« - Verbot.

Die UMWELTBIBLIOTHEK in der Berliner Zionskirche wurde besetzt - eine breite Solidarisierung mit Mahnwachen und Fürbittgottesdiensten ging durch das ganze Land. In Dresden und Leipzig, in Zwickau, Görlitz und Karl-Marx-Stadt entstanden Umweltbibliotheken als Informations- und Kommunikationszentren der Opposition. Samisdat-Schriften wurden verbreitet, Flugblätter in Briefkästen gesteckt, westdeutsche Medien gezielt für mehr Öffentlichkeit genutzt. Immer öfter suchte die Opposition die direkte Herausforderung der SED.

Im Januar 1988 beteiligten sich oppositionelle Gruppen aus Berlin, aber auch aus Dresden und Karl-Marx-Stadt an der traditionellen LUXEMBURG-LIEBKNECHT-DEMONSTRATION und forderten mit Luxemburg-Worten auf Plakaten Demokratie und »die Freiheit der Andersdenkenden« ein. Die Staatsmacht reagierte »mit ganzer Härte«. Den Verhaftungen und Ausweisungen antworteten Proteste und Mahngottesdienste überall in der DDR, aber auch eine Solidaritätswelle aus West- und Osteuropa.



Berliner Luxemburg-Liebkecht-Demonstration am 17.1.1988
Foto: Domaschk Archiv



Umweltbibliothek Berlin, Ende der 80er Jahre
Fotos: Schefke (auch unten)



Über Grenzen verbunden



Während durch die Demokratisierung in Polen und Ungarn und die Perestroika in der Sowjetunion der Ostblock mehr und mehr zerfiel, suchte das DDR-Regime den Schulterchluss mit den brutalsten sozialistischen Diktaturen und klatschte ihnen Beifall zur Unterdrückung der Demokratiebewegung in ihren Ländern.

Zu der Friedensdekade im November 1988 gehörte ein Solidaritätstag mit Rumänien, der u.a. in Dresden, Meißen, Zwickau und Leipzig großen Widerhall fand. Erich Honecker aber heftete dem blutigen Diktator Ceausescu den höchsten Orden der DDR an die Brust.

Am 5. Juni 1989 walzten in Peking auf dem Platz des himmlischen Friedens Panzer die Demokratiebewegung nieder. Beifall und Gratulationen für die chinesischen Verbündeten ließen bei der DDR-Opposition keinen Zweifel daran, wozu die DDR-Führung zur eigenen Machterhaltung entschlossen war. Eine Protestdemonstration vor der chinesischen



Der 1. Mai 1989 in Leipzig
Foto: Kühne

Botschaft in Berlin wurde mit brutaler Gewalt niedergeknüppelt, viele wurden verletzt, viele verhaftet. Im ganzen Land kam es zu Protestaktionen, Gedenk- und Klagegottesdiensten. Zum »Trommeln für China« besetzte eine Gruppe junger Leute die Dresdner Kreuzkirche. Sicherheitskräfte sperrten die Kirche ab und verhafteten die Trommler beim Verlassen.

Noch immer gaben die kirchlichen Strukturen der DDR-Opposition das Gerüst, aber zunehmend bildeten sich auch nichtkirchliche Oppositionsgruppen mit basisdemokratischer oder anarchistischer Grundhaltung. Trotzdem - die »Unruhigen im Lande« waren immer in der Minderheit. Die Masse der Bevölkerung reagierte bis zum Sommer 1989 kaum, sondern nahm pflichtgemäß an den offiziell verordneten Aufmärschen teil. Im September 1989 registrierte das MfS - allerdings unvollständig - 144 Oppositionsgruppen in den Bezirken der DDR, 19 überregionale Gruppierungen und Netzwerke und etwa 800 »Organisatoren« und »Inspiratoren«.



Pakete packen für Rumänien
Fotos: Giersch



Trommeln für China



Medikamente sammeln
für Rumänien, Foto: Giersch

Friedensgebete - Brennpunkte der Revolution



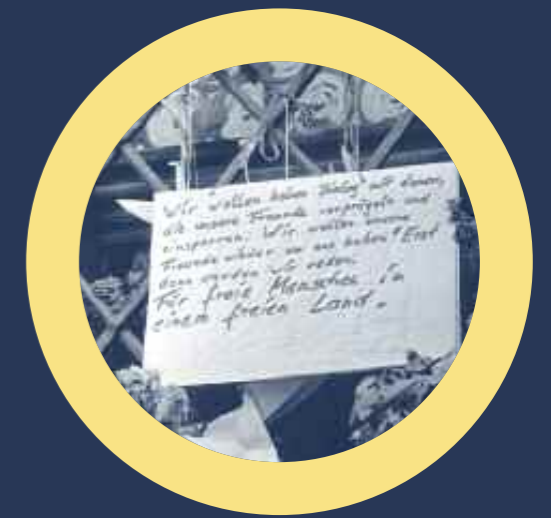
»Festnahmen und Verhaftungen in Leipzig: In Leipzig fanden in den letzten Tagen wiederholt Verhaftungen und Festnahmen am Rande des Friedensgebets statt. Immer noch verhaftet

sind...11 Leute, gegen 4 sind Strafbefehle zu je 4 Monaten Gefängnis ergangen. Am Montag, dem 18. September, wurden 130 Leute festgenommen... Während des Friedensgebets am 11. September, wurden die etwa 1.300 Teilnehmer nach Abschluß des

Gottesdienstes von einem massiven Aufgebot uniformierter und ziviler Sicherheitskräfte auf dem Nikolaikirchhof empfangen... so daß nach dreimaliger Androhung eines Polizeieinsatzes... noch etwa 600 Menschen auf dem Kirchhof waren. Daraufhin erfolgte der

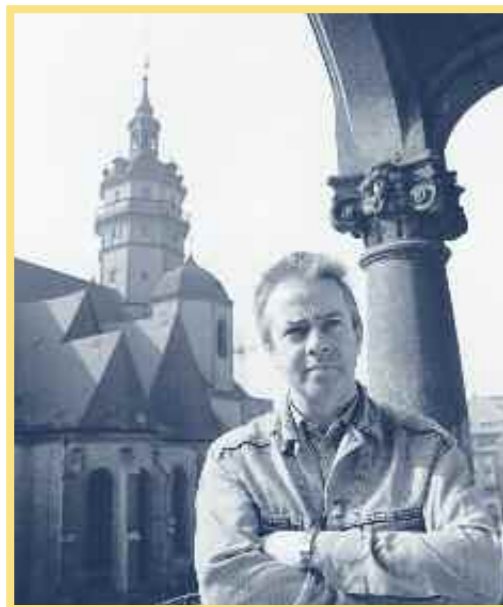
angedrohte Polizeieinsatz. Mehrere hundert Uniformierte rückten in Ketten vor und trieben gewaltsam die Menschenmenge, von der keinerlei Provokation ausgegangen war, Richtung nahegelegenes Revier. Dabei wurden 104 Personen festgenommen

und, teilweise unter Schlägen, auf LKW's der Bereitschaftspolizei verladen und vorläufig festgenommen...«
aus: Umweltblätter, Infoblatt des Friedens- und Umweltkreises Zionskirchgemeinde, Berlin



Einkesselung der Demonstranten auf dem Nikolaikirchhof, Leipzig, nach einem Friedensgebet
Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.

»Mit Gewalt läßt sich aus einem ganzen Menschen ein kaputter Mensch machen, aus einem freien ein gefangener, aus einem lebendigen ein toter... Wenn der Staat selbst Gewalt androht oder anwendet, hat er nicht mit einem Strafverfahren zu rechnen, aber mit den Folgen: Wer das Schwert nimmt, wird durch das Schwert umkommen... Wer einen Gummknüppel schwingt, sollte auch einen Schutzhelm tragen. Wer andere blendet, wird selbst blind. Wer andere willkürlich der Freiheit beraubt, hat bald selbst keinen Fluchtweg mehr.«



Christian Führer
Foto: Giersch

Die FRIEDENSGBETE in den Kirchen, die 1988 schon Tausende Besucher zählten und deren politische Brisanz zunahm, wurden zum Brennpunkt der DDR-Revolution. Aus ihnen entwickelten sich die ersten Demonstrationen - gerade in Leipzig, wo das Tauziehen zwischen Gruppen und Kirchenleitung schärfer wurde, nachdem sich am 5. September 1988 nach dem Friedensgebet in der Nikolaikirche eine erste Demonstration von 150 Menschen formiert hatte. Anfang 1989 eskalierte der Widerstand: Eine Kundgebung auf dem Markt mit 500 Teilnehmern wurde gewaltsam aufgelöst, über 50 Demonstranten verhaftet.

LEIPZIG war, inspiriert von Pfarrern wie Christoph Wonneberger und Christian Führer, ein besonderes Zentrum der Menschenrechtsbewegung. Hier kam es früher als andernorts zu einer Koalition der kirchlichen Oppositionsgruppen mit den Ausreisewilligen, zu gemeinsamen Aktionen und Solidaritätsgottesdiensten. Vielleicht gab es deshalb in Leipzig die ersten Versuche, aus der Kirche auf die Straße zu gehen. Durch die Aufnahme der deutschen Frage in den Katalog der politischen Ziele gewann die Opposition hier auch zunehmend Massencharakter. Und

Öffentlichkeitswirkung in den westdeutschen Medien, die durch den Fokus ihrer Aufmerksamkeit den revolutionären Prozess in der gesamten DDR lange Zeit hindurch eher selektiv wahrnahmen und widerspiegeln.

Verhaftungen, Zuführungen, Drangsalierungen lassen sich in Leipzig seit Herbst 1987 nachweisen. Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen werden immer wieder in Bedrängnis gebracht. Bei Pleißegedenkumzügen oder Straßenmusikfesten werden die Organisatoren eingeschüchert. Am 10. Juni 1989 prügelt die Polizei am Bach-Denkmal auf Musikanten ein.

Die Nikolaikirche kennt seit 1983 die montäglichen Friedensgebete. St. Nikolai-Pfarrer Christian Führer ist der Partner der unruhigen Jugend, die sich hier sammelt. Seit sich ab Frühjahr 1988 dort zunehmend die Ausreise-Bewegung artikulierte, wurden die Friedensgebete zu Massenveranstaltungen. Seit Mai 1989 mündeten die Friedensgebete in der Nikolaikirche regelmäßig in Demonstrationsversuchen, deren Stärke von Montag zu Montag wuchs.

Christoph Wonneberger
im Friedensgebet
am 25. September 1989 in der Nikolaikirche

Entlarvung der gefälschten Wahlen

Zum größten politischen Erfolg der Opposition wurde im Mai 1989 die Aufdeckung der Wahlfälschung anlässlich der Kommunalwahlen. In vielen Wahllokalen nahmen Oppositionelle an der Auszählung der Stimmen teil und protestierten anschließend gegen die geschönten Zahlen. In Leipzig demonstrierten am 7. Mai fast 1 000 Menschen auf dem Markt gegen die Wahlfarce. Viele wurden verhaftet, und am nächsten Tag bildete die Polizei einen Kessel um die Nikolaikirche, in der das gefürchtete Friedensgebet gehalten wurde. Zum ersten Mal wurde das SED-Regime öffentlich der Lüge und des Verstoßes gegen seine eigenen Gesetze überführt und damit delegitimiert.



Foto: Röder



Foto: Kühne

Das Rechtsthema rückte nun immer mehr in den Mittelpunkt oppositionellen Handelns. Eingaben häuften sich, die ihre Proteste und Forderungen mit DDR-Gesetzen begründeten oder mit der DDR-Unterschrift unter den Helsinki-Papieren. Immer öfter wurden Forderungen nach einer offenen, zivilen und pluralistischen Gesellschaft, nach politischer Mitbestimmung, Gewaltenteilung, individuellen Freiheitsrechten und Rechtsstaatlichkeit laut. Im Februar 1989 unterbreitete der Friedensarbeitskreis der Evangelischen Studentengemeinde Karl-Marx-Stadt einen öffentlichen Vorschlag, der zum Dialog über die innere Krise die Idee des »Runden Tisches« vorwegnahm.

Ein ähnlicher Vorschlag für »autorisierte Gesprächsrunden« kam nach der Wahlfälschung von der »Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung«. Als Ziel nannte dieser Text, der auf dem Kirchentag im Juli verbreitet wurde, ein »reformiertes Wahlrecht«. Dieses Thema war besonders gefährlich für das SED-Regime, denn mit der Rechtsfrage stellte sich immer auch die Machtfrage. Die Leipziger »Demokratische Initiative« schlug sogar eine Verfassungsänderung vor.



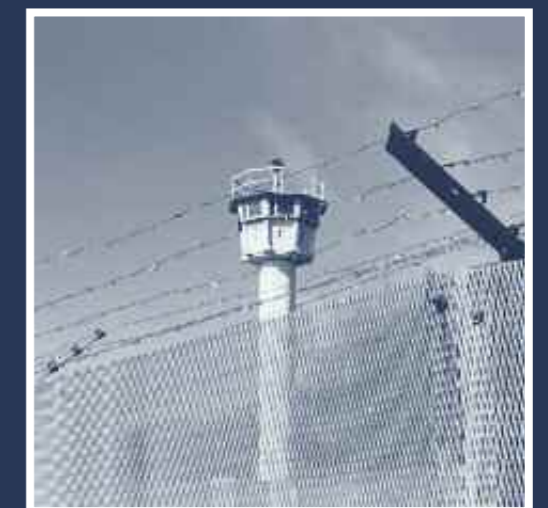
Fotos: Giersch (auch rechte Seite)

Abstimmung mit den Füßen



Die Zuspitzung der innenpolitischen Situation hatte mit dem zweiten mächtigen Strom zu tun, der das Machtgefüge der DDR unterhöhlte und schließlich die Revolution auslöste: der Ausreisebewegung, die im ersten Halbjahr 1989 so gewaltig anschwellte, dass sie für SED und MfS kaum noch beherrschbar war. Während an der Grenze weiterhin Schüsse fielen (am 6. Februar starb der 20-jährige Chris Gueffroy), verstärkte das MfS mit Verhaftungen und Ermittlungsverfahren den offenen Druck auf die Ausreisewilligen, die sich immer öfter zu Gruppen zusammenschlossen und hier und da Demonstrationen wagten. Das Warten auf die Ausreise, nachdem der Antrag gestellt war, bedeutete für viele, die sofort ihre Arbeit verloren, extreme Unsicherheit und Härte. Oft lebten sie von der Solidarität ihrer Freunde, die sie unterstützten und ermutigten, obwohl sie für sich selbst ganz bewusst entschieden hatten, dass es besser sei, im Lande zu bleiben und Widerstand zu leisten.

In den ersten drei Monaten des Jahres gab es schon fast 800 Botschaftsbesetzer, die so ihre Ausreise, mindestens aber Öffentlichkeit erzwingen wollten. Weiße Schleifen an Autoantennen, das große A für Ausreise gehörten zum Straßenbild. Familien, Freundeskreise, Arbeitskollektive trauerten um den Verlust derer, die weggingen. Fast jeder war beteiligt, half jemandem bei der Haushaltsauflösung und beim Packen, nahm auf Bahnsteigen Abschied »auf Nimmerwiedersehen«, fühlte sich verlassen und jeden Tag ein bisschen hoffungsloser. Während die Staatsführung tönte, dass man ihnen »keine Träne nachweine«, flossen allabendlich bei den Fluchtbildern aus dem Westfernsehen in vielen Wohnzimmern der DDR bittere Tränen.

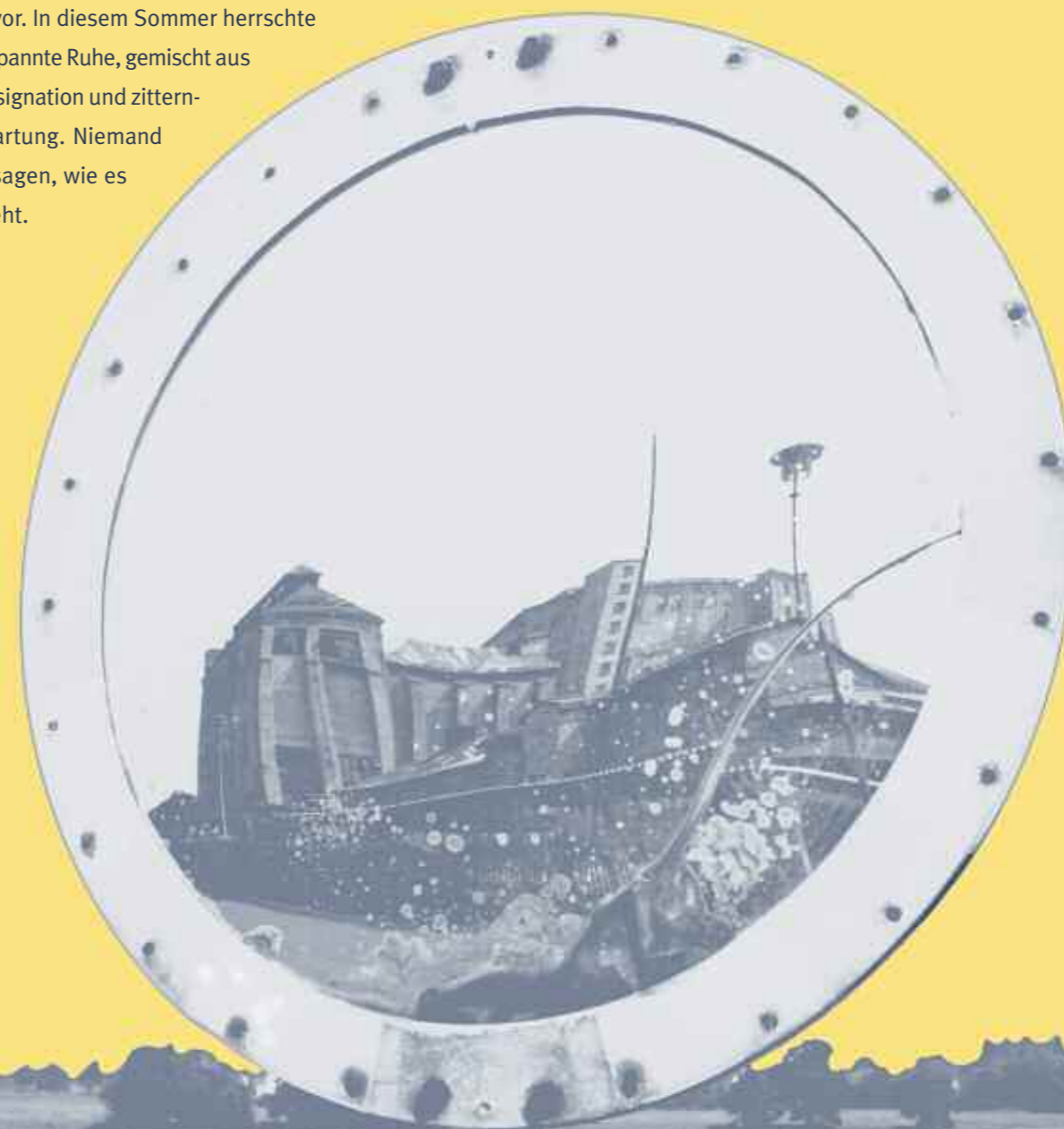


An manchen Autos weht heute
ein schlohweißes Band.
Das ist das Zeichen der Leute,
die nichts mehr hält im Land.
Die uns signalisieren,
daß sie kapitulieren,
daß sie es nun aufgeben,
hier noch weiter zu leben.
Trotzig flattert die Binde
wie ein Vorwurf im Winde.
Ich schwöre mir heimlich und leis:
Nie hisse ich Weiß!
Ein schwarzes Band werd ich hissen.
Ich leg Trauer an,
um alle, die uns verließen
und noch gehn irgendwann.
Die sich gern mit uns stritten,
mit uns lachten und litten,
die das Fernweh fortwehte,
die der Wohlstand verdrehte,
die ne Lippe riskierten,
irgendwann resignierten
und zogen den trennenden Strich.
Um die trauer ich...

Der Liedermacher Gerhard Schöne sang dieses Lied
erstmals im Juli 1989 auf dem Kirchentag in Leipzig.

Gespannte Ruhe

Der »SOZIALISMUS IN DEN FARBEN DER DDR«, den das Zentralkomitee auf seiner 7. Tagung ausgerufen hatte, legte sich wie ein erstickendes graues Tuch auf das Lebensgefühl der Menschen. Die DDR-Propaganda mit ihrem künstlichen Daueroptimismus konnte den ökonomischen Zerfall, die ständigen wirtschaftspolitischen Improvisationen, den desolaten Zustand vieler Betriebe, die erschreckende Umweltzerstörung nicht mehr übertünchen und nicht mehr die ständigen Versorgungslücken, das deprimierende Sterben der Städte (z.B. in der Dresdner Neustadt) und die Fluchtwelle, die die Zurückbleibenden wie ein allmähliches Verbluten traf. Dazu kamen böse Zukunftsängste, denn die SED bereitete seit Frühjahr 1989 ihre paramilitärischen Einheiten, die Kampfgruppen, auf innenpolitische Auseinandersetzungen vor. In diesem Sommer herrschte eine gespannte Ruhe, gemischt aus tiefer Resignation und zitternder Erwartung. Niemand konnte sagen, wie es weitergeht.





»Am Schluß war das ganze Land nichts als ein einziger, langweiliger Sonntag-nachmittag. Die alte Woche war zu Ende, die neue aber wollte und wollte nicht beginnen. Wer es sich aufregend vorstellt, unter einem Regime von Geheimpolizisten zu leben, täuscht sich. Am Schluß waren wir zu müde, Witze über die Regierung zu machen. Es war alles gesagt... Aber wer jetzt sagt, wir seien mutig gewesen - »Helden« - , der weiß nichts von uns. In Wirklichkeit konnten wir nur einen Bruchteil der Gefahr, und in Wirklichkeit - laßt uns das nicht vergessen - war es einfach schön, in dieser Menge von Menschen zu sein, zu lachen unter der Anspannung, den Nachbarn zu spüren, mit ihm einverstanden zu sein. Zum ersten Mal im Leben an einem öffentlichen Ort nicht allein, zum ersten Mal ohne Langeweile...«

**Gudula Ziemer,
Holger Jackisch**

aus: »Jetzt oder nie - Demokratie!
Forum Verlag Leipzig

In diesem Sommer und Frühherbst begann aber auch die Formierung der Opposition in neuen politischen Organisationsformen. Bürgerbewegungen entstanden, die NEUES FORUM oder DEMOKRATIE JETZT hießen; Vereinigungen wie DEMOKRATISCHER AUFBRUCH und VEREINTE LINKE, Parteien wie die SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI (SDP) gründeten sich und verbreiteten ihre Programme und Aufrufe. Die Opposition löste sich aus den Organisationsformen der Kirchen und strebte politische Handlungskraft und Öffentlichkeit an.

»In unserem Lande ist die Kommunikation zwischen Staat und Gesellschaft offensichtlich gestört. Belege dafür sind die weitverbreitete Verdrossenheit bis hin zum Rückzug in die private Nische oder zur massenhaften Auswanderung. Fluchtbewegungen dieses Ausmaßes sind anderswo durch Not, Hunger und Gewalt verursacht. Davon kann bei uns keine Rede sein. Die gestörte Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft lähmt die schöpferischen Potenzen unserer Gesellschaft und behindert die Lösung der anstehenden lokalen und globalen Aufgaben. Wir verzetteln uns in übergelauter Passivität und hätten doch Wichtigeres zu tun für unser Leben, unser Land und die Menschheit. In Staat und Wirtschaft funktioniert der Interessenausgleich zwischen den Gruppen und Schichten nur mangelhaft. Auch die Kommunikation über die Situation und die Interessenlage ist gehemmt. Im privaten Kreis sagt jeder leichthin, wie seine Diagnose lautet, und nennt die ihm wichtigsten Maßnahmen. Aber die Wünsche und Bestrebungen sind sehr verschieden und werden nicht rational gegeneinander gewichtet und auf Durchführbarkeit untersucht. Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebotes und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr vom ungehemmten Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewußte Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial Schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für jeden, aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen am Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden. Um all diese Widersprüche zu erkennen, Meinungen und Argumente dazu anzuhören und zu bewerten, allgemeine von Sonderinteressen zu unterscheiden, bedarf es eines demokratischen Dialoges über die Aufgaben des Rechtsstaates, der Wirtschaft und der Kultur. Über diese Fragen müssen wir in aller Öffentlichkeit, gemeinsam und im ganzen Land nachdenken und miteinander sprechen. Von der Bereitschaft und dem Wollen dazu wird es abhängen, ob wir in absehbarer Zeit Wege aus der gegenwärtigen krisenhaften Situation finden. Es kommt in der jetzigen gesellschaftlichen Entwicklung darauf an, daß eine größere Anzahl von Menschen am gesellschaftlichen Reformprozeß mitwirkt, daß die vielfältigen Einzel- und Gruppenaktivitäten zu einem Gesamthandeln finden. Wir bilden deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger der DDR, die an einer Umgestaltung unserer Gesellschaft mitwirken wollen, dazu auf, Mitglieder des NEUEN FORUMS zu werden. Die Tätigkeit des NEUEN FORUMS werden wir auf gesetzliche Grundlage stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Art. 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen. Wir werden die Gründung der Vereinigung bei den zuständigen Organen der DDR entsprechend der VO vom 6.11.1975 über die »Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen« (Gbl.I, Nr.44, S.723) anmelden. Allen Bestrebungen, denen das NEUE FORUM Ausdruck und Stimme verleihen will, liegt der Wunsch nach Gerechtigkeit, Demokratie, Frieden sowie Schutz und Bewahrung der Natur zugrunde.«

Mit diesem Brief trat das NEUE FORUM
erstmalig an die Öffentlichkeit

Resolution Berliner Rockmusiker
vom 18. September 1989

Beschluss der Berliner Mitglieder
des Schriftstellerverbandes
vom 14. September 1989

Rundbrief des NEUEN FORUMS
vom 1. Oktober 1989
(Ausschnitt)

Die Berliner Rockmusiker haben am 18. September 1989 eine Resolution beschlossen, die sich mit der Situation der Rockmusik in der DDR auseinandersetzt. In dem Text wird die Bedeutung der Rockmusik für die Jugend der DDR betont und es wird gefordert, dass die Rockmusik nicht als 'westliche Einflüsse' betrachtet werden sollte. Stattdessen sollte sie als ein wichtiger Bestandteil der kulturellen Vielfalt der DDR angesehen werden. Die Resolution fordert auch, dass die Rockmusiker die gleichen Rechte und Freiheiten wie andere Künstler in der DDR erhalten sollten.

Der Beschluss der Berliner Mitglieder des Schriftstellerverbandes vom 14. September 1989 bezieht sich auf die Situation der Schriftsteller in der DDR. In dem Text wird die Bedeutung der Schriftstellerei für die Kultur der DDR betont und es wird gefordert, dass die Schriftsteller die gleichen Rechte und Freiheiten wie andere Künstler in der DDR erhalten sollten. Der Beschluss fordert auch, dass die Schriftsteller die gleichen Chancen wie andere Künstler in der DDR erhalten sollten.

Der Rundbrief des NEUEN FORUMS vom 1. Oktober 1989 enthält einen Ausschnitt aus dem Text. In dem Text wird die Bedeutung des NEUEN FORUMS für die Kultur der DDR betont und es wird gefordert, dass die Mitglieder des NEUEN FORUMS die gleichen Rechte und Freiheiten wie andere Künstler in der DDR erhalten sollten. Der Rundbrief fordert auch, dass die Mitglieder des NEUEN FORUMS die gleichen Chancen wie andere Künstler in der DDR erhalten sollten.

Der Statut der SDP, Sozialdemokratische Partei in der DDR, 1989, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Struktur und die Aufgaben der Partei regeln. In dem Text wird die Bedeutung der SDP für die Politik der DDR betont und es wird gefordert, dass die Mitglieder der SDP die gleichen Rechte und Freiheiten wie andere Bürger in der DDR erhalten sollten. Der Statut fordert auch, dass die Mitglieder der SDP die gleichen Chancen wie andere Bürger in der DDR erhalten sollten.

Der Statut der SDP, Sozialdemokratische Partei in der DDR, 1989, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Struktur und die Aufgaben der Partei regeln. In dem Text wird die Bedeutung der SDP für die Politik der DDR betont und es wird gefordert, dass die Mitglieder der SDP die gleichen Rechte und Freiheiten wie andere Bürger in der DDR erhalten sollten. Der Statut fordert auch, dass die Mitglieder der SDP die gleichen Chancen wie andere Bürger in der DDR erhalten sollten.

Der Statut der SDP, Sozialdemokratische Partei in der DDR, 1989, enthält eine Reihe von Bestimmungen, die die Struktur und die Aufgaben der Partei regeln. In dem Text wird die Bedeutung der SDP für die Politik der DDR betont und es wird gefordert, dass die Mitglieder der SDP die gleichen Rechte und Freiheiten wie andere Bürger in der DDR erhalten sollten. Der Statut fordert auch, dass die Mitglieder der SDP die gleichen Chancen wie andere Bürger in der DDR erhalten sollten.



Der heiße Herbst

Einer der Züge mit Prager Botschaftsbesetzern
Foto: Archiv Neupert Verlag

Der Druck wird stärker

Bild oben:
Auf dem Botschaftsgelände in Prag
Foto: Archiv Neupert Verlag

2. Bild von oben:
Wasserwerfereinsatz gegen Demonstranten
in Leipzig am 7. Oktober 1989
Foto: Kühne

3. Bild von oben:
Ankunft in Hof
Foto: Archiv Neupert Verlag

Bild unten:
Verhaftungen von Demonstranten in Leipzig
Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.



Friedensgebet
in der Nikolaikirche
Leipzig, September 1989
Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.

Während im September Fluchtwellen und Botschaftsbesetzungen kulminierten, stieg die Teilnehmerzahl an den Leipziger Friedensgebeten von Montag zu Montag, so dass die Nikolaikirche bald nicht mehr alle fassen konnte. Die Friedensgebete mit anschließenden Demonstrationen entwickelten sich zum Aufstand der Leipziger Bevölkerung, in dem Ausreisebewegung und Demokratiebewegung zusammenflossen. Von 800 Demonstranten Anfang September stieg die Zahl bis Ende des Monats auf 8 000. Am 2. Oktober zogen 10 000 Leipziger mit Transparenten und Sprechchören über den Innenstadtring. Jedesmal gab es rohe Prügel-szenen und Verhaftungen. Die Wahrscheinlichkeit drängte sich auf, dass die SED einen gewaltsamen Ausweg nach chinesischem Vorbild aus der Krise suchen würde.

Am 11. September öffnete Ungarn die Grenze zu Österreich für DDR-Flüchtlinge. Am 3. Oktober schloss die DDR ihre Grenze zur ČSSR, das letzte »Schlupfloch«. Schlagartig verschärfte sich die Situation. Friedensgebete, Fastenaktionen und Mahnwachen für die Verhafteten, vor allem aus Leipzig, fanden nun fast täglich überall im Lande statt. Durch die westlichen Medien, vor allem den Deutschlandfunk, erfuhr man voneinander und war bestens informiert über die Ereignisse. Jeden Morgen beim Radiohören war man auf neue Katastrophen gefasst.

Das NEUE FORUM, das in der Öffentlichkeit zum eigentlichen Träger der Revolution geworden war, rief am 4. Oktober auf: »Gewalt ist kein Mittel der politischen Auseinandersetzung! Laßt euch nicht provozieren!« Bei den Demonstrationen hörte man nach den Rufen »Wir wollen raus!« nun immer öfter einen neuen Sprechchor: »Wir bleiben hier!« Das muss für die Machthaber noch drohender geklungen haben. Sie reagierten zunehmend konfus - zum Teil mit unverhältnismäßiger Härte, andererseits wie paralysiert.

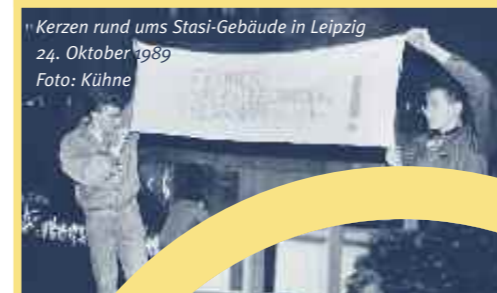
Überwindung der Angst

»Für mich persönlich war der größte Moment der, als ich ganz allein, ganz für mich in die Menge gelaufen bin und erst leise und dann immer lauter gerufen habe: Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!«

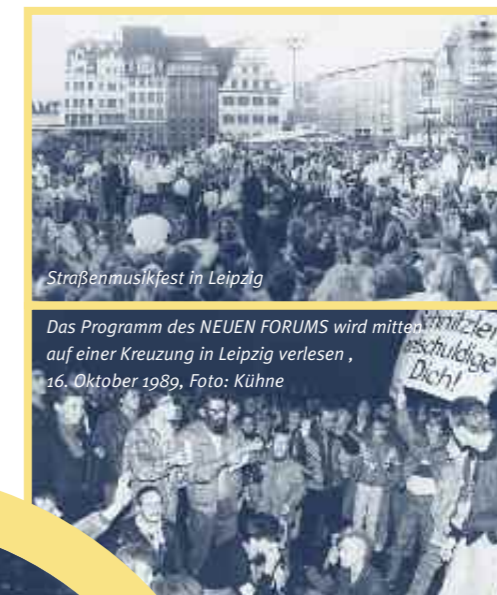
Kerzen wurden das Friedenssymbol der Demonstrierenden, und unentwegt skandierten sie den Ruf »KEINE GEWALT!«. Die Staatsmacht geriet gegenüber dem gewaltfreien Widerstand in ein unlösbares Dilemma: Je mehr sie zur Gewalt griff, desto mehr entlarvte sie sich selbst und die Lüge von der »sozialistischen Menschengemeinschaft«. Von den LEIPZIGER MONTAGSDEMONSTRATIONEN, die zum Motor der Revolution geworden waren und in vielen Städten den Mut zum aufrechten Gang entzündeten, schallte der Ruf durchs Land: »WIR SIND DAS VOLK!«. Die »Untertanen« fanden ihre Stimme wieder, ihre Würde und ihr Selbstbewusstsein. Davor mußte selbst die Angst weichen. Ist es Nostalgie, dass viele Ostdeutsche sich an diese Akte der Selbstbefreiung als an eine der kostbarsten Erfahrungen ihres Lebens erinnern? Dass für sie »die Straße« niemals ein Schimpfwort sein kann wie für manchen westdeutschen Politiker, sondern das Forum der res publica bleibt, der Ort, an dem sie – vielleicht zum ersten Mal – ganz sie selber geworden sind?



Demonstranten in Leipzig am 23. Oktober 1989
Foto: Kühne



Kerzen rund ums Stasi-Gebäude in Leipzig
24. Oktober 1989
Foto: Kühne



Straßenmusikfest in Leipzig

Das Programm des NEUEN FORUMS wird mit
auf einer Kreuzung in Leipzig verlesen,
16. Oktober 1989, Foto: Kühne



16. Oktober 1989 in Leipzig
Foto: Kühne



Straßenmusikfest
in Leipzig, bei dem es 1989
zu Verhaftungen und Prügel-szenen kam.
Foto: Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V.

Ich weiß noch, das war in der Nähe vom Hauptbahnhof. Ich habe Polizei gesehen, aber keine Angst gehabt. Ich habe mich stark gefühlt und die Arme hochgerissen und mir die Seele aus dem Leib geschrien.«

Eva Günther (Hausfrau)
aus: »Demonteur. Biographien des Leipziger Herbstes«

Am Dresdner Hauptbahnhof

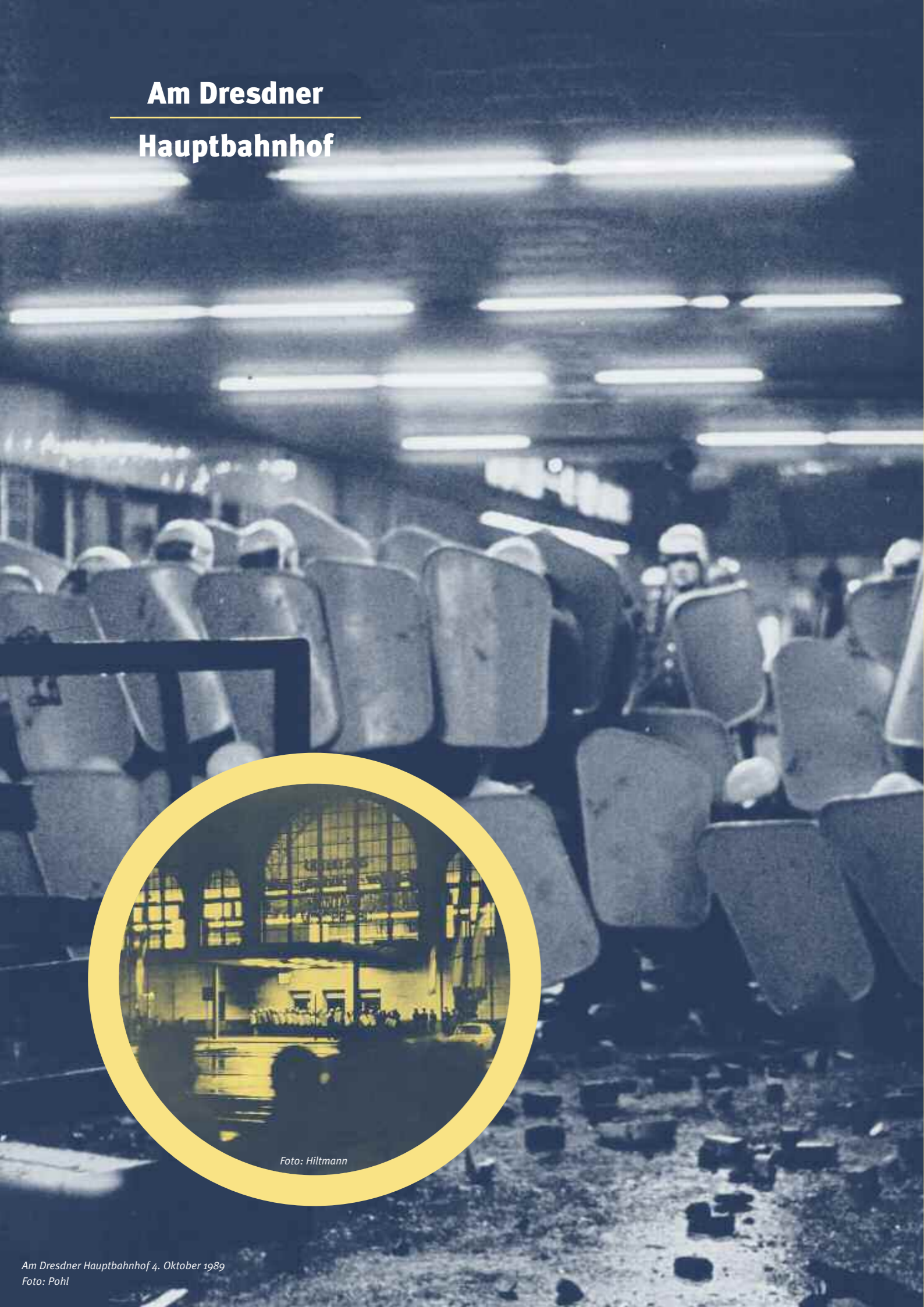


Foto: Hiltmann

Sven Schindler, damals Architekturstudent an der TU Dresden:

»Ich wohnte in Kaitz und kam zufällig mit dem Rad am Hauptbahnhof vorbei. Da sah ich prügelnde Polizisten, die auf die Menschen losdrochen und Fahrgäste in die Straßbahn zurückprügelten. Ich war entsetzt und dachte nur: Das gibt's doch gar nicht, das kann gar nicht wahr sein. Ich habe Busse angehalten, damit sie nicht in diesen Hexenkessel hineinkamen. Später bin ich mit

dem Fotoapparat losgezogen, war bei den Mahnwachen an der Frauen- und Kreuzkirche und den ersten Demos, habe am Hauptbahnhof, bei der großen Abriegelung am Theaterplatz und auf der Prager Straße fotografiert. Dort war ich mit der Kamera auch am 8. Oktober dabei. Während sich vorne die Gruppe der 20 bildete, rückte hinten die Polizei mit Angst machendem Knüppelschlagen auf ihre Schilde näher. Man wusste nicht, ob die Information von vorne nach hinten durchdrin-

gen würde. Das waren Momente unglaublicher Angst, physischer Angst vor der Eskalation der Gewalt. Ich wollte das alles dokumentieren und festhalten, weil es so unglaublich war, ging sofort ins Labor, schrieb einen Bericht und hängte dann im Schumannbau der Uni eine Wandzeitung über die Ereignisse aus. Ich sollte sie wieder abmachen, aber die Wandzeitung blieb hängen. Aus meiner Stasiakte habe ich später erfahren, dass ich damals exmatrikuliert werden sollte.«

Dass der Aufstand zur Revolution wurde und die Revolution ihren ersten Sieg errang, geschah dennoch nicht in Leipzig, sondern in Dresden. Und es lag weniger am Mut der Bürgerbewegung als an der Dummheit der SED-Führung, die die Züge mit den Flüchtlingen aus der Prager Botschaft, denen Hans-Dietrich Genscher die Freiheit verkünden konnte, durch die DDR fahren ließ.

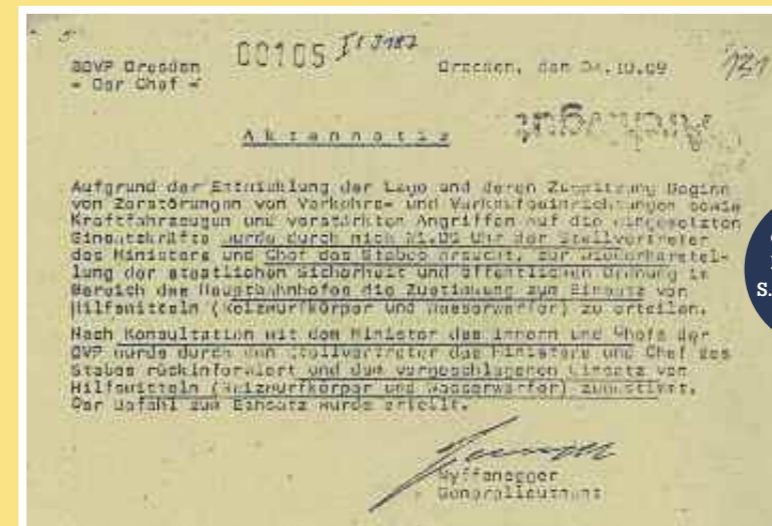
Nachdem die ČSSR-Grenze dicht war, strömten Ausreisewillige aus der ganzen DDR an der Bahnstrecke zusammen - in Bad Schandau, Pirna und Heidenau, in Werdau und Karl-Marx-Stadt, besonders aber in Dresden -, um diese Züge zu erreichen.

Gleise und Bahnsteige wurden von martialisch gerüsteten Sicherheitskräften besetzt. Überall kam es zu »Zuführungen« und brutalen Prügelnszenen. Die Sicherheitskräfte waren für die Niederschlagung einer Konterrevolution aufgeputscht. In den Zuführungspunkten gab es Misshandlungen und regelrechte Gewaltexzesse.

Die Stadtjugendpfarrämter wurden zu Kontaktstellen für die Familien der Verhafteten und sammelten später deren Gedächtnisprotokolle.

»Eine große Gruppe von ganz friedlichen Demonstranten ist festgenommen und nach Bautzen gebracht worden - Demonstranten, die in einer fast rührenden Art gewaltlos gewesen sind. Die zum Beispiel, als sie festgenommen wurden, in den Bereitschaftspolizisten ihre Freunde wiedererkannten und die deswegen, ganz ohne Widerstand, freiwillig auf die Wagen gestiegen sind. Ihnen ist hinterher ziemlich Schlimmes passiert.«

Christof Ziemer
aus: »Die protestantische Revolution«, Wichern-Verlag



ergänzende Dokumente S. 96 bis S. 102

Foto: Adam



Foto: Pohl



Foto: Segebarth



Foto: Adam



Foto: Segebarth



Am 4. Oktober sind abends etwa 10 000 Menschen um den Dresdner Hauptbahnhof versammelt. Mit Schlagstöcken, Tränengas und Wasserwerfern geht die Polizei gegen sie vor; Pflastersteine fliegen, Polizeiautos werden umgestürzt und angezündet. Massenhafte »Zuführungen« folgen den Straßenkämpfen. Auch gänzlich Unbeteiligte werden geschlagen und verhaftet. Die Kreuzkirche öffnet nachts ihre Türen zum Schutz der Verfolgten, Superintendent Ziemer versucht erfolglos, auf dem Bahnhof zu vermitteln, die Kathedrale wird »besetzt«. Am 5. und 6. Oktober demonstrieren am Dresdner Hauptbahnhof erneut etwa 5 000 Personen und setzen sich den Gewalttätigkeiten und Verhaftungen aus. Immer mehr Demonstranten zünden Kerzen an und leisten gewaltfreien Widerstand.

Seit dem 6. Oktober trägt das Ensemble des Staatsschauspiels Dresden allabendlich einen Text zur Situation vor, der umfangreiche politische Forderungen enthält. Dieser Versuch, die Sprachlosigkeit zu überwinden, wirkt elektrisierend auf die Öffentlichkeit.

Aus der Rolle herausgetreten



Foto: Böhme

Forderungen des Staatsschauspiels Dresden vom 6. Oktober, vor den Vorstellungen verlesen von einem Schauspieler:

»Wir treten aus unseren Rollen heraus. Die Situation in unserem Land zwingt uns dazu. Ein Land, das seine Jugend nicht halten kann, gefährdet seine Zukunft. Eine Staatsführung, die mit ihrem Volk nicht spricht, ist unglaubwür-

dig. Eine Parteiführung, die ihre Prinzipien nicht mehr auf Brauchbarkeit untersucht, ist zum Untergang verurteilt. Ein Volk, das zur Sprachlosigkeit gezwungen wurde, fängt an, gewalttätig zu werden. Die Wahrheit muß an den Tag. Unsere Arbeit steckt in diesem Land. Wir lassen uns das Land nicht kaputt machen. Wir nutzen unsere Tribüne, um zu fordern: 1. Wir haben ein

Recht auf Information. 2. Wir haben ein Recht auf Dialog. 3. Wir haben ein Recht auf selbständiges Denken und Kreativität. 4. Wir haben ein Recht auf Pluralismus im Denken. 5. Wir haben ein Recht auf Widerspruch. 6. Wir haben ein Recht auf Reisefreiheit. 7. Wir haben ein Recht, unsere staatlichen Leitungen zu überprüfen. 8. Wir haben ein Recht, neu zu

denken. 9. Wir haben ein Recht, uns einzumischen. Wir nutzen unsere Tribüne, um unsere Pflichten zu benennen: 1. Wir haben die Pflicht zu verlangen, daß Lüge und Schönfärberei aus unseren Medien verschwinden. 2. Wir haben die Pflicht, den Dialog zwischen Volk und Partei- und Staatsführung zu erzwingen. 3. Wir haben die Pflicht, von unserem Staats-

apparat und von uns zu verlangen, den Dialog gewaltlos zu führen. 4. Wir haben die Pflicht, das Wort Sozialismus so zu definieren, daß dieser Begriff wieder ein annehmbares Lebensideal für unser Volk wird. 5. Wir haben die Pflicht, von unserer Staats- und Parteiführung zu verlangen, das Vertrauen zur Bevölkerung wiederherzustellen.«

Aus der Sprachlosigkeit herausgetreten

Interview mit Wolfgang Engel, Regisseur am Staatsschauspiel Dresden

Wolfgang Engel, Regisseur am Staatsschauspiel Dresden, hat die Forderungen des Ensembles in der ersten Vorstellung am 6. Oktober vorgetragen. Er erzählt, wie es dazu kam, dass die Schauspieler ihre Rollen verlassen und sich für die Situation in der DDR einsetzten.

Die Forderungen des Ensembles sind:

1. Wir haben ein Recht auf Information.
2. Wir haben ein Recht auf Dialog.
3. Wir haben ein Recht auf selbständiges Denken und Kreativität.
4. Wir haben ein Recht auf Pluralismus im Denken.
5. Wir haben ein Recht auf Widerspruch.
6. Wir haben ein Recht auf Reisefreiheit.
7. Wir haben ein Recht, unsere staatlichen Leitungen zu überprüfen.
8. Wir haben ein Recht, neu zu denken.
9. Wir haben ein Recht, uns einzumischen.

Die Pflichten des Ensembles sind:

1. Wir haben die Pflicht zu verlangen, daß Lüge und Schönfärberei aus unseren Medien verschwinden.
2. Wir haben die Pflicht, den Dialog zwischen Volk und Partei- und Staatsführung zu erzwingen.
3. Wir haben die Pflicht, von unserem Staatsapparat und von uns zu verlangen, den Dialog gewaltlos zu führen.
4. Wir haben die Pflicht, das Wort Sozialismus so zu definieren, daß dieser Begriff wieder ein annehmbares Lebensideal für unser Volk wird.
5. Wir haben die Pflicht, von unserer Staats- und Parteiführung zu verlangen, das Vertrauen zur Bevölkerung wiederherzustellen.

Das Gespräch hat Wolfgang Engel geführt. Ein DDM-Interview

Der letzte

»Tag der Republik«

Gespentisch war dieser 40. Jahrestag der DDR mit seinen Ritualen und Reden, den inszenierten Volksfesten, mit Militärparade und Fackelzug der FDJ. Ahnte jemand von denen auf der Straße und von denen in den verbarrikierten Parteizentralen, daß es der letzte »Tag der Republik« sein würde?

Während die SED-Führung sich selbst feierte, als wäre nichts gewesen, dröhnten ihr in Berlin die »Gorbi hilf!«-Rufe in den Ohren und machte Gorbatschows Satz von den Zuspätkommenden, die das Leben bestraft, die Runde im Land.

Das »Volk« war gespalten. Während die einen den Republikgeburtstag feierten (auf den Volksfesten gab es an solchen Tagen immer etwas Besonderes zu kaufen – vielleicht sogar Bananen), zogen die anderen in großen Demonstrationen gegen die Republik durch 18 Städte: in Berlin und Leipzig, in Karl-Marx-Stadt, Plauen, Dippoldiswalde und andernorts.

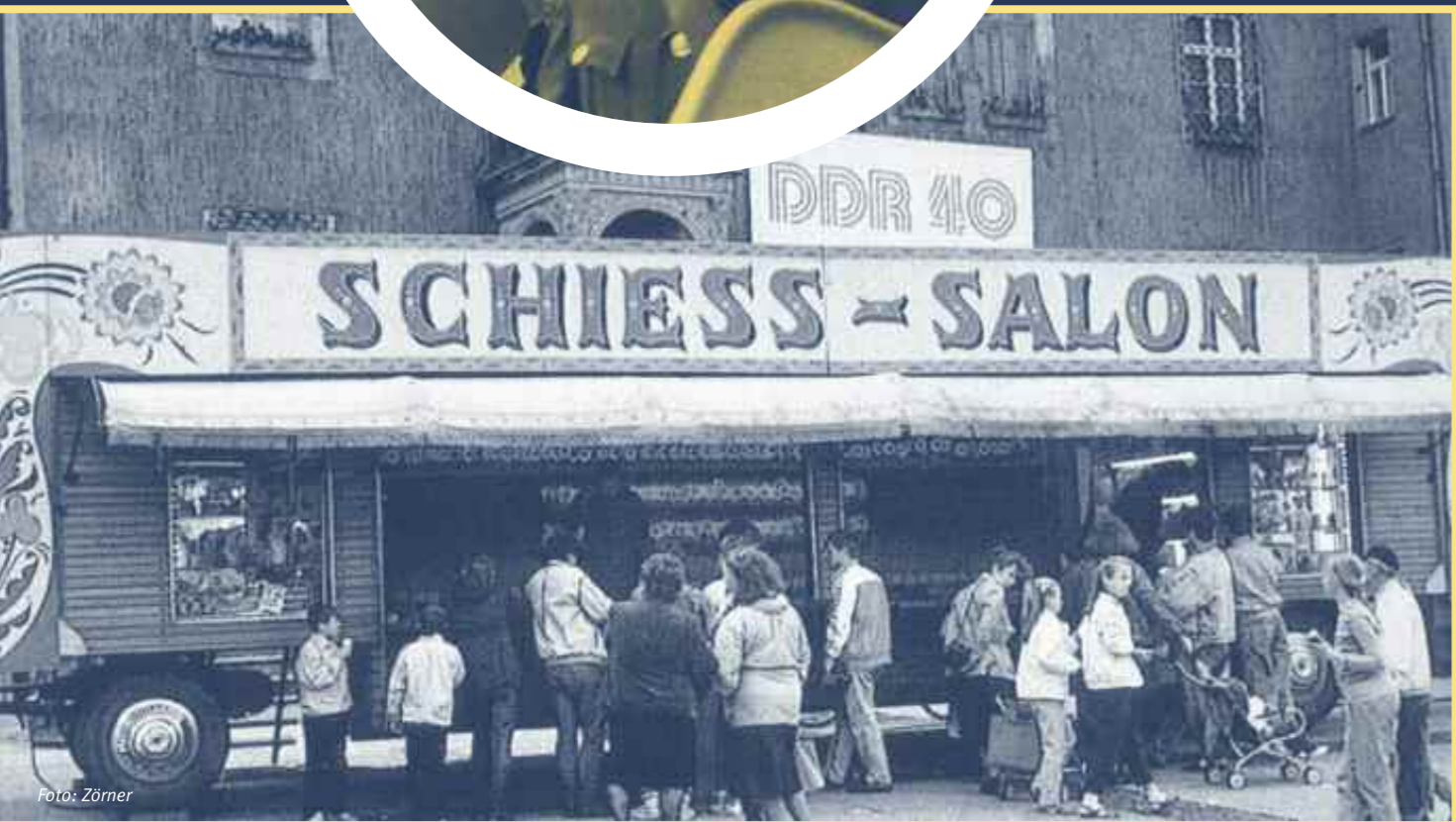


Foto: Zörner

2/3 Reden Erich Honeckers und Michail Gorbatschows zum 40. Jahrestag der DDR | 4 Ingmar Bergmans Erinnerungen an seine Eltern werden verfilmt/Tage der zeitgenössischen Musik | 6 FIFA-Generalsekretär auf Pressekonferenz in Dresden: WM '90 wird Spiegel des Fußballs

DIE UNION

TAGESZEITUNG DER CDU IN DEN BEZIRKEN DRESDEN UND KARL-MARX-STADT

18. JAHRGANG - NR. 237 | MONTAG, 8. OKTOBER 1988 | 20 PFENNIG

Jeder hat in der DDR seinen Platz

Feierveranstaltung zum 40. Republikjubiläum/Ansprache Erich Honeckers: Heranperreife Fragen werden wörter/Grüßwort Michail Gorbatschows: Wir schätzen unsere Freundschaft und verlieren sie weiter

BERLIN (ADW). Mit einer Stunde vor Beginn der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der DDR hat Erich Honecker die DDR-Mitglieder zum Jubiläum begrüßt. Er sprach von den Schwierigkeiten der DDR, die sie im Laufe ihrer Geschichte erlebt hat, und von der Notwendigkeit, die DDR weiter zu entwickeln. Er dankte Michail Gorbatschow für die Unterstützung der DDR durch die Sowjetunion.

Die DDR ist ein Land, das sich im Laufe seiner Geschichte bewährt hat. Wir sind stolz auf unsere Errungenschaften und auf die Unterstützung der Sowjetunion. Wir werden weiter daran arbeiten, die DDR zu einem modernen Land zu machen.

Michail Gorbatschow hat eine wichtige Rolle in der Geschichte der Sowjetunion gespielt. Wir schätzen unsere Freundschaft mit der Sowjetunion und hoffen, dass sie weiter bestehen wird.

In den letzten Jahren hat die DDR viele Schwierigkeiten erlebt. Wir sind entschlossen, diese Schwierigkeiten zu überwinden und die DDR zu einem modernen Land zu machen.



Michail Gorbatschow und Erich Honecker bei der Begrüßung in Berlin (DZ/CP/CP)

Dem Sozialismus eine neue Qualität verleihen

Mitgliedsgemeinschaft Erich Honeckers mit Michail Gorbatschow

BERLIN (ADW). Ein Sozialismus, der den Menschen den Platz einräumt, den er verdient hat, ist der Sozialismus der DDR. Wir werden weiter daran arbeiten, den Sozialismus in der DDR zu einer neuen Qualität zu erheben.

Die DDR ist ein Land, das sich im Laufe seiner Geschichte bewährt hat. Wir sind stolz auf unsere Errungenschaften und auf die Unterstützung der Sowjetunion. Wir werden weiter daran arbeiten, die DDR zu einem modernen Land zu machen.

Viele Künstler auf festlichem Empfang

BERLIN. Die Künstler des Landes werden zum 40. Jahrestag der DDR in der Festhalle der DDR-Mitglieder zum Jubiläum begrüßt. Es wird eine festliche Veranstaltung geben, bei der die Künstler ihre Werke vorstellen werden.

Fackelzug und NVA-Ehrenparade

BERLIN. Am Montag wird ein Fackelzug durch die DDR-Mitglieder zum Jubiläum durchgeführt. Danach wird eine Ehrenparade der NVA stattfinden.

Michail Gorbatschow ehrt gefallene Helden

BERLIN. Michail Gorbatschow hat die Helden der DDR zum 40. Jahrestag der DDR geehrt. Er hat die Namen der Helden in der DDR-Mitglieder zum Jubiläum genannt.

Begegnungen und Glückwünsche

BERLIN. Viele Begegnungen und Glückwünsche zum 40. Jahrestag der DDR. Die DDR-Mitglieder zum Jubiläum gratulieren sich gegenseitig.

Die DDR ist ein Land, das sich im Laufe seiner Geschichte bewährt hat. Wir sind stolz auf unsere Errungenschaften und auf die Unterstützung der Sowjetunion. Wir werden weiter daran arbeiten, die DDR zu einem modernen Land zu machen.

In Plauen beginnt der Dialog



Fotos: Archiv Neupert Verlag

**»Jeder spürte:
Es muß etwas geschehen...
In Plauen gab es genügend
Menschen, die wieder mit
sich selbst in Übereinstimmung
leben wollten, die es satt hatten
bis oben hin und die erkannt
hatten: Wir müssen etwas tun.
Wir müssen unser Schicksal
selber in die Hand nehmen.«**

Thomas Küttler
aus »Die Wende in Plauen«
Vogtländischer Heimatverlag Neupert

Längst hatten sich die Zentren des revolutionären Geschehens von der Hauptstadt Berlin in die Provinz verlagert.

Im vogtländischen Plauen, einer Stadt mit besonders vielen »Nichtwählern«, kommen am 5. Oktober zur Friedensandacht in und vor der Markuskirche über 2 000 Menschen zusammen. Am 7. Oktober, dem Jahrestag der Republik, ziehen 10 000 Demonstranten vom Theaterplatz zum Rathaus, das fast gestürmt wird, und anschließend durch die Stadt. Die Feuerwehr setzt Löschzüge als Wasserwerfer ein, wofür sie sich später bei den Plauern entschuldigt. Zum ersten Mal - einen Tag vor Dresden und zwei Tage vor Leipzig - lenkte nach anfänglicher Brutalität die Staatsmacht ein. Vor dem Rathaus reichte man dem Plauerer Superintendenten Thomas Küttler ein Megaphon und ging auf seine Forderungen ein: Abzug des Hubschraubers und der schwerbewaffneten Kampfgruppen. Zum ersten Mal wurde hier die Konfrontation abgelöst durch den Dialog.

Erklärung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Plauen zu den Maßnahmen mit Tanklöschfahrzeugen des Kommandos Feuerwehr am 7. Oktober 1989:

»Die Freiwillige Feuerwehr Plauen distanziert sich und verurteilt auf das schärfste das Vorgehen mit Tanklöschfahrzeugen gegen Bürger anlässlich einer Kundgebung am 7. Oktober 1989 im Bereich Otto-Grotewohl-Platz und Umgebung!

Das zweckentfremdete Einsetzen von Tanklöschfahrzeugen als Wasserwerfer gegen fast ausschließlich friedliche, unbewaffnete Bürger und Kinder vereinbart sich auf keine Weise mit den Aufgaben der Feuerwehr entsprechend dem Brandschutzgesetz vom 19. 12. 1974! Durch diesen völlig sinnlosen Einsatzbefehl des Einsatzleiters der VP wurden Leben und Gesundheit der bis dahin überwiegend friedlichen

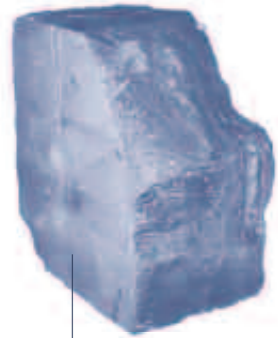
Bürger gefährdet sowie Löschfahrzeuge und Leben und Gesundheit der Besatzungen unverantwortlich aufs Spiel gesetzt! Durch diesen Einsatz der Löschfahrzeuge ist das gute Ansehen der Feuerwehr auf das Größte geschädigt worden sowie keine Vertrauensbasis mehr vorhanden! Die Freiwillige Feuerwehr Plauen wird, bis ein Vertrauensverhältnis Bürger-Feuerwehr wieder entstanden ist, keine Maß-

nahmen im vorbeugenden Brandschutz durchführen, da ich als Wehrleiter die Gefährdung meiner Kameradinnen und Kameraden durch verständliches emotionales Verhalten der Bürger nicht verantworten kann! Die Einsatzbereitschaft der Freiwilligen Feuerwehr Plauen zur Brandbekämpfung bleibt gewährleistet. Die Freiwillige Feuerwehr Plauen verurteilt jegliche Gewaltanwendung auf beiden Seiten in der

derzeitigen angespannten Situation und erhofft bzw. erwartet eine friedliche Lösung aller anstehenden Probleme!
Wir erwarten zu diesen Maßnahmen eine Stellungnahme der staatlichen Organe!!«

Gerold Kny, Wehrleiter,
weitere Unterschriften





1975
Die DDR unterzeichnet die KSZE-Schlussakte von Helsinki und verpflichtet sich damit zur Einhaltung der Menschenrechte.



1980
Im September wird in Polen die »Solidarność« gegründet.



1981
Im Dezember wird das Kriegsrecht in Polen ausgerufen.



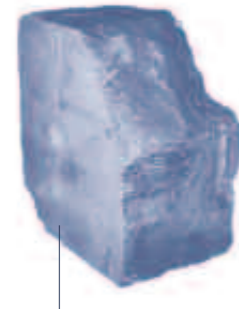
1985
Perestroika und Glasnost beginnen in der UdSSR als »Revolution von oben«.



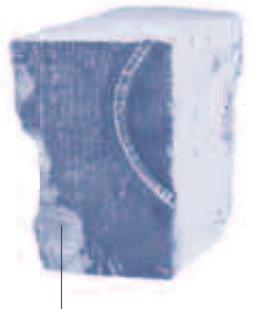
1986
Im April ereignet sich der Super-GAU in Tschernobyl.



1987
Im April verkündet Kurt Hager, Ideologiesekretär des SED-Politbüros, dass man nicht daran denke, das eigene Haus zu tapezieren, bloß weil der Nachbar renoviert.



1987
Im August erscheint das SED-SPD-Papier (DDR-Bundesrepublik Deutschland) »Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«.



1988
Neue Streikwelle in Polen - schrittweise Wiedezulassung der »Solidarność« wird erzwungen.



1988
Im November verleiht Erich Honecker dem rumänischen Diktator Nicolae Ceausescu demonstrativ den Karl-Marx-Orden; es erfolgt das Verbot des »Sputnik« und von fünf sowjetischen Spielfilmen in der DDR.



1989
Im Januar verkündet Erich Honecker, dass der »antifaschistische Schutzwall« noch in fünfzig oder auch hundert Jahren stehen werde.



1989
Im Januar wird eine Gedenkveranstaltung zum 20. Todestag von Jan Pallach in Prag brutal auseinandergetrieben.



1989
Im Februar wird Vaclav Havel zu neun Monaten Haft verurteilt, was zu einer Solidaritätswelle im ganzen Ostblock führt; in Ungarn wird das Mehrparteiensystem eingeführt.



1989
Im März beginnen in Ungarn Gespräche zwischen der USAP und der Opposition über den Übergang zur Demokratie.



1989
Im Januar wird in Polen »Solidarność« legalisiert und zur Wahl zugelassen und siegt im April bei den Wahlen.



1989
Im Januar findet das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking gegen die Studentenproteste mit ca. 5 000 Todesopfern statt, eine Welle des Terrors und der Verhaftungen in China beginnt.



1989
Im Januar gesteht die Sowjetunion auf dem Gipfeltreffen der Ostblockstaaten in Bukarest jedem sozialistischen Land eine eigene Entwicklung zu, das bedeutet das Ende der Breshnew-Doktrin.



1989
Im August findet eine Demonstration auf dem Prager Wenzelsplatz für Freiheit und Demokratie zum Jahrestag der Niederschlagung des »Prager Frühlings« statt und wird blutig niedergeschlagen.



1989
Im Sommer kommt es zu massenhaften Besetzungen der Bonner Botschaften in Ostberlin, Prag, Budapest und Warschau.



1989
Im September wird die ungarisch-österreichische Grenze geöffnet.



1989
Im September verkündet Bundesaußenminister Genscher in Prag die Ausreiseerlaubnis für DDR-Flüchtlinge in den Bonner Botschaften in Prag und Warschau.



1989
Im Oktober schließt die DDR die Grenze zur ČSSR.



1989
Im Oktober befördern Sonderzüge der Reichsbahn Ausreisewillige aus Prag über das Territorium der DDR, dabei kommt es zu Besetzungen von Gleisen und Bahnhöfen an der Strecke und zu den gewalttätigen Auseinandersetzungen am Dresdner Hauptbahnhof.



1989
Die USAP (VR Ungarn) beschließt als erste kommunistische Partei des Ostblocks ihre Selbstauflösung.

Dresdner Aufbruch

An diesem Tag kam auch der Dresdner Aufbruch in Bewegung. Zum ersten Mal formierte sich ein Demonstrationzug zum Fučikplatz, mit Losungen und Sprechchören wie »Wir bleiben hier - Reformen wollen wir!« Etwa 30 000 friedliche Demonstranten wurden brutal auseinandergetrieben.

Manche setzten sich auf den Boden und riefen den Angreifern zu: »Bruder, schlag mich nicht!« Was mögen in diesen Stunden und Tagen die jungen Männer gedacht haben, denen man befahl, zu schlagen?

Wie viele von ihnen haben wohl gespürt, dass die Wirklichkeit der Demonstranten ganz anders war, als ihre Vorgesetzten es ihnen eingetrichtert hatten? Fest steht, dass sie nicht weniger Angst hatten als die Wehrlosen, die ihnen ausgeliefert waren.

Am 8. Oktober - es war ein Sonntag -, demonstrierten die Dresdner praktisch den ganzen Nachmittag über. Immer wieder stießen sie bei ihren Märschen durch die Stadt auf Postenketten. Es gab ge-

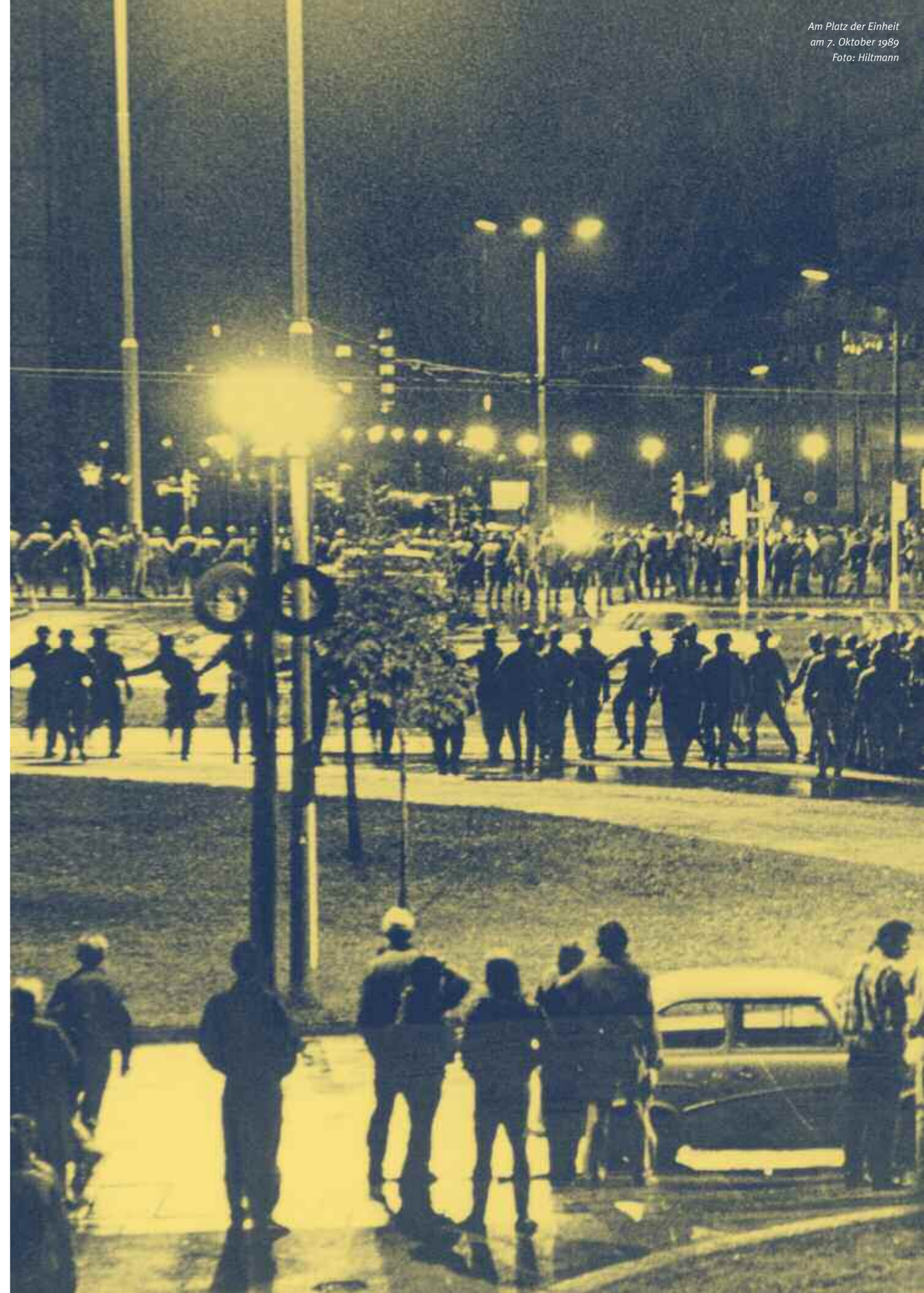


Konfrontation
zwischen Demonstranten und Polizei
am Fetscherplatz am 8. Oktober 1989
Fotos: Initiative »1 Jahr danach«



waltsame Polizeieinsätze und Verhaftungen. Am Abend zog eine große Menge auf die Prager Straße und wurde dort eingekesselt. Hochgerüstet und mit Hunden standen ihnen die Sicherheitskräfte gegenüber. Die Lage war äußerst bedrohlich. Weder auf der einen noch auf der anderen Seite wusste man, wie der Abend enden würde. Aber alle ahnten, dass es sich an diesem Abend entscheiden würde, ob der Schießbefehl gegeben würde und die Panzer anrollten. Hier in Dresden würde es sich entscheiden.

Die Staatsbesucher zum Republikgeburtstag hatten das Land verlassen, und für die Führung war nun der äußerste Zeitpunkt gekommen, die Macht wieder an sich zu reißen. Wer an diesem Tag in Dresden auf die Straße ging, war sich des besonderen historischen Augenblicks bewusst. Und wusste nicht, ob er noch einmal nach Hause kommen würde.



Auf der Prager Straße
am 8. Oktober 1989
Foto: Schindler

Die Gruppe der 20



Erstes Gespräch mit dem Oberbürgermeister
Foto: Günther

Dann geschah das, was viele wie ein Wunder erlebten und noch heute so erinnern. Die Kapläne Frank Richter und Andreas Leuschner gingen im Kessel auf der Prager Straße auf die Polizisten zu und baten um ein Gespräch - und die »Gegner« ließen sich darauf ein. Durch Akklamation wählten die Demonstranten eine Sprechergruppe aus, die ihre Forderungen vortragen sollte: die GRUPPE DER ZWANZIG war geboren. Schwerpunkte der Forderungen waren Reisefreiheit, Pressefreiheit, freie Wahlen, Einführung eines Zivildienstes, Legalisierung des Neuen Forums, Recht auf friedliche Demonstrationen, offener und gewaltfreier Dialog in der Gesellschaft, Freilassung der politischen Gefangenen.

Aus dem Rathaus kamen Landesbischof Hempel, Oberlandeskirchenrat Fritz und Superintendent Ziemer, die dort mit Dresdens Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer verhandelt hatten.

Das Prinzip »Keine Gewalt« - Angebot und Forderung zugleich - hatte gesiegt. Am 9. Oktober, als in Leipzig 70 000 Menschen nach Friedensgebeten in vier Kirchen erstmals über den gesamten Ring zogen, endete auch diese Demonstration ohne Gewalt.

Rowdyhafte Ausschreitungen

DRESDEN (ADN/EB). Wie die zuständigen Staatsorgane mitteilten, kam es in der Nacht vom 4. und 5. Oktober 1989 im Bereich der Dresdner Hauptbahnhofs zu rowdyhaften Ausschreitungen, in deren Folge der Zugbetrieb gestört und Anlagen und Einrichtungen beschädigt wurden. Es entstanden Verstärkungen im Fernreiseverkehr und insbesondere im internationalen Verkehr.

Durch den Einsatz der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Eisenbahner wurde die Ordnung wieder hergestellt, konnten größere Ausfälle verhindert und der Betrieb wieder mit wenigen Ausnahmen fahrplanmäßig durchgeführt werden. An der weiteren Beseitigung der eingetretenen Schäden wird intensiv gearbeitet.

Bei ihrem Einsatz zur Wiederherstellung der Ordnung sind eine Reihe Mitarbeiter der Sicherheitsorgane verletzt worden. Eine größere Anzahl an den Ausschreitungen beteiligte Personen wurde festgenommen. Entsprechend ihrer Teilnahme an kriminellen Handlungen haben sie sich in Kürze vor Gericht zu verantworten.

aus: DIE UNION, 8.10.1989

Landesbischof i.R. Johannes Hempel:



Foto: Giersch

»Ich weiß nicht mehr, wer von uns den Gedanken hatte, Oberbürgermeister Berghofer per Telefon anzurufen. Christof Ziemer versuchte es längere Zeit vom Telefon der Kreuzkirche aus; schließlich gelang es ihm. Ich nahm dann den Hörer und sagte: »Ich möchte den Oberbürgermeister sprechen, zusammen mit dem Superintendenten und Oberlandeskirchenrat Fritz.« Nach einer Pause hörten wir: »Kommen Sie zum Hauptportal des Rathauses.« Wir liefen da hin. Das Rathaus war kriegsmäßig verdunkelt; kein Mensch schien da zu sein, aber - wie sich zeigte - alle waren versammelt. Ein Angestellter leitete uns mit der Taschenlampe die Treppe hinauf und die Gänge entlang. Schließlich wurden wir in einen erleuchteten, größeren Raum - vermutlich das Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters - geführt. Herr Berghofer kam. Wir sagten, daß auf der Prager Straße wieder Hunderte von jungen Menschen von der Polizei eingeschlossen sitzen und daß keine erneute Gewaltanwendung geschehen darf. Berghofer fragte:

»Was wollen Sie dazu tun?« Ich sagte: »Lassen Sie uns zu den Demonstranten sprechen; wir möchten, daß sie ohne Gewalt nach Hause kommen.« Berghofer fragte: »Wie wollen Sie das erreichen?« Wir: »Lassen Sie es uns versuchen.« Berghofer: »Es haben sich schon Demonstranten gemeldet, die mich sprechen wollen.« - gemeint waren wahrscheinlich »die Zwanzig« mit Kaplan Richter, die unter den Demonstranten waren. Dann ging Berghofer längere Zeit hinaus; sicher hat er telefoniert. Er kam schließlich zurück und sagte zu einem seiner Mitarbeiter: »Sorgen Sie dafür, daß diese Männer mit den Demonstranten sprechen können. Hans (sicherlich Dr. Modrow) ist einverstanden.«

aus: »Annehmen und frei bleiben«, Landesbischof i.R. Johannes Hempel im Gespräch, Lutherisches Verlagshaus

aus: DIE UNION, 10. Oktober 1989

Es ist möglich, miteinander zu reden

DRESDEN (Df). Die Information über die Ereignisse der letzten Tage und Nächte in Dresden innerhalb, die auch unter Zeitungsgrenzen veröffentlicht hat, was dringlich und verlässliche ein falsches Bild. Das Geschehen vom Sonntagabend auf der Prager Straße kann nicht mehr anders sein: Nimmst du an, die Danksagungen auf die Straße gehen haben zu kriminalisieren. Ja, es gab Randakten, Gewalttaten und Straftaten. Es gab viele Verletzte. Und es gab viele auf beiden Seiten keine wirklichen Anstrengungen zur Vermeidung von Gewalt. Aber die Mehrheit derer, die sich an dem Samstag und auf der Prager Straße versammelten, und die Mehrheit derer, die ihnen in Uniform gegenüberstanden, wollte keine Gewalt und in nächster Zeit die Eigenliebe nicht mehr. Was geschah, wird, was jetzt noch ist, ist das, was nicht geschah, das kann wohl, ist ein Bericht nicht der rechte Ort.

Am Sonntagabend auf der Prager Straße ist etwas geschehen, was einen neuen Weg eröffnet hat. Viele tausend Menschen, darunter viele junge, hatten sich dort zu einer friedlichen, gewaltfreien Meinungsäußerung über die und alle in den letzten Jahren in unserem Land zusammengekommen. Die Sicherheitskräfte wurden ihnen gegenüber. Einige Demonstranten, unter ihnen der katholische Kaplan Frank Richter, gingen auf die Uniformierten zu und traten im Gespräch mit dem Superintendenten Christof Ziemer zu verhandeln, einem Einleiter, der Respekt vor den politischen Sicherheitskräften wie bei den Versammlungen machte es möglich. Die Demonstrationsstille - lautlos - wurde von 20 Sprechern, ihre Anliegen und Fragen zu formulieren. Alle wurden genannt: ein provokanter Dialog, Antwort auf Fragen nicht nur in den vergangenen Tagen festgenommen, Klärung von Problemen zur Beseitigung in den Köpfen, der Beseitigung, des Wälzschiffes, eines ständigen Widerstandes gegen die neuen Be-

tritte. Die Bedeutung einer von den staatlichen Stellen eingeräumten ersten Gesprächsmöglichkeit beim Oberbürgermeister der Stadt Dresden, Wolfgang Berghofer, wurde von allen Anwesenden dankbar und mit Freude aufgenommen. Daß dieses Gesprächsgeschehen zustande kam, ist nicht dem Einsatz von Landesbischof Dr. Hempel und Superintendent Christof Ziemer zu verdanken, dessen Einleitend, der Respekt vor den politischen Kräften nicht mehr, sondern die Demonstration auf.

Am Montagmorgen kam es zu dem vermittelten Gespräch der Sprechergruppe und kirchlicher Persönlichkeiten mit dem Oberbürgermeister im Dresdner Rathaus. Für dieses Dialog, der offen, sachlich und freundlich verlief, sind alle dankbar, wie die sich anschließende Auswertung stichpunktartig zeigt. Eine Ab-

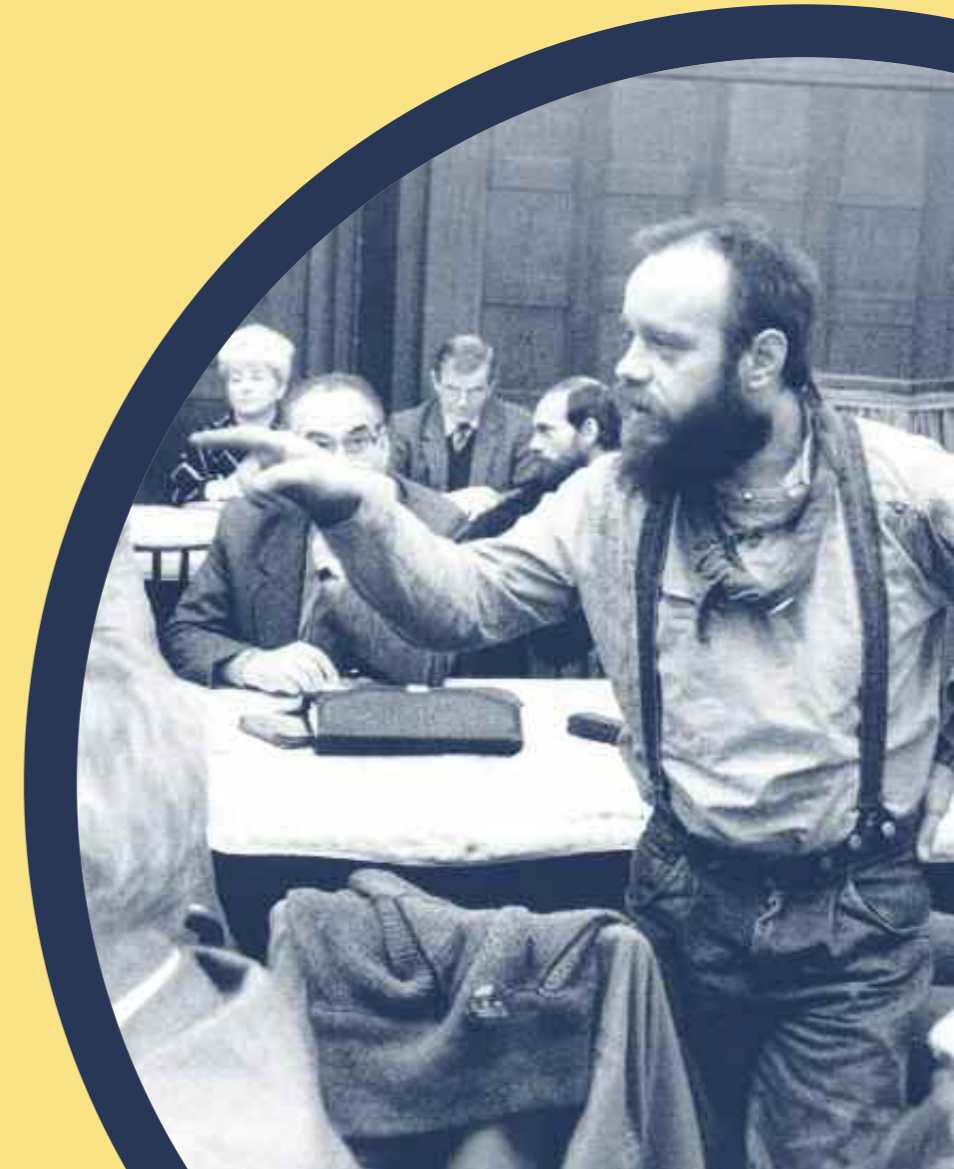
ordnung der Gesprächsteilnehmer wurde am Montagmorgen in die Leipziger Nikolaikirche einmündet, um dort von der ermutigenden und freimachenden Erlaubnis zu berichten. Es ist möglich, miteinander zu sprechen. Auch: Vertreter der Gesprächsteilnehmer haben am Montagabend in der Dresdner Nikolaikirche und der Christuskirche über ihre Erlebnisse mit der Prager Straße und über das Gespräch beim Oberbürgermeister berichtet. Da ein neutraler öffentlicher Versammlungsort nicht benannt werden konnte, haben die Kirchen den Dresdener dafür Gott gedankt.

Ein weiteres Gespräch im Dresdner Rathaus ist für Montag, den 11. Oktober, festgelegt worden. Viel wird nun davon abhängen, daß das Gespräch nicht mehr abgelehnt, daß künftig Willkommensgruppen und Ähnliches: Meinungsäußerungen in Dresden ebenso freudlich und gewaltfrei verlaufen wie die am Sonntag. Das ist, denn es ist die Zukunft der Menschen in unserem Land geht, sich über von Randakten und kriminellen Gewalttaten, darauf vor allem noch vor, den widerwärtigen »Krieg« gewaltlosen jungen Menschen, abzuwenden.

Und daß die Konfrontation auf der Straße konfliktlos, Möglichkeiten des Dialogs für mehr, eines Dialogs, in dem auch die Medien einbezogen sein müssen.

Mitreden können wir nicht mehr, daß die Polizei nur über neue gewaltfreie Möglichkeiten am Sonntagabend informiert hat. Dort wurden 187 Personen angehalten. Die Polizei appelliert zu alle Dresden, den Herausforderer der Ordnungsgewalt aus der jeweiligen Situation heraus im Interesse der eigenen Sicherheit unbedingt Folge zu leisten.

ergänzende Dokumente S. 103 bis S. 104



Bürgerrechtler im Rat des Bezirkes
Foto: Thiere

Demonstrationszug auf der
Grunaer Straße am 7. Oktober 1989
Foto: Hiltmann



»Ich bin kein Held, und bestimmt war ich es an jenem Abend auf der Prager Straße nicht, sondern allenfalls ratlos. Mein Anteil an dieser historischen Situation war eher gering. Ich erhielt den Anstoß, so zu handeln, durch die beiden Kapläne, die meine Zivilcourage weckten und die mich zu diesem Zeitpunkt spontan das menschlich Richtige tun ließen, ohne an die Vorschriften zu denken. Nicht ich, sondern der »Volkszorn« hat den Umschlag aus der Gewalt zur Vernunft bewirkt. Nicht meiner Zivilcourage, sondern der Zivilcourage aller Beteiligten, die diesen Abend so möglich machten, ist er zu verdanken. Aber ich bin froh, daß ich dabei war.«



Auf der Prager Straße
am 8. Oktober 1989,
Fotos: Schindler

Detlef Pappermann

Einsatzleiter der Polizei am 8. Oktober 1989
auf der Prager Straße, der auf das Angebot,
miteinander zu reden, einging.



Auf der Prager Straße
am 8. Oktober 1989,
Fotos: Schindler

Aktuell kommentiert:

Statt Schlagstock nun Gesicht zum Volk?

Die Fachschule des MdI „Heinrich Rau“ in Radebeul hatte zu einem Tag der offenen Tür eingeladen, nicht zum erstenmal, war zu hören, aber wohl aus besonders dringlichem Anlaß: Im Zusammenhang mit den Ereignissen von Anfang Oktober waren gegen Angehörige der Schule schwere Anschuldigungen erhoben worden.

In einem Gespräch im kleinen Kreis, das der Leiter der Schule, Oberst Keikert, anbot, war zu erfahren: Am 4. und 5. Oktober kamen am Dresdner Hauptbahnhof, vom 6. bis zum 8. Oktober im Bereich der Prager Straße, im Zuführungspunkt der 8. VP-Bereitschaft und beim Transport in die Strafvollzugsanstalt Bautzen etwa 100 Offizierschüler und Offiziere zum Einsatz. Dies geschah auf Anforderung durch die BDVP Dresden zur Unterstützung bei der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit. Solche Unterstützung ist üblich und wurde auch in der Vergangenheit z. B. zur Abwendung von Havarien geleistet. Zur Ausrüstung gehörten Führungskette und Schlagstock; Sonderausrüstung – Helme und Schilde – wurde erst für den zweiten Einsatz angefordert, kam aber nicht zur Anwendung. Schußwaffen waren nicht ausgegeben worden.

Die Lageinformation, die man durch das MdI erhalten hatte, sprach von rechtswidrigen Zusammenrottungen mit staatsfeindlicher Abzweckung. Hinter den Ruf „Wir bleiben hier“ verberge sich die Absicht, den Sozialismus in der DDR zu beseitigen. Es handele sich insgesamt um konterrevolutionäre Aktionen.

Die Leitung der Schule habe diese Fehleinschätzung geteilt, bestärkt durch den gewaltsamen Charakter der Auseinandersetzungen am Hauptbahnhof – mehrere Schüler wurden verletzt –, jedoch selber keine konkreten Einsatzbefehle ausgegeben. Dies habe in der Verantwortung der BDVP gelegen.

Beim Einsatz sei es zu Übergriffen und Rechtsverletzungen gekommen. Sie würden bedauert und keinesfalls gerechtfertigt. Staatsanwaltschaftliche Untersuchungen in der Schule seien bereits erfolgt und weiter im Gange. Jedoch müsse auch nach der Verantwortlichkeit in der Führung jener Einsätze gefragt werden. Hier sei der Chef der BDVP, Generalleutnant Nyffonegger, die Antwort bisher schuldig geblieben.

Das wären klare Auskünfte, keine Ausflüchte. Dennoch bleiben Fragen. Wer die Gelegenheit nutzte – es waren leider nur wenige Besucher –, die Disziplin, Korrektheit und Sauberkeit ausstrahlende Atmosphäre des Hauses auf sich wirken zu lassen, mit den zurückhaltenden, aber auskunftsbereiten und freundlichen Lehrern und Schülern – auch Damen sind darunter – zu reden, Einblick zu nehmen in die Lehrprogramme und Studienmaterialien, der habe Mühe, das alles mit jenen menschenverachtenden Methoden in der Behandlung abgenannter „Zugführer“ zusammenzubringen. Nehmen unter den Lehrdisziplinen auch die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer mit 28 Prozent den breitesten Raum ein, so sind doch die Rechtsausbildung mit 20 Prozent und die Erziehungswissenschaften,

darunter Psychologie und Pädagogik, mit 16 Prozent vertreten. Günstige Voraussetzungen, sollte man meinen, für rechtsadäquates, besonnenes, menschliches Verhalten auch im Konfliktfall. Oder ist die Erziehung doch einseitiger, als es die Lehrpläne erkennen lassen? Wird die Meinung der SED und ihrer Führung unkritisch mit den Interessen des Volkes gleichgesetzt? Ist es Zufall, daß eine Laufbahn in den Schutz- und Sicherheitsorganen wie selbstverständlich die SED-Mitgliedschaft voraussetzen und die Existenz weiterer Parteien in der DDR dafür ohne Belang zu sein scheint? Welches Feindbild wird unter dem Vorzeichen eines sich angeblich ständig verschärfenden Klassenkampfes aufgebaut? Welche Kenntnisse über andere Einstellungen und Weltanschauungen werden vermittelt, wie wird zur Toleranz erzogen?

Gilt ein Mensch als rechlos, wenn man ihm das Etikett „Konterrevolutionär“ aufgeklebt hat? Wie rasch und ungerichtet solche Etikettierung im Interesse persönlicher Machtkonzentration vorgenommen werden kann, dafür liefert die Geschichte des Stalinismus zahllose und erschreckende Beispiele!

Die Absolventen der Fachschule übernehmen mit dem Abschluß „Staatswissenschaftler“ und mit dem Dienstgrad „Leutnant“ wichtige Funktionen in den Strafvollzugsanstalten der gesamten Republik. Mit welcher inneren Haltung kommen sie dorthin, welchen Einfluß nehmen sie auf die Zustände dort? In zunehmendem Maße werden Rechtsverletzungen in Justiz und Strafvollzug der

DDR nicht mehr nur in westlichen Publikationen beschrieben, sondern von hier tätigen Rechtsanwälten und von Betroffenen, die ihre Furcht abgelegt haben, öffentlich benannt. Der Dienst im Strafvollzug, die Bereitschaft, zu gewährleisten, daß auch dem, der mit dem Gesetz in Konflikt geraten ist, der Schutz des Gesetzes zuteil wird, die Ausübung von Macht gegenüber in extremer Weise Abhängigen stellen hohe moralische Anforderungen. Legt die Fachschule dafür ein tragfähiges Fundament? Sind die Vor- und Einstellungen, die sie vermittelt, geeignet, junge Leute zu praktizierter Humanität unter den komplizierten Bedingungen eines Ausnahmeberufes zu befähigen?

Es wäre unrealistisch, wollte man ausgerechnet von einer Einrichtung, in die Befehlen und Gehorchen einen hohen Stellenwert besitzen, Avantgardismus in neuem Denken erwarten. Aber der „Offene Brief“, am 17. November in der UNION veröffentlicht, und der „Tag der offenen Tür“ sind positive Ansätze. Daß darin auch die Absicht der Selbstrechtfertigung mitschwingt, ist legitim und wertet nichts. Ja, Schuld muß eingestanden und Verantwortung dafür übernommen werden, aber Schutz- und Sicherheitsorgane generell ins Absicht zu stellen, bringt die notwendige Erneuerung nicht voran. Wir alle sollten mithelfen, daß sich auch dort Veränderungen vollziehen können. Ich habe der Fachschule vorgeschlagen, Gespräche mit kirchlichen Mitarbeitern und Vertretern kirchlicher Friedens- und Umweltgruppen zu führen – sie leisten gerade in Radebeul eine ausgezeichnete Arbeit –, sie eventuell in das Lehrprogramm einzubeziehen. Ich hoffe, daß dieses Angebot angenommen werden kann und dazu beiträgt, Menschlichkeit und Toleranz einzubringen.

Jürgen Bergman
Superintendent, Dresden-Nord

aus: DIE UNION,
25./26. November 1989



»Es endete damit, daß wir rüberfahren zur Prager Straße und am Ort die letzten Klärungen trafen: Wann der Dialog im Rathaus beginnen sollte, wann abends darüber informiert werden sollte. Wir entschieden schnell, in welche Kirchen wir die Volksversammlungen einladen wollten, und ich verhandelte mit der Polizei. Sie bat mich, wir sollten auseinandergehen, und da sagte ich, dazu müsse die Polizei sich zurückziehen und die Ketten öffnen. Ich habe das durchs Megaphon gesagt, und während ich noch redete, wurden die Ketten aufgelöst. Dieser friedliche Ausgang war schon eine wichtige Stunde.«

Christof Ziemer



Information über die Dresdner Entwicklung in der Leipziger Nikolaikirche

»Wir wollen einen Situationsbericht über die Ereignisse in Dresden geben, die uns seit dem 3.10. sehr betroffen machen. Vor allem am 4.10. kam es im Zusammenhang mit dem Durchfahren der Züge der aus der Prager Botschaft ausreisenden Bürger zu Gewalttätigkeiten in und vor dem Dresdner Hauptbahnhof. Wir wurden davon informiert, daß es zahlreiche zum Teil schwer Verletzte, auch unter den VP-Angehörigen gab. Weiterhin wurde beträchtlicher materieller Schaden angerichtet. An den Folgetagen kam es weiterhin zu Demonstrationen, die leider durch randalierende kleinere Gruppen gestört wurden. Der friedliche Charakter der Demonstrationen verstärkte sich an den Folgetagen. Am Sonntag kam es gegen 20.30 Uhr zu einer Sitzblockade auf der Prager Straße (einer Fußgängermagistrale). Wir wurden von Polizeieinheiten umstellt. Es erklangen Sprechchöre: »Keine Gewalt, keine Gewalt!« und »Bruder, schlag mich nicht!«. Zwei Personen von uns standen auf und gingen zum Einsatzleiter der Polizei. Ein Sicherheitsbeamter ließ uns die

Frage übermitteln, was unser Anliegen sei. Spontan wurde eine Gruppe von ca. 20 Personen gebildet, die das Mandat der Demonstranten erhielten, ihre Interessen zu vertreten. Durch Verhandlungen mit staatlichen Stellen kam es zu einem Treffen beim OB der Stadt Dresden. Die Ergebnisse [und] Gesprächsthemen werden heute 20.00 Uhr in 4 Dresdner Kirchen [durchgestrichen: behandelt] bekanntgegeben. Dadurch gelang es uns, die Demonstration friedlich zu beenden. Ein positives Zeichen während der Verhandlungen auf der Prager Straße war z.B., daß die Polizei die Schilder ablegte, wir ruhig und diszipliniert sitzenblieben und die Hunde zurückgezogen wurden. Somit war ein reibungsloser Abzug unsererseits möglich. Die Gespräche mit dem OB werden regelmäßig fortgesetzt, gleichzeitig die Informationen unsererseits. Da wir uns zur Zeit in einer sehr sensiblen Phase befinden, wollen wir uns auch in Zurückhaltung üben. Wir bitten Euch um Gewaltfreiheit bei Euren Aktionen und die Initiative zum Dialog.«

Quelle: Stadtmuseum Dresden, Bestand der Gruppe der 20, 7/3

»Gruppe der 20« bei einem Informationsabend in der Kreuzkirche im Frühjahr 1990
Foto: Günther

Keine Gewalt!

»Die »7 Tage im Oktober« sind Geschichte. Die Bilder dieser Tage zeugen von denen, die dabei waren, die sich eingemischt haben, die zusammen mit vielen anderen ihre Köpfe und Leiber hingehalten haben. Um weniger ist es nicht gegangen - damals. Um weniger geht es auch heute nicht, wenn von dieser Geschichte etwas bleiben soll. Wo immer Menschen an Leib und Seele verletzt werden, da müssen wir aufstehen, immer wieder, wie damals.«

Christof Ziemer

aus: »7 Tage im Oktober - Aufbruch in Dresden«
Forum-Verlag Leipzig

»Keine Gewalt« - in diesen beiden Worten hatten die Oppositionsgruppen ihr Kriterium festgelegt, wie Veränderung geschehen sollte. Und diese Worte bestimmten fortan den revolutionären Prozess. Den ganzen Herbst und Winter über wurden Woche für Woche die politische Kultur der Friedensgebete, die Kerzen und die Lieder der Friedensbewegung auf die Straße getragen.

In Dresden war der Dialog zwischen der von den Demonstranten gewählten »Gruppe der 20« und dem Rathaus in Gang gekommen, und die Öffentlichkeit sorgte dafür, dass er nicht mehr aufhörte.

Frank Neubert, Mitglied der Gruppe der 20:

»Wie schwierig der Dialogprozeß war, ist heute fast vergessen. Jeden Fortschritt mußten wir in zähem Ringen hart erkämpfen - von der Freilassung der inhaftierten Demonstranten über die Anerkennung der »Gruppe der 20« und die wahrheitsgemäße Berichterstattung in den Medien bis zur ersten öffentlichen Kundgebung. Die Rathausgespräche waren die Basis für die Arbeit der »Gruppe der 20«, denn hier wurden dem Oberbürgermeister die entscheidenden Zugeständnisse abgerungen.«



Wolfgang Berghofer

»Wenn wir uns jetzt nicht darüber einigen werden, daß die Gruppe keinen eigenen Status einfordern kann, dann müssen wir unser Gespräch beenden. Mit Ihren Forderungen sprengen Sie meinen Spielraum. Sie wissen, in welche Verantwortung Sie mich bringen, die Folgen beherrschen wir beide nicht mehr. Ich kann den Weg nicht gehen, Ihnen einen unabhängigen Status zu gewährleisten, das überschreitet die Grenze der legalen Möglichkeiten. Ihnen einen Status zu verleihen, der auf der Straße geschaffen wurde, das kann ich nicht.«

Ausschnitt aus dem Rathausgespräch vom 16. Oktober



Hans Modrow

»Solche Gesprächspassagen belegen die Zerrissenheit auf SED-Seite, eine Zerrissenheit zwischen Bejahung des Volksprotestes und Gläubigkeit in ein sozialistisches Demokratieverständnis nach unserer Lesart. Die zwei Seelen, die da (noch) in Berghofers Brust wohnten - sie widerspiegelten jene Stimmungslage, so vermute und behaupte ich, die viele von uns bewegte, die mit der Lage unzufrieden waren, aber die DDR nach wie vor, ja vielleicht mehr denn je, als ihren verteidigungswerten Staat ansahen. Als sich in Dresden die Gruppe der 20 gebildet hatte, standen vor allem Wolfgang Berghofer und ich vor einer völlig neuen Situation. Für Berlin hatten wir mit dieser Anerkennung einer oppositionellen Gruppe quasi als Verhandlungspartner eine Schlacht verloren und ein wichtiges politisches Feld preisgegeben. Von nun an hatte die Opposition der Straße ihr Büro im Rathaus...«

aus: »Ich wollte ein neues Deutschland«

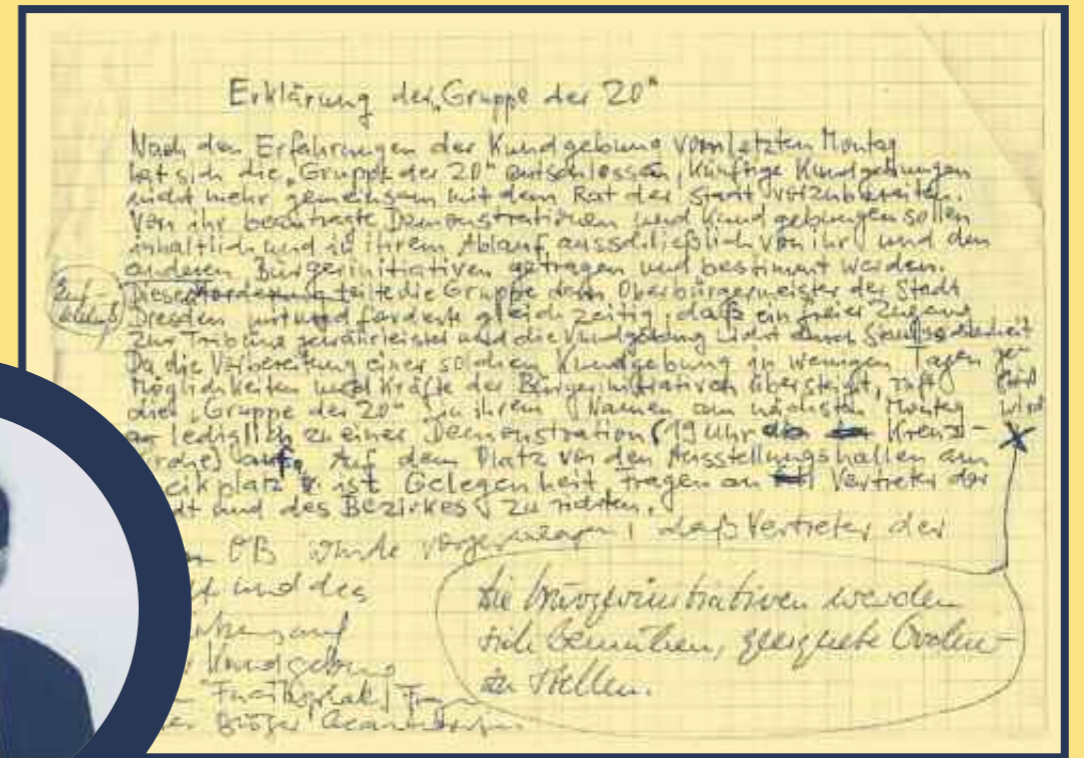
Dialog statt Konfrontation - das »Dresdner Modell« breitet sich aus

Am 9. Oktober begann im Dresdner Rathaus der Dialogprozess zwischen der Gruppe der 20 und der Stadtverwaltung, der als Vorbild für die gesamte DDR vielerorts übernommen wurde. Abends informierten Gruppensprecher in den überfüllten Kirchen 22 000 interessierte Dresdner. Ein erster Erfolg war am nächsten Tag die Freilassung von 500 verhafteten Demonstranten.

Ein zähes Ringen begann zwischen dieser zufällig entstandenen Gruppe, die unter starkem Druck stand und noch wochenlang von der Stasi eingeschüchtert wurde, und dem alten Machtapparat, dem die Handlungsvollmacht von Woche zu Woche ein Stückchen mehr abgetrotzt wurde. Von der Anerkennung der Gruppe als offizielle Vertretung der Opposition über das Demonstrationsrecht bis zu ersten Auftritten in der Stadtverordnetenversammlung, deren demokratische Legitimation die Gruppe in Frage stellte, bis zur Bildung eigener Arbeitsgruppen und schließlich einer basisdemokratischen Fraktion - alles bedeutete Kampf.

Die Gruppenmitglieder, die ihre Funktion von Anfang an in der Gestaltung der Übergangsphase bis zu den ersten freien Wahlen sahen, wären oft von ihrem Auftrag überfordert gewesen ohne ihre Berater, unter denen Superintendent Christof Ziemer in diesen Wochen der wichtigste Inspirator und Moderator des revolutionären Prozesses wurde. Sie hätten es aber auch schwerer gehabt ohne die Tageszeitung DIE UNION, die ihrem Wirken von Anfang an Öffentlichkeit gab und so zur »Stimme der Revolution« wurde, während alle anderen Zeitungen zunächst distanziert bis feindselig reagierten.

Entwurf einer Erklärung der »Gruppe der 20« für eigene Kundgebungen



»Die UNION begann, die wirkliche Geschichte zu schreiben. Sie begann damit als erste der Dresdner Tageszeitungen, wofür ihr Dank und Respekt gebührt. Ich erinnere mich noch gut daran, daß die Zeit, die ich für die Zeitungslektüre verwendete, täglich zunahm. Mit ihr wuchs das Interesse, die gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu verfolgen und mitzugestalten... Die Zeitung wurde mir im Herbst 1989 zu einem authentischen Medium, dem ich fast ungebrochen vertraute. Sie war wohl auch für viele andere Dresdner eine der Fackeln der Revolution, die man brauchte, um sich ein wenig Überblick über die atemberaubend schnell vor sich gehenden Veränderungen zu bewahren.«

Kaplan Frank Richter im April 1991

Von diesem Abend geht ein Zeichen aus

DRESDEN (DU). In vier Dresdner Kirchen konnte am Montagabend die Bevölkerung über den am Morgen begonnenen Dialog zwischen Vertretern der Demonstranten und Oberbürgermeister Wolfgang Berghofer informiert werden (wir berichteten gestern über das Zustandekommen dieses ersten Gesprächs). Tausende Dresdner, junge und alte, strömten in die Kirchen und bewiesen damit ihr brennendes Interesse an einem aus dem Teufelskreis der Gewalt herausführenden Dialog und an Antworten auf die sie bedrückenden Fragen. In allen Kirchen, die sich als Stätten für diese nichtkirchlichen Veranstaltungen angeboten hatten, mußten die Informationen in den späten Abendstunden wiederholt werden.

In der Kreuzkirche begrüßte Superintendent Christof Ziemer, der wesentlich am Zustandekommen des Gesprächs beteiligt war, die Versammelten. »Wir als Kirchen sind heute Gastgeber, weil wir uns über diesen ersten Schritt freuen.« In der Kathedrale ließ Bischof Joachim Reinelt die etwa 11 000 überwiegend jungen Zuhörer willkommen und teilte ihnen mit, daß er von einem Vertreter des Rates des Bezirkes gebeten wurde, den Anwesenden Folgendes zu sagen: Die städtischen Vertreter wollen den Dialog. Man ist bereit, Fehler zu korrigieren. Es werden nicht nur Worte gemacht, sondern es gibt Veränderungen. »Mit allen Menschen, die guten Willens sind, hoffe ich, daß dieser Weg gut zu Ende geführt wird«, betonte der Bischof. Im gleichen Sinn äußerten sich die gastgebenden Pfarrer der Versöhnungskirche und der Christuskirche.

Vertreter der am Sonntag auf der Prager Straße spontan beauftragten Sprecherguppe informierten über die dem Oberbürgermeister vorgetragenen Gesprächsanliegen, die wir bereits in unserem gestrigen Bericht nannten. Auffallend, und für uns Journalisten besonders bewegend, war die fast zentrale Bedeutung, die in diesen Informationen und ebenso in den sich anschließenden Fragen und Meinungsäußerungen der Zuhörenden einer sachlichen und realen Darstellung der Ereignisse, einer objektiven Berichterstattung in den Medien zugemessen wurde. Überall fragten die Menschen: Wie werden wir über den Fortgang der Gespräche und über die Konsequenzen daraus umfassend informiert?

In dem Gespräch mit Oberbürgermeister Berghofer, so sagten die Sprecher, haben beide Seiten einander zugestanden, daß sie den Willen haben, das Beste für unsere Stadt zu erreichen. Ihnen sei klar gewesen, daß ihr Gesprächspartner für Fragen, die die ganze Republik betreffen, nicht zuständig ist. Zum Thema Reisefreiheit sei der OB mit ihnen einer Meinung gewesen, daß diese Frage baldig gelöst werden müsse, und zum Thema Wahlen habe er eine rechtzeitige Bekanntgabe der Termine öffentlicher Kandidatenvorstellungen versprochen sowie sich für eine strikte Einhaltung der Wahlordnung eingesetzt. Außerdem habe er zugesichert, daß alle Inhaftierten, denen keine Gewalttätigkeit nachgewiesen wurde, innerhalb von 24 Stunden freigelassen werden und keine strafrechtlichen Folgen zu erwarten haben. (In diesem Zusammenhang sei erwähnt: Der Begriff Gewalttätigkeit in der unserem gestrigen Bericht angehängten Information kann nicht auf die am Fescherplatz festgenommene Gruppe angewandt werden.)

»Von diesem Abend geht ein Zeichen aus«, hieß es gestern in den Dresdner Kirchen, »das von der Gewalt zum Dialog weist.«

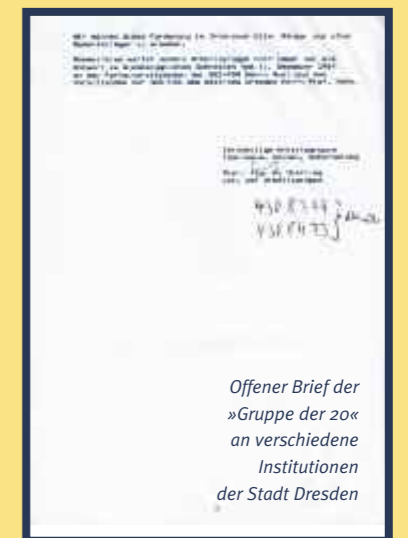
aus: DIE UNION, 11. Oktober 1989



Offener Brief der »Gruppe der 20« an verschiedene Institutionen der Stadt Dresden



Gründungsprotokoll »Gruppe der 20«



Städtische Anerkennung der »Gruppe der 20« durch den Rat der Stadt Dresden

Zeit der Montags- demonstrationen

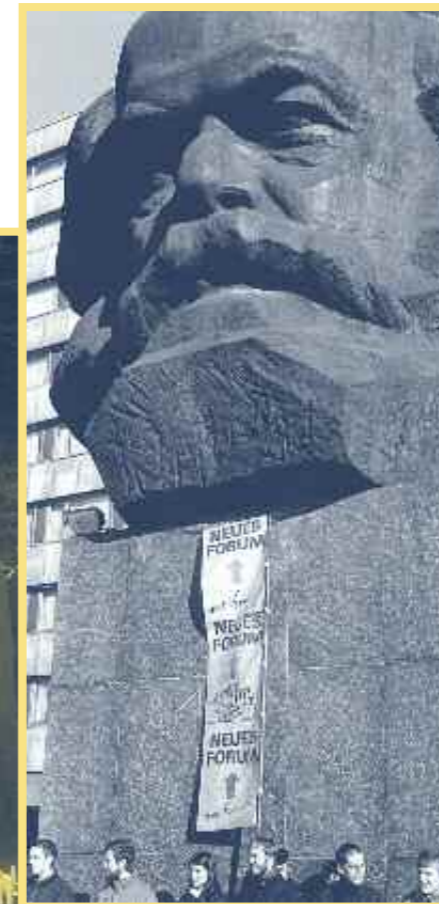
Inzwischen gingen, Montag für Montag mit immer größeren Teilnehmerzahlen, die Demonstrationen und Kundgebungen weiter. In Dresden wurden sie von der »Gruppe der 20« in enger Kooperation mit dem NEUEN FORUM und allen anderen demokratischen Kräften organisiert. Aber sie breiteten sich aus im Land bis in Kleinstädte und Dörfer, und dieser »Druck der Straße« trug den revolutionären Prozess und machte ihn unumkehrbar. Je mehr die Angst schwand, desto fröhlicher und ausgelassener wurden diese Demos. Es war eine Blütezeit des politischen Witzes, der sich auf den Plakaten und in den Kundgebungsreden Luft machte. In diesen Wochen war die sprichwörtlich schlechte Laune der Deutschen einmal in ihr Gegenteil verwandelt. Trotz aller Schwierigkeiten: Es war eine Zeit des Lachens. Außerordentlich wach, mit Verve und mit Wut, reagierten die Menschen auf jeden Versuch der SED, das Heft wieder in die Hand zu nehmen und das Rad der Geschichte zurückzudrehen.



Fotos: Giersch, Kühne, Farkas, Beleites, Kitte, Umweltbibliothek Großhennersdorf

In diesen Wochen bekam die revolutionäre Bewegung Massencharakter. Dem erdrutschartigen Zusammenbruch der »Staatsmacht« standen die Reformer gegenüber, die immer mehr den Gang der Entwicklung bestimmten, sich zunehmend organisierten und zusammenarbeiteten. Die Arbeiterschaft in den Betrieben wurde von einer Welle von Unruhen und Streiks erfasst und begann, Betriebsräte und unabhängige Gewerkschaften zu bilden. SED und Staatsorgane reagierten mit hilflosen Rückzugsgefechten.

Am 22. Oktober findet im Leipziger Gewandhaus unter dem Titel »Dialog am Karl-Marx-Platz« das erste Gespräch mit den Bürgern statt. Drei Tage später ziehen etwa 300 000 Menschen in einem Demonstrationzug über den Leipziger Innenstadtring. In vielen sächsischen Städten bilden sich Dialogforen und wird demonstriert – in Zwickau und Plauen, in Freiberg, Meißen und Karl-Marx-Stadt.



Erklärung der »Gruppe der 20« über die künftige Durchführung eigener Kundgebungen

»Nach den Erfahrungen der Kundgebung vom letzten Montag hat sich die »Gruppe der 20« entschlossen, künftige Kundgebungen nicht mehr gemeinsam mit dem Rat der Stadt vorzubereiten. Von ihr beantragte Demonstrationen und Kundgebungen sollen inhaltlich und in ihrem Ablauf ausschließlich von ihr und den anderen Bürgerinitiativen getragen und bestimmt werden. Diesen Entschluß teilte die Gruppe dem Oberbürgermeister der Stadt Dresden mit und forderte gleichzeitig, daß in Zukunft ein freier Zugang zur Tribüne gewährleistet und die Kundgebungen nicht durch die Staatssicherheit gestört werden. Die Bürgerinitiativen werden sich bemühen, selbst geeignete Ordner zu stellen. Da die Vorbereitung einer solchen Kundgebung in wenigen Tagen Möglichkeiten und Kräfte der Bürgerinitiativen übersteigt, ruft die »Gruppe der 20« in ihrem Namen am nächsten Montag lediglich zu einer Demonstration (19 Uhr ab Kreuzkirche) auf. Dem Oberbürgermeister wurde vorgeschlagen, daß Vertreter der Stadt und des Bezirkes auf der Kundgebung am Fučikplatz Fragen der Bürger beantworten.«

aus: »Die Union« vom 6. November 1989



Foto: Bartsch

Foto: Kitte



Foto: Giersch



Foto: Umweltbibl. Großhennersdorf



Foto: Giersch



Foto: Beleites



Foto: Beleites



Foto: Farkas



Foto: Beleites



Foto: Giersch



Foto: Giersch



Foto: Kitte



Foto: Giersch



Foto: Giersch



Foto: Beletes



Foto: Giersch

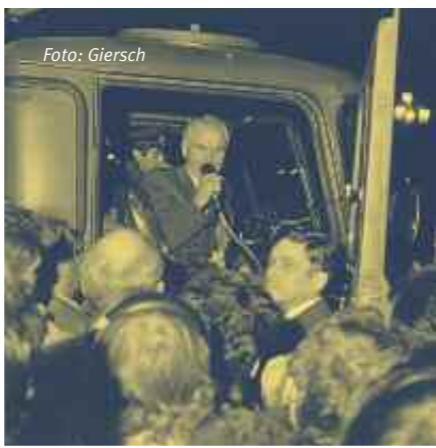


Foto: Giersch



Foto: Giersch



Foto: Kühne



Foto: Beletes



Künstlerdemo auf dem Theaterplatz

Foto: Böhme

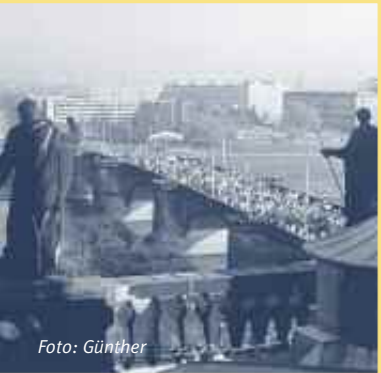


Foto: Günther



Foto: Giersch



Foto: Böhme



Foto: Giersch

Der Höhepunkt der Dresdner Kundgebungen war am 19. November die von Künstlern, allen voran den Mitgliedern des Staatsschaupiels, vorbereitete Großkundgebung auf dem Theaterplatz. Es war bitterkalt, und die Menge fror gewaltig. Aber es war dennoch der wärmste, der heiterste Tag in diesem »heißen Herbst«. Am 7. November war die Regierung der DDR zurückgetreten, am folgenden Tag das Politbüro der SED. In den Abendstunden des 9. November hatten sich überraschend die Grenzen zur Bundesrepublik und nach Westberlin geöffnet. Die Mauer war gefallen, die Welt stand offen. Ein Sieg war zu feiern - so überwältigend, dass man es kaum glauben konnte.

Foto: Giersch



Die zweite Phase der Revolution

Die Grenzen fallen

Mit der Grenzöffnung begann die zweite Phase der friedlichen Revolution. In den nächsten Tagen und Wochen schien die ganze DDR auf Reisen zu sein.

Die SED hatte seit der Grenzöffnung zwar endgültig die Handlungsinitiative verloren und hinkte der rasenden Entwicklung nur noch mühsam hinterher, aber auch die Opposition geriet ins Stolpern. Plötzlich zeigte sich die Uneinigkeit ihrer politischen Ziele, das beglückende »Wir-Gefühl« verschwand. Viele resignierten und zogen sich zurück, als - zuerst in Leipzig - der Siegesruf der Demonstranten »Wir sind das Volk!« abgelöst wurde von den Sprechchören »Wir sind ein Volk!«, als die ersten nationalistischen Töne laut wurden und die Forderungen nach Wiedervereinigung und nach der DM alles andere übertönten.

Warten an der Grenze
Autobahn Plauen-Hof
21. November 1989
Foto: Kütte



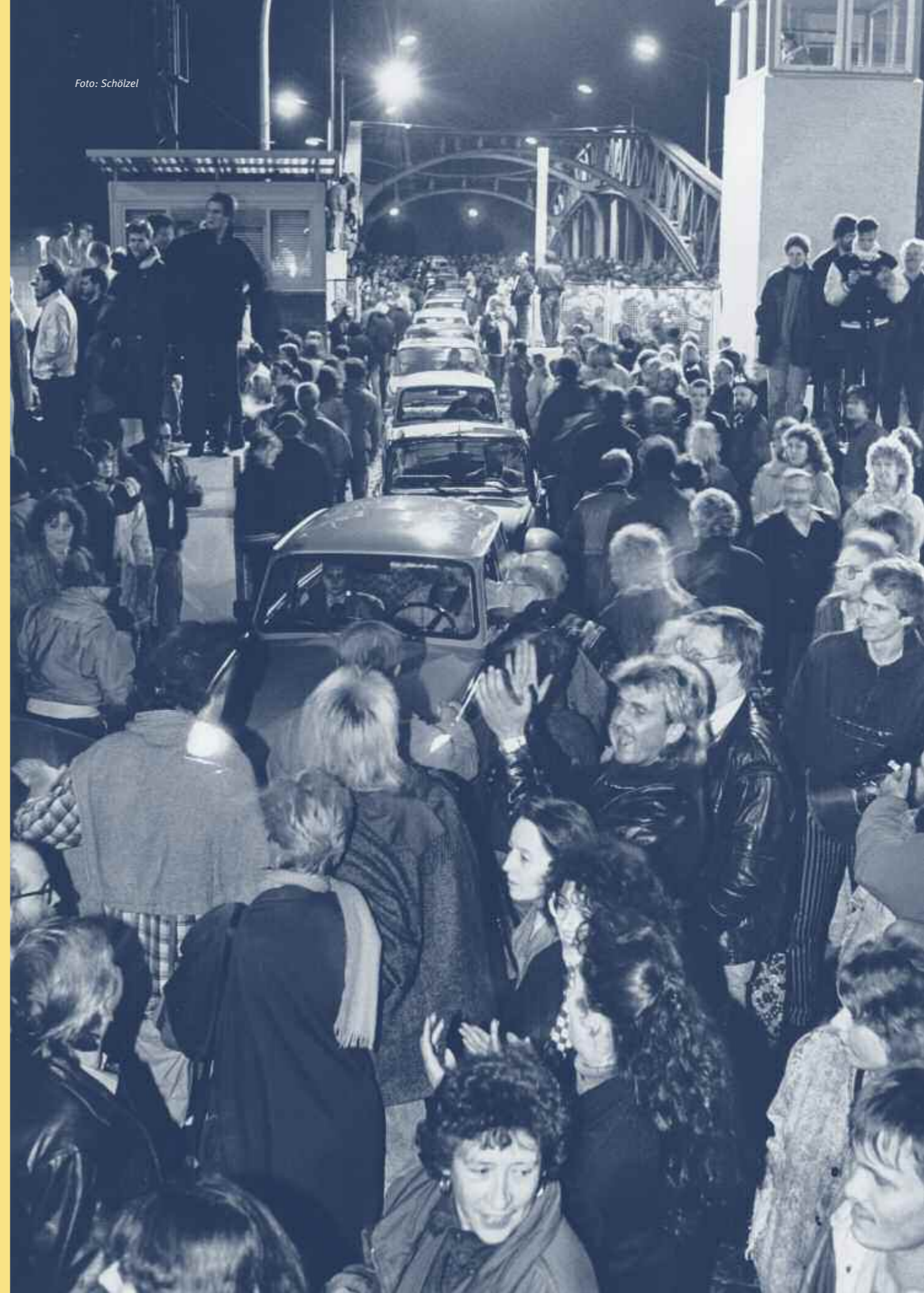
Leipziger
Montagsdemonstration
29. Januar 1990
Foto: Kühne



Leipziger Montags-
demonstration 31. Januar 1990
Foto: Kühne

Immer öfter wurde die notwendige und mühevoll Sacharbeit vor Ort erschwert durch zermürende interne Auseinandersetzungen. Viele, die jahrelang den Kampf gegen die SED getragen und den Aufstand politisch gestaltet hatten, fühlten sich plötzlich an den Rand gedrängt, von der Wucht der Mehrheitswünsche überrollt, die einen anderen Weg wollten. »Haben wir jetzt noch die Kraft, eigene Perspektiven zu entwickeln?«, fragten sich mit Bärbel Bohley viele von ihnen.

Foto: Schölzel



Wir sind ein Volk!

Am 19. Dezember jubelten Zehntausende Dresdner an der Ruine der Frauenkirche, diesem Symbol für Leid und Schuld und für Widerstand, Bundeskanzler Helmut Kohl zu. Immer wieder von begeisterter Zustimmung unterbrochen, forderte Kohl

»ein Haus Deutschland, das unter einem europäischen Dach gebaut werden muss«.

Foto: Margitudis



Der Bundeskanzler ermutigte seine Landsleute in der DDR, mit ihren gewaltlosen Demonstrationen weiter für die Freiheit einzustehen. Denn ohne Freiheit sei wahrer Friede nicht möglich. Und an der Schwelle zum neuen Jahrtausend dürfe von deutschem Boden angesichts der Geschichte dieses Jahrhunderts nur noch Frieden ausgehen.

Mit den freien Wahlen im nächsten Jahr komme der Zeitpunkt für die von ihm angeregten konföderativen Strukturen.

»Mein Ziel bleibt, wenn die geschichtliche Stunde es zulässt, die Einheit der Nation.«

Foto: Günther



Foto: Giersch



Die Parteien der Bundesrepublik wurden plötzlich wichtiger als die eigenen Neugründungen und politischen Gruppierungen. Vor allem die CDU, der manche Oppositionelle aus dem Neuen Forum und aus anderen Bürgerbewegungen beitraten, um sie zu erneuern und die alten »Blockpartei«-Funktionäre zu entmachten. Das riss tiefe Gräben zwischen den Verbündeten von gestern auf. Profilierungssucht und ideologische Richtungskämpfe für oder gegen den »dritten Weg« zersplitterten und schwächten die Opposition - und führten zu einem eklatanten Vertrauensverlust in der Bevölkerung.



Foto: Giersch



Foto: Giersch



Foto: Günther

Ein Geheimdienst wird entmachtet

5. Dezember 1989
Aufruf der Gruppe der 20 und des Neuen Forums zur Besetzung der BVfS Dresden

»Bürgerinnen und Bürger der Stadt Dresden! Vertreter des Neuen Forums und des Demokratischen Aufbruchs führten heute vormittag ein Gespräch mit Vertretern der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei Dresden. Dabei erstatteten die Vertreter der basisdemokratischen Gruppen Anzeige gegen die Bezirksstelle des Amtes für Nationale Sicherheit Dresden wegen des dringenden Verdachts strafbarer Handlungen im Sinne des Tatbestandes der Sabotage. Diese Anzeige hat der zuständige Leiter der Kriminalpolizei entge-

Sie sich heute ab 17.00 Uhr vor dem Gebäude des Amtes für Nationale Sicherheit auf der dem Hauptgebäude gegenüberliegenden Seite der Bautzner Straße einfinden. Dies ist eine angemeldete Demonstration. Bitte halten Sie unbedingt die Fahrwege und Einfahrten frei und wahren Sie äußerste Disziplin und beachten Sie die Anweisungen der Initiatoren und der Volkspolizei. Beachten Sie den strikten Grundsatz der Gewaltlosigkeit. Enthalten Sie sich aller Äußerungen, die die Lage verschärfen könnten. Noch ist über den Zeitpunkt und die Art der polizeilichen Maßnahmen nicht entschieden, da diese Entscheidung der Staatsanwalt trifft. Es ist aber anzu-

Foto: Günther



genommen. Er wird unverzüglich die zuständige Staatsanwaltschaft einschalten. Die basisdemokratischen Gruppen dringen auf eine schnelle polizeiliche Maßnahme, da sie eine akute Verdunkelungsgefahr sehen. Wir bitten interessierte Bürger, diese polizeiliche Maßnahme zu unterstützen. Deshalb rufen wir dazu auf, daß

nehmen, daß dazu bis 17.00 Uhr noch genügend Zeit ist. Wer diese unsere Anzeige unterstützt, den bitten wir also
· 17.00 Uhr auf der Bautzner Straße zu sein
· gegenüber dem Hauptgebäude Aufstellung zu nehmen
· alle Fahrwege frei zu halten
· und äußerste Disziplin zu halten.«

Foto: Giersch



Foto: Walther



Besetzung der Dresdner Stasi-Zentrale am 5. Dezember 1989
Foto: Günther

Gemeinsamkeit gab es noch einmal, als die Bürgerbewegung die Stasi-Zentralen besetzte, um die Akten vor der Vernichtung der Stasi zu sichern und diese Hydra endgültig zu zertreten. In den Bürgerkomitees hielt man zusammen und nahm den unglaublich mühseligen Kampf mit dem ekelhaften papierenen Erbe und gegen die Sabotageversuche der Stasi-Leute auf.

Runde Tische

In dieser Zwischenphase, in der sich das Land praktisch in einem Machtvakuum befand, das Gefahren für eine funktionierende Infrastruktur barg, einigten sich die oppositionellen Kräfte darauf, in Berlin und in den Bezirken Runde Tische als neue Machtstrukturen einzurichten. Hier suchten die Gruppen und Parteien Verständigung, um den Demokratisierungsprozess unumkehrbar zu machen und grundlegende Veränderungen in Politik und Wirtschaft einzuleiten.

Wieder gab Dresden mit der Arbeit seines Runden Tisches ein Beispiel für die anderen Bezirke Sachsens und der DDR. Vieles, was hier vorgedacht, beschlossen und praktiziert wurde, konnte von den anderen übernommen werden. Mit beachtlicher Konsequenz wehrte er sich gegen die Anmaßungen des weiterbestehenden Bezirkstages und der Altfunktionäre des Rates des Bezirkes, die noch lange hartnäckig versuchten, ihre Machtspiele weiterzutreiben und sich einen warmen Platz in der neu entstehenden Gesellschaft zu sichern. Dem Dresdner Runden Tisch und dem von ihm autorisierten Koordinierungsausschuss für die Landesbildung verdankt Sachsen einen erheblichen Vorsprung an Erneuerung, Demokratisierung und Wechsel der politischen Klasse vor den anderen Regionen der DDR. Es verdankt ihm eine gründliche Vorbereitung der neuen politischen Strukturen und der sächsischen Verfassung. Und es verdankt ihm - mit seinem Moderator Erich Iltgen - seinen ersten Landtagspräsidenten nach der Revolution.

Runder Tisch in Leipzig
Foto: Kühne



»Alles war plötzlich in Frage gestellt. Durch die enge Verknüpfung von Politik und Wirtschaft folgte dem Zusammenbruch des politischen

Das war die Voraussetzung, um die friedliche Revolution mit friedlichen Mitteln weiterzuführen. Denn Blutvergießen - wie in Rumänien etwa - zu verhindern, war ein Anliegen aller. Diktiert wurde diese Haltung sicher durch den Zerfall jeglicher Autorität. Die Ereignisse überstürzten sich - es musste rasch reagiert und ohne Zögern entschieden werden. Ich bin der Überzeugung, dass immer dort, wo verkrustete Strukturen notwendige Veränderungen erfahren müssen und sich die Mittel des Parlamentarismus als ungeeignet erweisen sollten, diese über Runde Tische aufgebrochen werden können. Wir besitzen diese Erfahrung aus der Stunde der größten Gefahr für unser Volk, dass über die verschiedensten politischen Anschauungen hinaus in bestimmten Fragen, die die Menschen existentiell betreffen, Konsens erreicht werden kann.«



Foto: Giersch

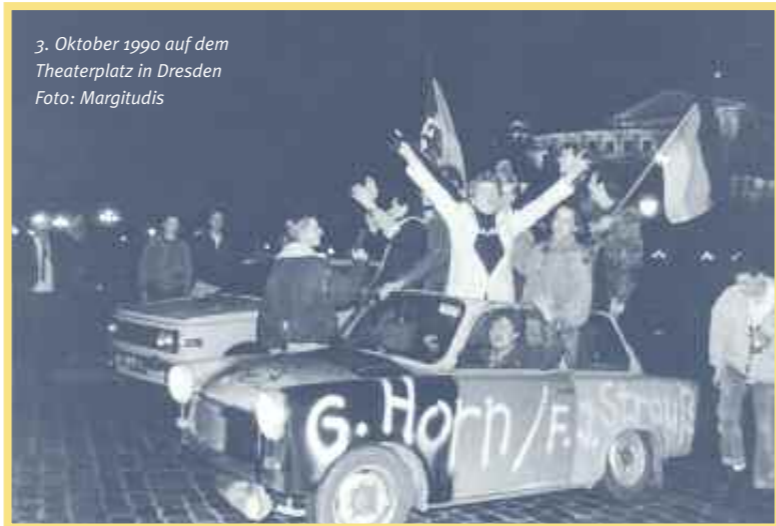
Systems auch der der Wirtschaft. Das Machtvakuum musste ausgefüllt, neue Strukturen mussten geschaffen werden. Die Runden Tische standen für den Beginn eines Prozesses, mit dem die Forderungen der Menschen, die auf der Straße Reformen und Demokratie einforderten, erfüllt wurden. Sie wurden zu Hoffnungsträgern für das Gelingen der friedlichen Revolution. Grundanliegen war der Wille aller Beteiligten, Konsens zu erreichen.

Erich Iltgen aus: »Von der Wende zum Parlament«

Der Weg zur deutschen Einheit



Foto: Giersch



3. Oktober 1990 auf dem Theaterplatz in Dresden
Foto: Margitudis

1990 sah die ehemalige DDR-Opposition einen großen Teil ihrer Forderungen erfüllt. Die Entmachtung der SED und des MfS war unumkehrbar, freie Wahlen standen auf der Tagesordnung, der Weg zur deutschen Einheit war offen. Er wurde maßgeblich vom bundesdeutschen Parteiensystem und der Übernahme bundesdeutscher Strukturen und Modelle geprägt.

Die Bürgerbewegung war anscheinend überflüssig geworden, ein bisschen störend sogar. Der Mythos der Revolution, Witz und Lust und Kraft der Straße begannen zu verblassen. Ihre politische Kultur ging unter im Alltag und in der Normalität der Wahlkämpfe.

Der 3. Oktober 1990, Freudentag der Einheit, und der 27. Oktober, an dem sich in der Dresdner Dreikönigskirche der Sächsische Landtag konstituierte, schlugen ein neues Kapitel der Geschichte auf. Die friedliche Revolution hatte gesiegt, und das Ende der DDR war auch das Ende der DDR-Opposition.



3. Oktober 1990 in Wilsdruff
Foto: Freund



Konstituierende Sitzung des Sächsischen Landtags am 27. Oktober 1990 in der Dresdner Dreikönigskirche
Foto: Hiekel



**»Wir haben erfahren,
daß wir in der Lage sind,
eine Regierung zu stürzen,
und ich habe beschlossen,
das nicht mehr zu vergessen.
Es wird das erste Anliegen
jeder neuen Regierung sein,
uns das wieder vergessen
zu machen, im Namen von
Stabilität und Vaterland,
in Wahrheit aber, weil es
unbequem und mühselig ist,
ein Volk zu regieren,
das diese Erinnerung hat.«**

Gudula Ziemer, 1990

AUFBRUCH
89
**DIE FRIEDLICHE
REVOLUTION IN SACHSEN**

Kopie XII 2691/81 ; AOP 3043/84 Bl. I 007 4
000012 (6)

Bezirksverwaltung für
Staatsicherheit Dresden
Kreisdienststelle Dresden-Stadt

Dresden, den 14. 10. 1981
XX/7/Wa/Be

000006

bestätigt:
Leiter der Bezirksverwaltung
Bühm
Oberst

Jewitte - op. Bekt.

Eröffnungsbericht zur Anlage des OV "Feind"

Durch den IMS "Michael Müller" unserer DE wurde am 08. 09. 81 bekannt, daß in der Werkstatt der Person

Gottschalk, Jürgen
geb. am: 6. 1951 in Dresden
wohnhaft: 9 Dresden, Alemannenstr. 9
Werkstatt: 19 Dresden, Anton-Graff-Str. 26
tätig: freischaffender Grafikerdrucker
Familienstand: geschieden
Organisationen: nicht organisiert

ein Plakat in der Größe DIN A 1 mit der Aufschrift

"Solidarność Polska 1981"

Grundfarbe weiß mit roter Schrift in den hinteren Räumen ausgestellt war

In der Zeit vom 07. - 26. 09. 1981 fand in Dresden die "Dritte Dreasner Grafikerwerkstatt" statt. An dieser Veranstaltung, die durch den Rat des Bezirkes, Abteilung Kultur, den Rat der Stadt Dresden, Abteilung Kultur und dem Bezirksverband Bildender Künstler Dresden gemeinsam organisiert wurde, nahmen neben Künstlern der DDR auch Gäste aus der UdSSR, CSSR, VR Polen und Finnland teil. Als eins der Veranstaltungsobjekte diente die Werkstatt von GOTTSCHALK.

Durch eingeleitete offizielle Maßnahmen über den Stadtrat für Kultur wurde am 09. 09. 1981 eine Entfernung des Plakates veranlaßt. Öffentlichkeitswirksam wurde dieses Plakat bis auf einzelne Besuch er der Werkstatt des G. am 08. 09. 1981 nicht.

Kopie XII 2691/81 ; AOP 3043/84 Bl. I 000184
Bezirksverwaltung Dresden
Abteilung Zollrecht
Dresden, den 5. 10. 1982
05-01-00
Nur für den Dienstgebrauch

Information

000066

Am 30. 9. 1982 wurde ich darüber informiert, daß seitens der Steuerfahndung Dresden (Rat des Bezirkes Dresden) gegen den DDR-Bürger

Gottschalk, Jürgen

geb. am 5. 6. 1951 in Dresden
wohnh. in 8053 Dresden, Alemannenstr. 9

Prüfungshandlungen zu den abgegebenen Steuererklärungen durchgeführt werden.

Entsprechend dem Ersuchen der Steuerfahndung begab ich mich am 30. 9. 1982 zu dem entsprechend Mitarbeiter (Gen. R.). Er legte mir ein Schreiben des Mitgliedes des Rates des Bezirkes für Kultur, Dr. Schuhmann, vor, aus welchem hervorgeht, daß Gottschalk Arbeiten durchführt, die über den Rahmen der Zulassung (Gutsachten VBK) weit hinausgehen, und es wird vermutet, daß dafür keine Steuererklärungen abgegeben wird. Weiterhin wird in dem Schreiben angeführt, daß seitens der Zollorgane gegen Gottschalk 2 Ordnungsstrafverfahren wegen dem Versand von politisch-gefährlichen Materialien der "Mail-Art" eingeleitet wurden und mit Ordnungsstrafen abgeschlossen wurden.

Durch den o. g. Mitarbeiter wurde ersucht, Einsicht in die Vorgangsunterlagen zu erlangen. Ihm wurde mitgeteilt, daß dies nur mit Zustimmung des zuständigen Leiters möglich ist. Daraufhin brachte er zum Ausdruck, daß durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit vieles möglich sei und der Abt. Zollfahndung der Bezirksverwaltung ebenfalls Einsicht und Informationen übergeben wurden und werden. Er nannte hierbei gute Verbindungen zu den Mitarbeitern, Rat Sachadä und Hkom. David. Ihm wurde erklärt, daß diese Verbindungen in keinen Zusammenhang mit dem Ersuchen stehen und ich kein Mitarbeiter des Untersuchungsorgans bin. Durch ihn wurde mitgeteilt, daß er gute Verbindungen zu Mitarbeitern des MfS habe und sich dort erkundigen werde.

Zum Sachverhalt erklärte ich ihm zur Person des Gottschalk, wie er auftritt, wie seine Vermögensverhältnisse sind und daß uns über seine Einkommensverhältnisse nichts bekannt ist.

Ihm wurden mögliche Auskunftsquellen bekannt gegeben:

Genosse Weber	1. Sekretär VBK
Genossin Hofffeld	Mitarbeiter Abt. Kultur, Ber. Kunstpolitik
Genosse Böffler	Bereichsleiter Kunstpolitik

Kopie XII 2691/81 ; AOP 3043/84 Bl. I
000185 000066 2

Genosse [Name] bedankte sich und brachte zum Ausdruck, daß, wenn keine Angaben/Informationen bei uns vorliegen zu möglichen Auftraggebern und Geschäftspartnern, ihm die Auskünfte genügen. Das Ziel der Bearbeitung durch die Steuerfahndung besteht darin, Gottschalk Steuerhinterziehung nachzuweisen, damit die gesamte Tätigkeit Gottschalks als freischaffender Drucker unterbunden und ihm die Gewerbeberechtigung entzogen werden kann.

M. Hofffeld
Mittelsachf.
Oberkommissar

Abteilung XI

MIS/D	16. Juni 87
Eintr. ca. 16.6.87	
Leg. 3488	
Wen. 10	
Al. 1	

Dresden,
Schu-th

A2/Env

23 Juni 1987

16. Juni 87

3003

BSU

000026

Information
über geplante Teilnahme des "Ökumenischen Friedenskreises der Auferstehungskirche Dresden" am internationalen Friedensmarsch des Friedensrates der DDR

Der IMB "Gary" meiner Dienst Einheit informierte, daß der genannte "Friedenskreis" am 1. 6. 1987 über eine Teilnahme am internationalen Friedensmarsch des Friedensrates der DDR diskutierte. Dabei wurde bekannt, daß alle Mitglieder über wesentliche Fragen der Organisation informiert sind und insbesondere die Beteiligung von Teilnehmern aus der BRD, Österreich und der CSSR hoch bewertet wird.

In Vorbereitung einer geplanten Teilnahme wurde durch den Leiter dieses "Friedenskreises",

Dr. Ritter, Werner
ertf.: Abt. XVIII - OPK "Blender"

BSU

807273357

eine Anfrage an den Friedensrat der DDR gerichtet. Bislang erfolgte noch keine Antwort.

Der IM ist beauftragt, die Mitglieder dieses "Friedenskreises" weiter unter Kontrolle zu halten und differenzierten Einfluß hinsichtlich einer Teilnahme auszuüben.

Leiter der Abteilung

Pfzechentschler
Oberst

Verteiler
Stellv. Operativ
HA XX/4
AKG
Abt. XVIII
IX/AIO
XX/4

000010

2

R. ist aktives Mitglied der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde Dresden-Plauen und ist Mitglied des Ökumenischen Friedenskreises der Auferstehungskirche.

Unter seiner Leitung werden Friedensseminare durchgeführt und kircheninternes Material hergestellt und verbreitet.

Ebenso wie als Gewerkschaftsvertrauensmann nutzt R. seine Stellung als Leiter des Friedenskreises mit zum Verfassen und Verschicken von Eingaben:

- 12/86 an den Staatsratsvorsitzenden der DDR
- 5/87 an den Minister für Volksbildung
- 5/88 an die Französische Botschaft in der DDR
- 12/88 an den Staatsrat der DDR
- 3/89 an den Rat der Stadt.

In diesen Eingaben, die mit Unterschriften von Mitgliedern des Friedenskreises versehen sind, bringt R. Probleme des Umweltschutzes, der Friedenserhaltung, der Abrüstung und die Einführung eines sozialen Friedensdienstes für Wehrpflichtige der DDR zum Ausdruck. Als Leiter des Friedenskreises unterhält er eine Vielzahl von Kontakten und Verbindungen zu anderen Friedenskreisen der DDR und der BRD. Er weilte mehrfach zu privaten Besuchereisen in der BRD.

In der Informationsveranstaltung am 13. 4. 1989 im Wahlkreis 60 zum Investvorhaben Reinstsiliziumwerk Dresden-Gittersee forderte R. die Anwesenden auf, sich auf Listen mit Unterschrift "Zustimmung - Ablehnung" des Baues des Reinstsiliziumwerkes einzutragen. Die Auslegung der Liste (formuliert von R.) erfolgte durch den Veranstalter. Von 244 Anwesenden trugen sich 166 Personen in die Liste unter der Rubrik "Ablehnung" ein, unter "Zustimmung" schrieb sich kein Anwesender ein. Das Ziel dieser Liste ist, daß diese den neuzuwählenden Kandidaten übergeben werden soll, um ihre Position in einer erneuten Rechenschaftslegung zum Bau zu erfahren. Davon werden abhängig gemacht, ob den Kandidaten zugestimmt wird bzw. eine Ablehnung ausgesprochen wird.

KOPFE
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz
anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG / Anonymisiert nach Stasi-Unterlagen-Gesetz

Dresden am Mittwoch, dem 4. Oktober 1989. Es ist halb acht Uhr am Abend. Polizei versperrt alle Eingänge des Hauptbahnhofes. Die beiden Ausgänge zur Prager Straße sind fest verschlossen, innen steht vor den Türen Polizei in Kette. Auch der Seitenausgang zur Post wird kontrolliert, Reisende heraus-, aber niemand hereingelassen. Vor den geschlossenen Türen warten Hunderte auf Einlaß. Da ständig Schaulustige kommen, stehenbleiben, wieder gehen, ist schwer auszumachen, wer unbedingt auf Einlaß wartet und wer nicht. Der Taxiverkehr am Bahnhof findet mit geringen Behinderungen statt. Abwartende Stimmung bei Passanten, sie beobachten. Straßenbahn- und Autoverkehr vorm Hauptbahnhof läuft normal. Am Geländer der Straßenbahnhaltestelle und auf der gegenüberliegenden Straßenseite versammeln sich langsam mehr und mehr Passanten. Die Situation ~~xxxxxxx~~ empfindet jetzt wohl auch jeder der zufällig Vorübergehenden als unalltäglich und besonders. Die Lichtzeile ~~xx~~ "SZ meldet" berichtet von zusätzlich ausgelieferten Kinderhosen, später von Mieterhöhungen in der BRD; ~~xxx~~ eine Rentnerin habe deshalb Selbstmord begangen. Ein e junge Frau ruft äußerst erregt: "Schreibt endlich mal, was bei uns los ist, ihr Säcke!" Die Atmosphäre wird allmählich gereizter. ~~xxxxxx~~ Oben im Bahnhof fährt ein Zug ein. In die Menge kommt Bewegung, Pfiffe. Mehr und mehr Zuschauer. Straßenbahnen fahren nur noch langsam in den Haltestellenbereich ein, klingeln warnend. Vor der rechten Haupttür hat das Gedränge zugenommen. Dort scheint sich jetzt die Mehrzahl derer, die in den Bahnhof gelangen wollen, versammelt zu haben. Erregtes Klopfen an den Metalltüren und Scheiben. Drei Minuten vor acht Uhr splittert eine Scheibe. Die Stimmung spitzt sich zu. Gesänge: "Happy-birthday-to-you!" Immer mehr Zuschauer. Sieben Minuten nach acht Uhr fährt von links auf der Straße unmittelbar vor dem Bahnhof ein grüner Polizei-LKW (W 50) heran, langsam, aber entschlossen. Alle Geländer und der ~~xxxxxxx~~ Bahnhofsplatz ~~ist~~ nun von Zuschauern stark besetzt. Auf den Wiesen zwischen Lenin-Denkmal und Straße stehen viele Schaulustige. Manche klettern auf Bänke, aufs Geländer, auf Abfallkübel, um mehr zu sehen. Der LKW fährt weiter. Ich stehe auf der Straßenseite jenseits des Bahnhofs, sehe das Auto, höre, wie die Menge sich wegen des nahenden Autos weiter erregt. Jemand neben mir sagt: "Der hat ja eine Pistole, das ist doch nicht zu glauben!" Und auch ich sehe jetzt, daß der Polizist, dessen ~~xxxxxxx~~ Oberkörper aus der Paradeöffnung der Fahrer-

kabine ragt, in beiden nach vorn ausgestreckten Armen eine Pistole hält, den Lauf symbolhaft geradeaus, über die Köpfe der Menge gestreckt. Ich denke sofort: "Die ist sowieso nicht geladen, wenn das nicht gar nur eine Attrappe ist!" Im gleichen Moment springen einige hundert über die rot-weißen Geländer rennen über die Wiese. Auch die ~~xxxxxx~~ dort stehenden Zuschauer beginnen wegzurennen. ~~xxxxxx~~ Fluchtreflex: "Die (die Polizei) kommen!" Die Welle verläuft sich zum Glück nach einer halben Minute. Der LKW fährt rechts wieder aus dem Bahnhofsgelände und weiter davon. Die Schaulustigen kehren wieder an ihre Plätze zurück. Der Kern vorm rechten Eingang hat sich offenbar nicht zeretreut, gleichzeitig ist mir unklar, wie der LKW doch recht zügig dort vorbeifahren konnte. (Kurz vorm rechten Eingang hatte er noch einmal kurz gehalten, eine Flasche oder ein wassergefüllter Beutel klatschte an die Frontscheibe.) Kurz nach halb neun Uhr fällt mir auf, daß der Autoverkehr von rechts ausbleibt, Polizei leitet um. Jetzt Sprechchöre in ziemlicher Lautstärke: "Wir wollen raus!" und: "Freiheit, Freiheit!" Eine Minute vor dreiviertel neun kommt, ebenfalls von links, wie schon der LKW, ein gepanzerter grüner Wasserwerfer gefahren, mit bedrohlicher Schwerfälligkeit. Fährt ebenfalls nur vorbei, wieder Fluchtreflex. Der löst sich wieder auf. Wasserwerfer ist davon. ~~wei~~ Minuten später splittert an den Türen wieder Glas. Sprechchöre wie vorhin. Eine Minute später (wieder von links) der nächste Wasserwerfer (oder derselbe), diesmal mit Blaulicht und Martinshorn, fährt an die belagerte Tür. 20.47 Uhr ~~gedax~~ spritzt er in die Menge. Fluchtreflex. Pfiffe. Sprechchöre. Die Spannung steigt. Eine Minute vor neun wieder Glasesplittern, explosionsartig protestierendes Geschrei (Wurde jemand gegriffen?), klatschende Geräusche auf Metall, Glasesplittern: Steinwürfe. Binnen Sekunden eskaliert die Lage. Ein Steinregen auf den Bahnhofsengang setzt ein (Woher haben die die Steine.) Die Türen gehen zu bruch. Im Bahnhofsinnern ein auf und ab, als ob jemand mit weißen Bällen jongliert - Polizisten mit weißen Helmen. Dröhnendes Geschrei, wieder: "Freiheit, Freiheit! Wir wollen raus!" Steinschlag auf Steinschlag. Ich bekomme Angst, Polizei wird wohl gleich in Massen anrücken. Ich gehe zügig, äußerlich gelassen, Richtung Altmarkt. Von dort kommen immer noch Passanten (wie immer um diese Zeit). Vorn werden sie ja nicht weiter können, werden weitere Schaulustige ~~sein~~ sein.

Die Sprechchöre höre ich auch am Altmarkt noch. Die Worte sind im einzelnen nicht zu verstehen, ich errate sie aber aus dem Rhythmus.

Mir drückt die Blase, und ~~xxxxxxx~~ nach zwanzigminütigem Suchen hinter einem Gebüsch am Postplatz ~~xxxxxx~~ mich zu erleichtern. Mir ist kalt, denke daran, nach ~~aus~~ zu gehen, steuere aber doch noch mal den Bahnhof an.

Die Schaulustigen stehen jetzt dicht bis Höhe Lenindenkmal, auch auf dem Sockel des Denkmals selbst zwanzig oder dreißig Leute. Ein ungewohnter Anblick.

Weiter vorn: Am Eingang ist die Hölle los. Ein Steinregen prasselt auf die den rechten Haupteingang, die Leuchtreklame darüber und die Glasfront. Zusehends gehen die Scheiben entzwei, auf einer großen Fläche keine mehr unversehrt. Die Uhr ist zertrümmert; der Rahmen baumelt schief und traurig über dem Eingang. Der Wasserwerfer spritzt mit größerem Druck, aus dem Inneren des Bahnhofs wird auch Wasser gespritzt. Ich kann nicht sehen, daß jemand etwas abbekommt, es ist aber garantiert der Fall.

Polizeiwagen fahren mit Blaulicht und Martinshorn heran, kommen schwer durch, stehen schließlich nahe der attackierten Tür.

Plötzlich taucht auf einem Sims in Bahnsteighöhe, aber außerhalb der Bahnhofshalle ein junger Mann auf, winkt der Menge zu, die jöhlt, er klettert auf das Dach über der Tür. Der ~~xxxxxxx~~ Steinregen wird noch stärker. (Warum werfen die jetzt weiter Steine?) Der Mann bricht plötzlich zusammen, ist verschwunden. Weiter Steine. Jemand sagt: "Den hat einer am Kopf getroffen." Minuten Weiter Steine. Die Deckenverkleidung der Türüberdachung baumelt herab, ist selbst weiter Ziel von Steinwürfen. Der Mann auf dem Dach taucht wieder auf, winkt schelmisch, die Menge jöhlt. Der Mann taucht wieder ab, bleibt jetzt unten, weil weiter Steine fliegen. Unmöglich, daß er nichts abkriegt. Unmöglich auch, daß die Werfenden, die selbst nahe bei der Tür stehen, nichts von den zurückfliegenden Steinen abkriegen. Die Schaulustigen verfolgen den Tumult mit Neugier. "So etwas haben wir noch nicht gesehen, und das muß man sich schon mal mit ansehen", sagt eine gutbetuchte Dame zu ihrer Tochter. "Lösung ist das doch aber auch keine", höre ich von einer älteren Frau. Und: "Wo denen doch alles in den Arsch geblasen wird."

Ein Knabe, zehn Jahre, zu seinem Freund: "Die wollen raus, aber können nicht raus..."

Ein junger Mann: "Das wirft doch einige Fragen bei mir auf! Und immer wird so getan, als gäbe es sowas bei uns nicht - Wasserwerfer."

Auf der Prager Straße kommt ein junger Mann, ein Kofferradio unterm Arm, an der Hand seine Freundin. Sein Gesicht ist blutverschmiert. Sieht aus wie eine Platzwunde.

Der Straßenbahnverkehr ist inzwischen längst zum Erliegen gekommen. Am Bahnhof stehen jetzt Tausende. Auch mitten auf der Kreuzung. Leute stehen in den Türen des Tramwagens, ein junger Mann sitzt auf der Kupplung zwischen den Wagen und baumelt mit den Beinen. Mitten auf der Kreuzung.

Eine Polizeikette (junge Offizierschüler, erstes und zweites Lehrjahr, Milchgesichter, Blicke wie nach einer Strafe vom Schullehrer) sperrt jetzt ~~den~~ den Bahnhofsplatz ab. Man kann unmittelbar vor die jungen Polizisten treten und ihnen ins Gesicht schauen. Sie stehen ganz ruhig und schauen betreten. Ein Alter brüllt aggressiv: "Schämen müßt ihr euch, ihr roten Schweine!" Jemand entgegnet: "Die ~~können~~ können doch auch nichts dafür!" Und wieder jemand: "Die hätten doch keine Bullen werden müssen!"

Donnerstagmittag, 12.30 Uhr

Am Hauptbahnhof zähle ich mehr als hundert zerschlagene Glasscheiben in der Kuppel, die Uhr ist bereits ausgewechselt, Arbeiter bessern das Pflaster auf, das auf etwa 20 Metern Länge reusgerissen worden ist (das war also die Munition). Im Innern des Bahnhofs: Die große Uhr in der Kuppelhalle entzwei, eine Ersatzuhr bereits daneben montiert, mehrere Schaufenster entzwei, werden bereits repariert, alle Schaukästen am gestern bombardierten Eingang entzwei und mehrere Schaufenster. Die Metalltür ist völlig entzwei und der Rahmen zerdrückt. Die Sandsteineinfassung der Tür ist außen von Tausenden Steinschlägen wie Keke zerrieben.

Donnerstag, 13 Uhr Haus der Presse:

SZ-Redakteur J. R. gibt folgende Information "unter Kollegen, obwohl er es nicht darf, nicht zum Weitersagen und nicht zur Diskussion": "Gestern war ja am Bahnhof ganz schön was ~~los~~ los. Die Genossen von der Volkspolizei schätzen intern ein, daß auf dem Bahnhofsvorplatz 20 000 Menschen sich versammelten. Als die Information durchsickerte, daß die Züge von Prag nicht über Dresden kommen, ist Enttäuschung und Frust durchgebrochen. Es gab 44 erlitzte; 5 davon schwerverletzt und immense Sachschäden."

"Morgen bringen wir eine Meldung."

Dresden, am 08. 10. 1989

Aktennotiz

Am heutigen Tag, 20.45 Uhr, erbat Superintendent Ziemer um ein dringendes Gespräch beim Oberbürgermeister oder seinem Stellvertreter für Inneres. Er wolle eine Bitte im Zusammenhang mit den Ereignissen auf der Prager Straße vortragen.

Der Oberbürgermeister entschied nach einer Konsultation mit dem 1. Sekretär der Stadtleitung Dresden der SED, Gen. Moke, daß Genosse Jörke das Gespräch führt.

Zur gleichen Zeit informierte Oberst Schlaak (BdVP), daß die sich auf der Prager Straße befindenden etwa 800 Personen bereit seien, die Demonstration aufzulösen, wenn der Oberbürgermeister seine Bereitschaft erkläre, am 09. 10. 1989 eine Abordnung von 20 Personen zu einem Gespräch zu empfangen.

Gen. Berghofer konsultierte sich zu dieser Frage mit den Genossen Moke und Modrow. Es wurde im Interesse der Auflösung der Demonstration Übereinstimmung erzielt, ein solches Gespräch durchzuführen.

Um 21.00 Uhr erschien Superintendent Ziemer in Begleitung von Landesbischof Hempel und Oberlandeskirchenrat Fritz im Rat der Stadt Dresden. Dies führte nach Konsultation mit Gen. Moke zu der Entscheidung des Oberbürgermeisters, das Gespräch persönlich in Anwesenheit von Gen. Jörke zu führen.

Das Gespräch fand in der Zeit von 21.10 - 21.30 Uhr statt.

Als Gesprächsführer der kirchlichen Vertreter nahm Superintendent Ziemer mit einer Vorbemerkung zur Einhaltung der Gesprächsebene das Wort.

2

Er sprach im Namen der anwesenden Kirchenvertreter die Bitte aus, zu den auf der Prager Straße versammelten Demonstranten sprechen zu dürfen. Die Lage sei unerträglich. Er wolle die Menschen auffordern, friedlich nach Hause zu gehen, um weitere Gewalttätigkeiten auszuschließen. Dafür müsse auch die VP ein Zeichen setzen.

Nach erneuter Konsultation mit Gen. Modrow (außerhalb des Gesprächszimmers) teilte Gen. Berghofer den Kirchenvertretern die Respektierung der Bitte mit. Gen. Berghofer erläuterte ihnen, daß diese Entscheidung ungewöhnlich ist und im Interesse der Beendigung der Demonstration erfolgt. Gleichzeitig informierte Gen. Berghofer vom vorgesehenen Gespräch am 09. 10. 1989.

Superintendent Ziemer trug den Text seiner Ansprache vor; dazu wurde Übereinstimmung erzielt.

Gen. Berghofer nutzte das Gespräch, um über das Wirken westlicher Medien, die durch rowdyhaftes Auftreten entstandenen Schäden im Stadtzentrum und den staatlichen Standpunkt zu den Ausschreitungen auf der Prager Straße zu informieren. Er betonte, daß zwischen den Rowdys und den sich friedlich verhaltenden Bürgern unterschieden wird.

Gen. Jörke begleitete im Anschluß an das Gespräch im Auftrag des Oberbürgermeisters die Kirchenvertreter zur Prager Straße und vermittelte ein Gespräch mit dem Einsatzleiter der VP, Major Prager.

Beim Eintreffen wurden die offensichtlich bei einem Teil der Demonstranten bekannten Kirchenvertreter mit Beifall empfangen; Kaplan Ullrich von der katholischen Kirche suchte sofort Kontakt zu ihnen.

Die von Gen. Jörke vorgetragene Bitte, selbst ebenfalls das Wort ergreifen zu können, wurde nicht akzeptiert.

Superintendent Ziemer sprach über ein Megaphon und erklärte:

"Ich bin Superintendent Ziemer von der Kreuzkirche. An meiner Seite steht unser Landesbischof, Bruder Hempel. Der Oberbürgermeister, Herr Berghofer, hat es mir im Ergebnis eines Gespräches ermöglicht, zu Ihnen zu sprechen. Das ist ein Neubeginn. (Beifall) Er hat uns erklärt, daß er morgen um 09.00 Uhr mit den von Ihnen bestimmten 20 Bürgern im Rathaus sprechen wird. (Beifall) Ich habe die Zusicherung erhalten, daß, wenn Sie friedlich nach Hause gehen, die VP Ihnen dazu den Weg freigibt. Ich bitte Sie deshalb, daß Sie jetzt nach Hause gehen. Über das Ergebnis des morgigen Gespräches werden wir Sie nicht hier, aber in der Kreuzkirche, Kathedrale, Versöhnungskirche und Christuskirche morgen um 20.00 Uhr informieren. (Beifall; Rufe aus der Menge: "Wann steht was in der Zeitung?" - Antwort: "Der Oberbürgermeister hat zugesagt, daß morgen die Presse über das, was in den letzten Tagen geschah, berichten wird." - Beifall). Es ist schon spät, laßt uns den heutigen Tag beenden, gehen wir friedlich nach Hause." (Beifall)

Die Demonstration löste sich auf. Einzelne Bürger stellten Superintendent Ziemer und Landesbischof Hempel noch Fragen. Auf Drängen von Gen. Jörke gegenüber Superintendent Ziemer, die Vereinbarung einzuhalten und keine Verzögerung der Auflösung zu verursachen, drängten die Kirchvertreter auf Abbruch.

Landesbischof Hempel verließ mit Gen. Jörke im Dienst-PKW des Oberbürgermeisters den Platz. Superintendent Ziemer und Oberlandeskirchenrat Fritz verabschiedeten sich mit dem Hinweis, die letzten Teilnehmer der Demonstration bewegen zu wollen, ebenfalls nach Hause zu gehen.

Die Kirchenvertreter brachten gegenüber Gen. Jörke den Dank für das Entgegenkommen des Staates zum Ausdruck.

Verteiler:

Jörke

Gen. Modrow
Gen. Moke
Gen. Witteck
Gen. Berghofer
Gen. Jörke

Die "Gruppe der 20" sollte parteiunabhängig als "Freie Wählergemeinschaft" über die Kompetenz der Sektion die Kommunalpolitik beeinflussen.

gez. Dr. W. Raschke, Ltr. der Sektion Ziele der Gesellschaft

Anwesenheit

Dr. Werner Raschke, Dr. Dieter Schubert, Gerhard Gülzow, Eberhard Scheffel, Dr. Herbert Wagner, Frank Neubert, Klaus-Dieter Scholze, Rainer Went, Gabriele Schönfelder, Benno Kohla, Veneta Hein, Dr. Wolfgang Schubert, Dr. Achim Völker, Peter Bartels, Jürgen Magerstädt, Steffen Heitmann, Joachim Strobel, Dr. Christian Starke, Thomas Gierke, Christoff Andrich, Marita Schieferdecker, Peter Zacher.

28. Februar 1990

Dok. CC5

Brief der Grünen Liga zum CDU-Eintritt von Mitgliedern der Gruppe der 20

Privatbestand Klaus Gaber, unpaginiert. - Kopf: Grüne Liga, Kreuzstraße 7, Dresden 8010. -

Adressat: Herrn Dr. Wagner, Herrn Neubert, Herrn Vaatz, Kreuzstraße 7, Dresden 8010. -

Fußvermerk: Durchschlag zur Information an alle Mitglieder der Basisdemokratischen Fraktion. -

Datiert: 28.2.1990.

Sehr geehrte Herren!

Mit Erstaunen und Befremden haben wir in der UNION vom 24./25. 2. gelesen, daß Sie in die CDU eingetreten sind. Als Mitglieder der Gruppe der 20 bzw. der Basisdemokratischen Fraktion sind Sie Vertrauensträger der basisdemokratischen Gruppen gewesen Sie haben dieses Vertrauen und das Ihnen von der Bevölkerung gegebene Mandat für Ihren Eintritt in eine der alten Parteien benutzt. Daß Sie diesen Schritt ohne Rückkopplung mit den Mitgliedern der Fraktion gegangen sind, stellen wir mit Bedauern fest. Wir gehen davon aus, daß Sie mit Ihrem Übertritt in die CDU nicht länger das Mandat in der Gruppe der 20 und in der Basisdemokratischen Fraktion wahrnehmen können. Wir halten es für notwendig, daß Sie noch vor der nächsten Fraktionssitzung zu einem Gespräch über Ihren Schritt und seine Folgen alle Vertreter der Basisdemokratischen Fraktion einladen.

Hochachtungsvoll Vertreter der Koordinierungsgruppe der Grünen Liga Dresden.

6. März 1990

Dok. AA7

Antwort von Arnold Vaatz auf den Brief der Grünen Liga

Privatbestand Steffi Förtsch-Ulbricht, unpaginiert. - Kopf: A. Vaatz, Am Zschoner Berg 1, Ockerwitz,

8029. - Adressat: Koordinierungsgruppe der Grünen Liga Dresden, Kreuzstraße 7, Dresden 8010. -

Datiert: 6.3.1990.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Bestürzt, aber nicht ganz verständnislos habe ich Ihr Schreiben vom 28.2. gelesen. Ich will Ihnen sagen, daß ich niemandes Vertrauen benutzt habe. Ein Klima der Intoleranz und des Vorurteils ist hierzulande leider nichts Neues. Aber es widerstrebt mir, unter einem ständigen Rechtfertigungsdruck arbeiten zu müssen (den ich auch Ihnen nicht wünsche). Zudem ist mein Sitz in der Basisdemokratischen Fraktion ein Sitz des Neuen Forums, dem ich nicht mehr mandatstragend angehöre. Herbert Wagner ist deshalb von mir beauftragt, der Fraktion am 8. März meinen Austritt mitzuteilen. Was die Gruppe der 20 betrifft (der Sie übrigens nicht angehören), so bitte ich Sie um Verständnis dafür, wenn ich hier vorerst Mitglied bleibe. Unser Statut schließt Parteieintritte nicht aus. Meinen Übertritt zur CDU haben Sie bereits bewertet. Deshalb machen weitere Gespräche darüber wohl keinen Sinn; auch ohne Ihr Zutun

schlägt mir zur Zeit ein so eisiger Wind der Ablehnung ins Gesicht (besonders auch aus den Reihen meiner neuen Partei), daß ich in einer recht resignativen Stimmung bin. Ich weiß nicht, ob das die praktische Art ist "Gegensätze auszuhalten", wie es Superintendent Ziemer nannte (dessen Meinung zu unserem Übertritt mir auch angedeutet wurde). Vielleicht sollte ich Ihnen für die Zukunft weiter eine so zupackende und von Selbstzweifeln freie Art wünschen, wie sie in Ihrem Brief an mich zutage tritt (den Sie seltsamerweise mit "hochachtungsvoll" abschließen): Sie werden das brauchen, wenn es in Zukunft Politiker in ihrem Einfluß zu beschränken gilt, die nicht so leicht zu schockieren sind wie ich. In mäßiger Hoffnung auf eine gute Zukunft verbleibt
[gezeichnet] Arnold Vaatz

6. März 1990 Dok. CC6
Stellungnahme von Klaus Gaber zum CDU-Eintritt von Mitgliedern der Gruppe der 20

Privatbestand Klaus Gaber, unpaginiert. - Kopf: Klaus Gaber, Basisdemokratische Fraktion, Kreuzstr. 7, 8010 Dresden. - Dated: 6.3.1990.

Liebe Fraktionskolleginnen und -kollegen!

Da ich einer Dienstreise wegen nicht an der Fraktionssitzung teilnehmen kann, möchte ich mich zu einer mir wichtig erscheinenden Frage auf diese Weise äußern. Aus der Zeitung erfuhr ich, daß die Herren Dr. Wagner, Neubert, Dr. Schmitt und Vaatz in die CDU eingetreten sind, um "persönlich Verantwortung in Leitungsgremien dieser Partei zu übernehmen". Meine Kritik betrifft nicht den Eintritt in eine bestimmte Partei. Ich möchte aber mein Befremden über den dabei praktizierten politischen Stil im Umgang mit einem überparteilichen Mandat der Bürger und mit den Mitgliedern unserer Fraktion ausdrücken. Für die Basisdemokratische Fraktion und die Gruppe der 20 sehe ich folgende Konsequenzen, die sich aus diesem Vorgang ergeben:

- Die Übernahme politischer Verantwortung innerhalb einer Partei, die bisher staatstragend war, in Dresden auch jetzt noch in der Verantwortung steht und mit einer eigenen Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung vertreten ist, schließt eine gleichzeitige Mitarbeit in einer sich als Opposition verstehenden, Basisdemokratischen Fraktion aus.
- Ich teile die Meinung nicht (die ich ebenfalls der Zeitung entnehmen mußte), die Gruppe der 20 hätte ihre Aufgabe erfüllt (Neubert). Ich habe großes Verständnis dafür, daß Mitglieder sich nach einem großen Engagement über Monate hin jetzt aus dieser Arbeit zurückziehen und möchte ihnen für das Geleistete meine Hochachtung ausdrücken. Aber der Auftrag für diese Gruppe reicht bis zur Übernahme der Verantwortung in dieser Stadt durch eine frei gewählte Volksvertretung, also bis zum Mai dieses Jahres. Solange muß sie arbeitsfähig bleiben.
- Unter diesem Auftrag arbeiten Bürger in den Sektionen der Gruppe der 20, die bis zur Kommunalwahl fachbezogen und parteiübergreifend zur Demokratisierung in unserer Stadt beitragen wollen und mit ihrer Kompetenz ein beratendes und kontrollierendes Gegenüber für den Rat der Stadt bleiben müssen. In diesem Sinne existiert die Gruppe der 20 politisch und personell weiter.
- Um die Arbeitsfähigkeit unter den nun eingetretenen Umständen zu erhalten, ist umgehend die Leitung und die geschäftsführende Tätigkeit der Gruppe der 20 neu zu ordnen. Dies muß unter Beteiligung aller Sektionen geschehen.

15. Feb. 1989 HAXX/AKG/KI 943 189

MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT

Dezirksverwaltung Dresden

BSU

000004

Gen. Modrow z. K./Fuchs/Moke z. K./Jörke

Streng vertraulich!
Um Rückgabe wird gebeten!

Dresden, 22.11.89

Nr. _____

5 Blatt

Exemplar

- 3 FEB 89

INFORMATION

über

BSU

Vorbereitung und Verlauf eines durch den
"Ökumenischen Aktionskreis Dresden-Neu-
stadt" am 27. 01. 1989 in der Diakonissen-
hauskirche Dresden durchgeführten Fürbitt-
gottesdienst

HO 275

000029
35

Dresden, 09. März 1987
br-frB/6/

M a s s e n m e p l a n
zur Weiterführung der OPK "Blender"

Entsprechend der Schlussfolgerung im Sachstandsbericht vom 09. März 1987 zur Weiterführung der OPK werden nachfolgende politisch-operative Maßnahmen zur Durchführung vorgeschlagen:

Politisch-operative Maßnahmen und Zielsetzung

Termin Stand der Einleitung und
pol.-op. Ergebnisse

1. IM-Einsatz

1.1. DER IMS "Jochen" wird zur vorbeugenden Absicherung im Arbeitsbereich weiterhin zum Einsatz gebracht. Durch persönliche Gespräche mit den R. sind die im Zusammenhang mit der DM-Reise mitgebrachten Unterlagen einzusehen und aus pol.-op. Sicht zu bewerten. Durch den IMS "Jochen" erfolgt eine Einschätzung der Arbeitsleistungen und gesellschaftlichen Aufgabenerfüllung unter der Sicht der Veränderung gegenüber seiner Einschätzung von 12/85

24.04.87

26.06.87

1.2. Der Einsatz des IM "Jary" der Abt. IX wird auf die Klärung des R. in seiner Tätigkeit als Leiter des Friedenskreises ausgerichtet. Dabei sind insbesondere der Einfluß des R. auf Aktivitäten des Friedenskreises heranzuarbeiten (Katholikentreffen in Dresden 10 - 12.10.). Durch den IM "Gert" wird der Verfasser eines Briefes des Friedenskreises an den Stabsratsvorsitzenden Gen. E. Honecker herausgearbeitet und die daraufhin erfolgte Aussprache mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen Dr. Giesl. Welches Echo rief diese Aussprache bei der Kontrollperson hervor.

27.09.87

BSU
000029

Zwischenbericht zur OPK W ö s n e r

W ö s n e r , Uwe
geb. am: 3. 7. 1960 in Dresden
wohaft: 806 Dresden, Louisestr. 19
erl. Beruf: ohne
Tätigkeit: Lesedienst
Arbeitsstelle: Redaktion "Die Union" Dresden
Familienstand: ledig
Partizug.: ohne
Staatszug.: DDR
Vorstrafen: keine

Der W. ist seit Mai 1981 im Bereich der Redaktion "Die Union" tätig. In seiner beruflichen Tätigkeit beweist er Umsicht und eine gute Auffassungsgabe. Zum Kollektiv verhält er sich positiv.

W. besitzt eine unklare politische Haltung. Er tendiert zu solchen weltanechaulichen Standpunkten, die nicht dem Sozialismus entsprechen. So beschäftigt er sich intensiv mit solchen Autoren wie Nietzsche und Ben Gurion.

In einem Gespräch äußerte er, daß für ihn in der DDR keine Selbstverwirklichung möglich sei. Diese Haltung bezog sich besonders darauf, daß er in der DDR nicht das veröffentlichen könne, was er wolle.

W. verfaßt selbst Gedichte. Diese sind aber bisher nicht näher bekannt geworden.

W. besucht regelmäßig solche Veranstaltungen, in denen Lyrik und Prosa solcher Autoren gelesen wird, die negative oder oppositionelle Positionen zur DDR beziehen.

H. G. G.
H. G. G.
H. G. G.

Abteilung XX/7

Dresden, den 3. 6. 1982

BSU
000034

Aktenvermerk

Am 2. 6. 1982 wurde mit dem Chefredakteur der Tageszeitung "Die Union" Eismann ein Gespräch durchgeführt. Zur Person des Nösner wurde folgendes vereinbart:

- N. ist es nicht zu ermöglichen, bei der Union ein Fernstudium oder andere Qualifizierungsmaßnahmen durchzuführen
- beim Auftreten von Fehlern, die durch N. verursacht werden, ist er in strenger Form zur Rechenschaft zu ziehen, um auf diese Weise ihn zu veranlassen, das Arbeitsverhältnis zu lösen

Der Chefredakteur erklärte sich damit einverstanden.

Grunert
Hptm.

Kreisdienststelle Dresden-Stadt
Leiter

Dresden, 10. 4. 1987
XVIII/4 hön-li 7772/87

BSU
000014

Abteilung XX

Ti 27.4

Eng. am 13.4.	Da
Fg. Nr. 2902	
Weiter am Köhler 14	Je

Nösner, Uwe - geb am: 3. 7. 1960
Unser Schreiben vom 2. 4. 1987 Tab -Nr.: 7004/87

Entsprechend der telefonischen Rücksprache mit dem Genossen Köhler Ihrer Dienst Einheit bitten wir um Übersendung einer Einschätzung zur politisch-ideologischen Position der obengenannten Person. Weiterhin bitten wir Sie festzustellen, ob die Person zu Personenkreisen Verbindung unterhält, die amateurschriftstellerisch tätig sind.

Im Verlauf der operativen Bearbeitung [redacted] wurden nachgenannte Verbindungen zur obengenannten Person sichtbar gemacht, wobei eine Personifizierung bisher nicht erfolgen konnte.

Es handelt sich dabei im einzelnen um

Schönfelder, Margit
Helbig, Axel
Bader,

Über die Personen ist nur bekannt, daß sie sich mit Lesungen und Literaturabenden innerhalb einer "CDU-Gruppe" engagieren. Diese Gruppe soll in der Dresdner Neustadt tätig sein.

Wir bitten Sie zu prüfen, inwieweit Hinweise zu diesen Personen oder zur CDU-Gruppe vorliegen. Weiterhin bitten wir darum, festzustellen, ob aus dem zum Nösner, Uwe vorhandenen Material Hinweise zur BRD-Person

Mertens, Ernst - [redacted]
wohnhaft: [redacted]

hervorgehen. Wir bitten um schnellstmögliche Realisierung.

Lehmann
Oberst

KD Dresden-Stadt
Ref. XI/2

AJO/w
Dresden, 01. 06. 1988
mi.

BSU
000016

Bericht des IMS "Alexander" Reg.-Nr.: XII 1178/85 zur Person
N Ö S N E R, Uwe / 3.7.60 / 8060 Dr., Louisenstr. 19

Der N. ist nach meiner Kenntnis beim Union Verlag in Dresden
beschäftigt. Nach meiner Einschätzung ist N. absolut negativ
zur Gesellschaft und zum Staat eingestellt.

Mir ist zu ihm so unter anderem bekannt, daß er Lesungen und
ähnliche Vorführungen bei sich zu Hause durchführt. Hier wird
nur ein ausgewählter Personenkreis eingeladen bzw. darüber
informiert. Zu seinem engerem Verbindungskreis gehören ein
gewisser HELDIG, ein Detlef und eine mir namentlich nicht bekannte
Person, welche im Krankenhaus Dresden-Friedrichstadt im Zeitungs-
kiosk beschäftigt ist. Dieser hat sehr langes, ungefärbtes
Haar und trägt eine kleine Brille.

Diese Personen lehnen nach meinem Wissen jede Art von DDR-Literatur
ab und beschäftigten sich nur mit "Werken" von Schriftstellern aus
dem NSW.

Weiter ist mir noch bekannt, daß diese Personengruppe sehr enge
Verbindungen zu Sascha Anderson unterhielt.

Meine Kontakte zu dieser Gruppierung sind sehr lose gewesen, ich
habe seit ca. 1 Jahr keine Verbindung mehr zu diesem Kreis.

Vom Sehen her sind mir diese Personen aber bekannt.

Zu N. weiß ich noch, daß er ein großer Frauenheld ist und hier
ständig wechselnde Bekanntschaften hat.

Mündliches Bericht v. 25.5.88

8574

Meinhardt
(un)

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Dresden
Abteilung VIII

Dresden, 14.09.1987
KMG/hä

BSU
000096

Zichsprache!

Ergebnisse, Einschätzung einer durchgeführten konspirativen
Orts- und Schloßbesichtigung am 14.09.87

Deckname: OPK "I y r i k e r "

Personalien: H e l b i g, Axel
8029 Dresden, Rudolf-Renner-Str. 12 Erd.

Auftragsersuchende DE und Ziel der Maßnahme:
KD Dresden, Stadt (Gen. Benedix Tel. 2612)

Schloßtyp: Einbausicherung Punkt

Ort der Besichtigung: siehe Wohnanschrift

Feststellung zur Ortlichkeit und Nachschließbarkeit
des Schlosses

Das Haus R. Renner-Str. 12 ist ein Altbau mit 2 Etagen.
Auf jeder Etage befinden sich 4 Wohnungen.
Das Objekt wohnt im Erdgeschoß links. Die Wohnungstür
ist mit einer Einbausicherung gesichert und läßt sich
auf Grund, daß das Schloß tief eingebaut ist nicht
nachschießen.
Es ist erforderlich vom Originalschlüssel eine Kopie
anzufertigen.

Leiter der Abteilung

Meinhardt
Oberstleutnant

Arbeitsgruppenleiter

Feuchter
Hauptmann

Das Besichtigungsprotokoll ist der Abt. VIII zurückzusenden.

20

BSU
000024

Maßnahmenplan
zur weiteren Realisierung der OPK "Lyriker" - Reg.-Nr.: XII 868/87

Zur zielgerichteten Weiterführung der OPK und der Klärung der operativ-bedeutsamen Anhaltspunkte werden folgende Maßnahmen eingeleitet:

1. Vorbereitung und Durchführung einer konspirativen Wohnungsdurchsuchung durch die Abteilung VIII der BV Dresden mit dem Ziel, der Erarbeitung von Hinweisen zur schriftstellerischen Zielstellung des H. und zur Dokumentierung von Beweisen.

Termin: konsp. Schlüsselbeschaffung
25. 4. 88

Termin: Durchsuchung
15. 5. 88

verantw.: Fw. Höntzsch

2. Weitere Aufklärung der bisher sichtbar gemachten Verbindungen mit dem Ziel der Erarbeitung von Informationen zur Zielstellung und den Aktivitäten des Verdächtigten sowie Herausarbeitung der Treffpunkte für die sogenannten "Schriftstellerlesungen" zur Prüfung des Einsatzes operativ-technischer Mittel der Abteilung 26 mit dem Ziel der Erarbeitung von Hinweisen zum Charakter und Inhalt.

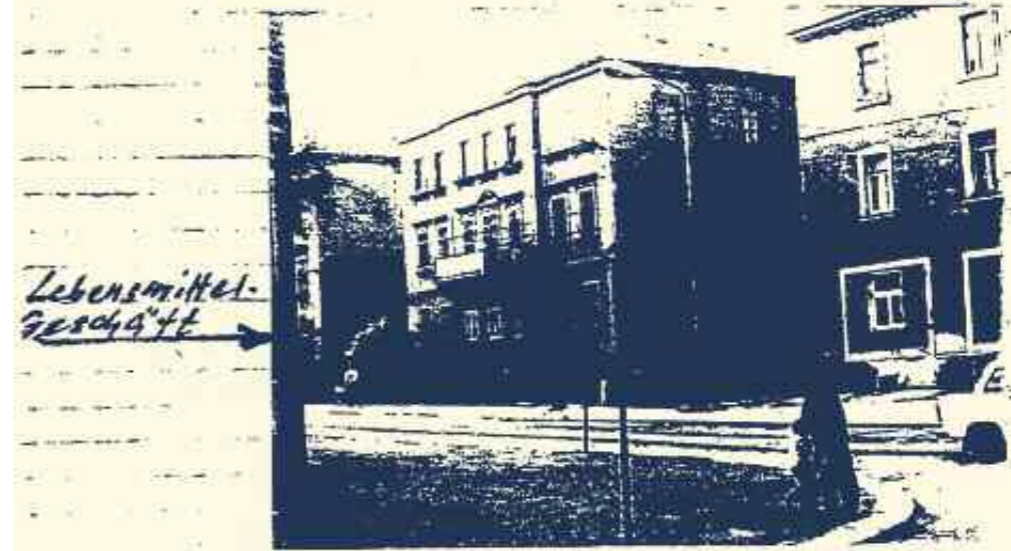
Termin: 10. 5. 88
verantw.: Fw. Höntzsch

3. Koordinierung mit der Abteilung XX, BV Dresden mit dem Ziel der Unterstützung durch die Fachabteilung hinsichtlich der operativ-fachlichen Wertung und Anleitung. Koordinierung mit dem Ref. XX/7 der KD Dresden-Stadt mit dem Ziel der Erarbeitung von Hinweisen sowie der Nutzung von Möglichkeiten des Referates zur operativen Kontrolle des bisher bekanntgewordenen Künstlerkreises.

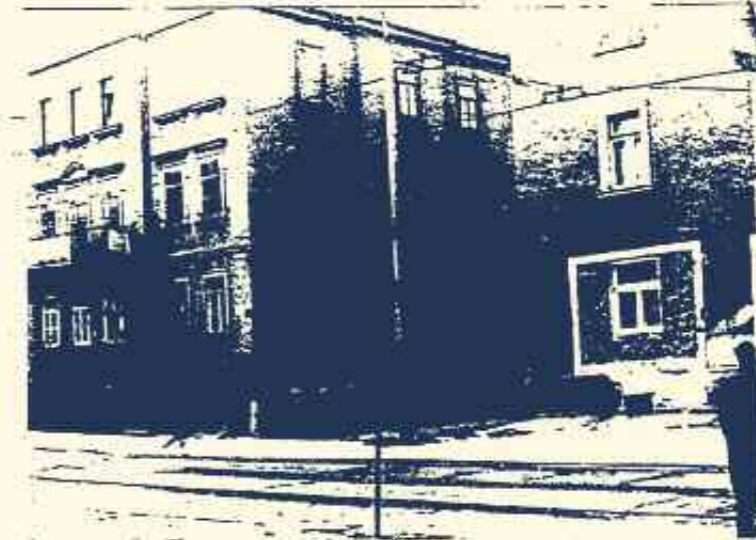
Termin: 30. 5. 88
verantw.: Fw. Höntzsch

Lebensmittelgeschäft
Lageskizze Rudolf-Renner-Str. 12/13e 89
Nr. 12 - Helbig -

BSU
000112



X = Eingang R.-R.-Str. Nr. 12
Foto Standpunkt Ecke Hühndorfer Str.



X = Eingang R.-R.-Str. Nr. 12

KOPIE
BSU

Kreisdienststelle Dresden-Stadt
Leiter

Dresden, 26. 6. 1989
XVIII/4 rei-zw

9365

140

BSU
000164

Abt. II
Leiter

Informationsbedarf zur OPK "Lyriker", Reg.-Nr.: 868/87

Im Ergebnis einer Recherche in der Sonderkartei der Abt. XII der BV Dresden vom 24.5.1989 wurde eine inoffizielle Quelle ihrer Dienst Einheit im Wohngebiet der aufzuklärenden Person sichtbar gemacht. Entsprechend der geführten Absprache vom 6.6.1989 mit dem MA ihrer DE, Gen. Schlorke, bitte ich um Realisierung des folgenden Informationsbedarfes:

1. Beschreibung der Besucher der OPK-Person, um eine Identifizierung zu ermöglichen.
2. Zeit, Datum, Perioden evtl. sich wiederholender Treffs in der Wohnung, Anzahl der Personen, evtl. Charakter bzw. Ziel der Zusammenkünfte.
3. Bei persönlichem Kontakt, welche Interessengebiete und damit verbundene Einschränkung seiner Persönlichkeit durch die DDR-Rechtssetzung und Publikationspolitik.
4. Bestehende Möglichkeit, der Nutzung der Quelle als Stützpunkt für operative-technische Maßnahmen.
5. Hinweise auf Besuche aus dem NSW.
6. Leumund der OPK-Person im WGB, Charakterlich-moralische Eigenschaften, Auftreten, Verhaltensweisen.

Aufgrund terminlicher Gebundenheit bitte ich um baldige Erledigung.

1. 1. No.
Schubert
Oberstleutnant

Be
Absprache
am 25. 9. 89
wegen BRD-Besuch
Hilbig's

Impressum

Herausgeber

Sächsischer Landtag, 2010

Text

Uta Dittmann

Bildrecherche

Steffen Giersch

Grafische Gestaltung

Ö GRAFIK, Dresden

Druck

Elbtal Druck & Kartonagen GmbH

Nachdrucke, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung
des Herausgebers und der Autoren.

**Der Sächsische Landtag dankt
für die Unterstützung beim
Zustandekommen der Ausstellung**

dem Hannah-Arendt-Institut für
Totalitarismusforschung,
dem Haus für Geschichte
der Bundesrepublik Deutschland,
dem Stadtmuseum Dresden,
der Stiftung Frauenkirche Dresden,
dem Polizeipräsidenten in Berlin,
Polizeihistorische Sammlung,
dem DeutschlandRadio/Deutschlandfunk
und dem Deutschen Filmzentrum e.V.,
sowie allen, die ihre persönlichen
Erinnerungen, Dokumente und
Sachzeugnisse eingebracht oder
die Autoren beraten haben.

**»Die Revolution blieb
eine Revolution ohne Rache.
Sie wollte Recht schaffen.
»Rechtssicherheit ist
die beste Staatssicherheit«
hieß das Thema einer
Montagsdemonstration
in Dresden. Aber Recht ohne
Wahrheit kann es nicht geben.
Das Vergessen hat
wunderschöne Seiten,
aber leider bleibt es
eben das Vergessen.
Eine Maus, die vergessen hat,
wie eine Katze aussieht,
lebt gefährlich.
Was man vergessen hat,
kann wiederkehren. Wenn uns
das zwanzigste Jahrhundert
mit den Toten unter Hitler, Stalin
und Mao Tse Tung nicht genug
an Wissen über die Menschen
vermittelt hat, dann kann es
das einundzwanzigste
Jahrhundert nachholen.
Vorausgesetzt, wir vergessen.
Vergessen und ohne Aussicht
auf Nachahmung ist dann auch,
daß die letzte Revolution
in Deutschland eine Revolution
ohne Rache war.«**

Arnold Vaatz, 1995

